

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **21./22. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 20. Januar 2020

von 16.15 bis 18.30 Uhr und 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 21. Sitzung: Z. Dähler (EDU)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokolle der 16./17., 18./19. und 20. Sitzungen	
2.*	19.110	Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019	Diverse
3.*	19.128 (DKD)	Jährlicher Kredit von Fr. 60'000 für die Medienbeobachtung	F. Kramer
4.*	19.129 (DB)	Kredit von Fr. 3'800'000 für die Realisierung des Veloparking Esse-Areal und einer kombinierten Fuss- und Radwegverbindung zur Schaffhauserstr. (Projekt-Nr. 11631)	H.R. Hofer
5.*	19.104 (DSS)	Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit: Zusatzkredit von einmalig Fr. 500'000 für das Jahr 2021 und wiederkehrend von Fr. 1'280'000 ab dem Jahr 2022	A. Zuraikat
6.*	19.108 (DSS)	Begründung des Postulats M. Steiner (SP), Th. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt	
7.*	19.23 (DSS)	Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) und S. Kocher (GLP) betr. Gymnasiumsprüfungsvorbereitung	
8.*	19.127 (DTB)	Begründung der Motion S. Gygax-Matter (GLP), A. Steiner (GLP), B. Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und F. Heer (Grüne/AL) betr. Evaluation ÖV Winterthur 2050	
9.	19.82 (DSU)	Motion S. Kocher (GLP), R. Diener (Grüne AL), S. Müller (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Netto Null Tonnen CO2 bis 2050; Antrag auf Fristerstreckung	

- | | | |
|------|-----------------|--|
| 10.* | 17.119
(DSS) | Beantwortung der Interpellation R. Comfort (GLP), M. Zehnder (GLP), B. Huizinga (EVP/BDP) und G. Milicevic Decker (Grüne/AL) betr. mehr Sonderklassen in Winterthur statt an auswärtigen Standorten |
| 11.* | 17.95
(DB) | Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen |
| 12.* | 17.120
(DB) | Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Leitbild Naherholung Töss |
| 13. | 17.67
(DB) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), F. Helg (FDP) und M. Bänninger (EVP) betr. Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz) |
| 14. | 17.159
(DTB) | Beantwortung der Interpellation Z. Dähler (EDU) und St. Feer (FDP) betr. Schwarmnutzung in der Stromversorgung |
| 15. | 16.93
(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin und M. Wäckerlin (beide GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur |
| 16. | 17.163
(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), M. Wenger (FDP), M. Wäckerlin (GLP/PP) und R. Lüchinger-Mattle (CVP) betr. private Finanzierung von städtischen Leistungen |
| 17. | 16.121
(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rütsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling |
| 18. | 18.10
(DKD) | Beantwortung der Interpellation B. Zäch (SP) und F. Künzler (SP) betr. städtisches Land im Teuchelweihergebiet: Stadt- und Verkehrsplanung? |
| 19. | 18.13
(DKD) | Beantwortung der Interpellation M. Sorgo (SP), D. Hofstetter (Grüne), K. Cometta (GLP) und Y. Gruber (BDP) betr. Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau in der städtischen Verwaltung und nahestehenden Unternehmen |
| 20. | 18.66
(DKD) | Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (Grüne/AL), I. Kuster (CVP/EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. Transparenz bei der Stimmbeteiligung |
| 21. | 18.57
(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), R. Diener (Grüne) und Z. Dähler (EDU) betr. Bedürfnisse Quartier Gutschick |
| 22. | 18.22
(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), L. Banholzer (EVP), K. Gander (AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betr. Belastungen im Schulleitungsumfeld |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident A. Geering: Ich begrüsse Euch herzlich zur 21. und 22. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020.

Ich muss heute leider gleich drei Ratsmitglieder verabschieden. Ich beginne mit dem, der am längsten dabei war. Das ist Markus Wenger (FDP).

Markus war vom 19. Mai 2008 im Rat und tritt auf den 31. Januar 2020 zurück.

Parlamentarische Ämter:

25. August 2008 – 8. Dezember 2008: Mitglied der Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung der Ombudsstelle (SOP)

19. Januar 2009 – 12. Mai 2014: Mitglied der Aufsichtskommission (AK)
18. September 2012 – 11. Mai 2015: Fraktionspräsident FDP
13. Mai 2013 – 9. Mai 2016: Mitglied der Ratsleitung (RL)
Amtsjahr 2013/2014: 2. Vizepräsident des Grossen Gemeinderates
Amtsjahr 2014/2015: 1. Vizepräsident des Grossen Gemeinderates
Amtsjahr 2015/2016: Präsident des Grossen Gemeinderates
9. Mai 2016 – 26. Februar 2018: Mitglied der Spezialkommission Verselbständigung Stadtwerk (sVS)
Markus, ich bitte Dich nach vorne. (*Applaus*)

M. Wenger (FDP): Danke vielmals für den tollen Applaus. Das Wichtigste: Es gibt nachher dann noch einen Apéro, den meine Mitgspänli, die heute verabschiedet werden, Silvia und Sämi, mitsponsern, ab 22 Uhr im Bloom. Ich würde mich freuen, wenn Ihr alle kommen würdet, inklusive Ratsleitung. Und wenn die Medien den Text drin haben, dürft Ihr auch gerne noch kommen, wir werden noch eine Weile dort sein.
Ihr seht hier das Bild hier vorne. Einem Teil von Euch kommt das bekannt vor, den sogenannten «Alten» von Euch. Dieses Bild habt Ihr eigentlich alle gemalt. Jede Fraktion hat bei meiner Einsetzung zur Ratsleitung ein Bild gemalt. Jetzt fragt Ihr: Wer hat wann was gemacht? Oben links: Grüne/AL, da sieht man, beim Zeichnen ist man talentiert. In der Mitte die SVP, Schweizerkreuz. Oben rechts die SP mit vielen schönen Rottönen, nicht überraschend. Dann hier die CVP – auch hier ein tolles Schweizerkreuz. Was ich noch nicht weiss, ist was das Schiff für eine Bedeutung hat, aber ich finde es noch spannend. In der Mitte das Wappen, das hat meine Frau gemalt, aber auch die Stadträte, sehr farbig und blumig, quasi ein neufarbiger Garten. Dann sind wir links, der FDP-Part. Unten links sieht man umgekehrt wieder Rottöne, das war die EVP/BDP. Unten in der Mitte wieder die Stadträte. Und da, das Farbenfrohe mit viel enjoy, hat die GLP gemacht. Das hängt bei mir, ein bisschen weniger gross – 1 m x 1,30 m – danke vielmals.
Und wenn Ihr nachher mit uns noch was trinken kommt, freuen wir uns. (*Applaus*)

Ratspräsident A. Geering: Ebenfalls verabschieden müssen wir Silvia Gygax-Matter (GLP). Sie war seit 10. Mai 2010 im Grossen Gemeinderat und tritt auch auf den 31. Januar 2020 zurück.
Parlamentarische Ämter:
10. Mai 2010 – 12. Mai 2014: Mitglied der Bürgerrechtskommission (BüK)
13. Mai 2013 – 13. Mai 2019: Stimmzählerin
3. Juli 2017 – 24. Juni 2019: Vorstandsmitglied des Vereins «House of Winterthur»
13. Mai 2019 – 31. Januar 2020: Fraktionspräsidentin der GLP
Silvia, komm bitte kurz nach vorne. (*Applaus*)

S. Gygax (GLP): Danke vielmals. Jetzt muss ich ja fast auch etwas sagen, obwohl ich nichts vorbereitet habe. Die Einladung gilt, kommt so viele wie möglich und am besten alle. Ich wünsche Euch allen noch ganz viel Erfolg und Freude in Eurem politischen Tun und mit Eurem Engagement. Es ist wirklich wahnsinnig wichtig für die direkte Demokratie, was Ihr hier macht. Macht weiter so! (*Applaus*)

Ratspräsident A. Geering: Und ebenfalls verabschieden heute müssen wir Sämi Müller (EVP).
Er war seit 1. August 2017 im Grossen Gemeinderat und tritt auf 20. Februar 2020 zurück.
Parlamentarische Ämter:
28. August 2017 – 26. August 2019: Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)
26. August 2019 – 20. Februar 2020: Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)
Sämi, komm bitte kurz nach vorne. (*Applaus*)

S. Müller (EVP): Jetzt muss ich auch etwas sagen... Es ist alles schon ausgesprochen. Das Bild habe ich nicht wegen den Autos gewählt, sondern weil ich ursprünglich Schlosser gelernt habe – und solche Dinge faszinieren mich einfach immer noch. Ich weiss nicht, was schwieriger ist, eine Abwahl oder das Durchringen zu dieser Entscheidung. Aber es ist so, ich muss aufhören. Und ich habe wirklich vor jedem hier drinnen, von rechts bis links, Hochachtung für alles, was geleistet und gemacht wird für diese Stadt. Ich hätte gerne weiter dazu beigetragen und unterstützt, aber ich bringe nicht alles unter einen Hut. *(Applaus)*

Ratspräsident A. Geering: Vielen Dank nochmals für Eure Arbeit für die Stadt Winterthur und natürlich auch für die Einladung nachher nach der Sitzung. Das heisst nicht, dass man zurücktreten muss, damit man uns einladen darf, aber trotzdem nehmen wir diese Einladung natürlich sehr gerne an.

Zeno Dähler ist für die erste Sitzung entschuldigt, sonst sind mir keine Abmeldungen bekannt.

Mitteilungen

Ratspräsident A. Geering: Marc Wackerlin wird auch heute seine Voten aufnehmen. Das ist die eine Mitteilung.

Die andere Mitteilung ist, dass ich bekanntgeben darf, dass ich für den 30. März 2020 für eine zusätzliche Gemeinderatsitzung einladen werde, eine Doppelsitzung zum Abarbeiten von angesammelten pendenten Vorstössen. Es ist aktuell so, dass wir 24 beantwortete Interpellationen haben und 18 Postulatsberichte, die zur Behandlung im Grossen Gemeinderat pendent sind. Die älteste dieser noch nicht behandelten Antworten stammt vom Dezember 2017. Mindestens 15 weitere dieser Postulatsberichte und Interpellationsantworten sind vom Stadtrat aus dem Jahr 2018 datiert. Es ist Teil der parlamentarischen Arbeit, dass wir dem Stadtrat mit Motionen, Postulaten und Interpellationen den Auftrag geben, Antworten, Berichte und auch Anträge zu erarbeiten und zu verfassen. Das Parlament ist dann aber anschliessend auch in der Pflicht, die Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung zu würdigen, indem wir die Antworten dann auch abarbeiten. Aus meiner persönlichen Sicht geht es zu lange, wenn solche Antworten zwei Jahre oder noch länger liegen, bis wir sie im Rat debattieren. Ich werde deshalb am 30. März 2020 auf 16.15 Uhr zu einer zusätzlichen Doppelsitzung einladen, die Sitzungszeiten werden wie bei den normalen Doppelsitzungen sein. Wir werden diese Sitzung dazu nutzen, diese beantworteten Vorstösse abzuarbeiten, soweit wir kommen in einer normalen Doppelsitzung. Eingeladen zu dieser Sitzung wird gemeinsam mit der Sitzung vom 23. März 2020.

Erklärungen

Ratspräsident A. Geering: Als Gemeinderatspräsident habe ich heute Abend eine erste Erklärung zur Fristerstreckung zur Motion 2019.082 Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050. Dieses Geschäft haben wir zwar abgesetzt, weil die SSK nicht zu einem Beschluss gekommen ist, wie man mit diesem Antrag vom Stadtrat umgehen möchte, es führte aber doch zu einiger Unruhe in den Mailboxen in den letzten 14 Tagen, wie dieser Fristerstreckungsantrag beim Gemeinderat einging.

Ich möchte deshalb da erklären, wie es gelaufen ist – und wie es idealer laufen könnte.

Am 11. Dezember 2019 beschloss der Stadtrat die Weisung mit Antrag auf Fristerstreckung. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb diese Weisung dem Parlamentsdienst erst am 6. Januar 2020 zugestellt wurde. So konnte die Weisung erst am 7. Januar auf der GGR-Webseite aufgeschaltet werden. Der Versand der Weisung an die Parlamentsmitglieder erfolgte bei nächs-

ter Gelegenheit im ordentlichen Versand vom 10. Januar 2020. Folglich wussten die Parlamentsmitglieder bis zur Medienmitteilung und der Kommunikation durch die Medien nichts von diesem Antrag auf Fristerstreckung.

Es ist auch nicht nachvollziehbar, weshalb der Stadtrat erst am 7. Januar 2020 per Medienmitteilung öffentlich über den Antrag auf Fristerstreckung kommunizierte. Dies hatte zur Folge, dass bis zu diesem Zeitpunkt weder die Parlamentsmitglieder noch die Motionäre über den Antrag auf Fristerstreckung etwas wussten.

Schliesslich ist auch nicht nachvollziehbar, weshalb die DSU-Vorsteherin und der SSK-Präsident zur Motion Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050 am 6. Januar eine geheime Sitzung abhielten, bei der sie über die Motion und diesen Antrag verhandelt haben. Der Parlamentsdienst wurde nur per Zufall und nur wenige Stunden vorher über diese Sitzung informiert und sah vorgängig keine Einladung für diese Sitzung. Und deshalb war es auch so, dass die weiteren Parlamentsmitglieder – also wir alle – nicht wussten, dass dieser Antrag auf Fristerstreckung unterwegs ist. Dies ist störend. So war es schlicht nicht möglich, dass die Parlamentsmitglieder ihren Fraktionskollegen und Fraktionskolleginnen ihre Meinung mit in die SSK geben konnten, dass man in den Fraktionen einen Beschluss hätte fassen können, wie man damit als Fraktion umgehen will. Und so konnte auch die Arbeit in der Sitzung am 6. Januar nicht sauber gemacht werden. Entsprechend ist es so herausgekommen, dass wir die Fristerstreckung nicht behandeln können, weil die ganze Geschichte unglücklich aufgegleist war – und das, obwohl die Frist für die Motion eigentlich bereits abgelaufen ist heute.

Schliesslich ist es auch nicht üblich, dass Kommissionen überhaupt über eine Fristerstreckung verhandeln. Jetzt wurde das aber so aufgegleist und deshalb gehen wir auf diesem Pfad weiter und werden die Fristerstreckung im Grossen Gemeinderat erst behandeln, wenn die SSK in der Vorberatung einen Beschluss gefasst hat.

Ich möchte auch ausführen, wie wir uns die Abläufe bei einem Antrag auf Fristerstreckung vorstellen, damit es sauber läuft, damit es geordnet läuft. Nachdem der Stadtrat eine Weisung und einen Antrag auf Fristerstreckung für ein Postulat oder eine Motion beschlossen hat, würde man erwarten, dass der Parlamentsdienst diese Weisung zeitnah erhält. Der Parlamentsdienst schaltet die Weisung auf der Webseite des GGR auf und gibt diese bei nächster Möglichkeit in den GGR-Versand, damit der Gemeinderat informiert ist. An einer nächsten GGR-Sitzung wird die Fristerstreckung traktandiert. So ist sichergestellt, dass alle Ratsmitglieder auf demselben Wissensstand sind und die Fraktionen sich ihre Meinung bilden können und so fundiert und abgesprochen ihre Meinung zu einer solchen Fristerstreckung im Grossen Gemeinderat kundtun können. Eine Vorberatung in einer Sachkommission ist grundsätzlich auf Wunsch möglich, aber eigentlich nicht vorgesehen – und v.a. nicht eine geheime Behandlung eines solchen Geschäftes.

Damit ein Antrag auf Fristerstreckung im Grossen Gemeinderat vor Ablauf der Frist behandelt werden kann und der Stadtrat auch noch eine fristgerechte Antwort publizieren kann, falls die Fristerstreckung abgelehnt wird im Grossen Gemeinderat, wäre es hilfreich und wünschenswert, dass der Stadtrat seinen Antrag auf Fristerstreckung ca. zwei Monate vor Ablauf der Frist publiziert, damit man Zeit hätte, einen solchen Antrag ordentlich zu behandeln und auch vor der Frist beschliessen und allenfalls dem Stadtrat zurückgeben könnte, wenn es nötig wäre.

Zum gleichen Thema sind mir verschiedene Erklärungen bekannt, zwei persönliche und eine Fraktionserklärung. Wir hören zuerst die Erklärungen und danach den Stadtrat, um auf alle Erklärungen zusammen zu replizieren.

Das Wort hat Reto Diener mit einer persönlichen Erklärung.

R. Diener (Grüne): Ich möchte gerne im Namen aller Motionäre eine Erklärung abgeben zur gleichen Thematik. Es wurde grundsätzlich schon ziemlich viel von Andreas gesagt, ich kann das relativ kurz machen.

Wir halten fest: An der Klimasitzung im Juli wurde die Motion, über die wir sprechen, überwiesen. Sie hätte bis heute beantwortet werden müssen. Bis dato gab es keine Zuweisung der Motion an eine Kommission über die Ratsleitung. Trotzdem wurde sie auf Antrag von Stadträtin Barbara Günthard-Meier am 6.1. in der SSK traktandiert. Es erfolgte aber vorher keine

rechtzeitige Information (wie das der Präsident schon sagte), weder an die Gemeinderatsmitglieder noch an die SSK-Mitglieder und insbesondere auch nicht an die Motionäre. Wir sind der Meinung, dass damit eine ganze Reihe von wichtigen Rahmenbedingungen nicht eingehalten wurde, damit das Geschäft vernünftig behandelt werden hätte können.

Der Traktandierungsantrag, der vom Stadtrat zuhanden der SSK beantragt wurde, ist zwar schon im Dezember erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt wusste aber auch der SSK-Präsident nicht, was kommen wird. Er hat nur gewusst, dass es traktandiert ist. Es hätte ja auch die Antwort sein können, die traktandiert worden wäre bzw. einfach auf den Zeitpunkt gekommen würde. Es war also allen Beteiligten unklar, was kommt. Und (wie es Andreas Geering schon ausgeführt hat) hätte die Fristerstreckung viel früher kommuniziert werden müssen. Damit kam die Information tatsächlich erst am 7.1. zu den Motionären, dass das Geschäft publiziert worden ist und die Fristerstreckung auch in der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Wie es gesagt wurde: Unter diesen Rahmenbedingungen hatten wir als Motionäre keine Chance, irgendwie einen relevanten Beitrag in die Diskussion zu leisten, zuhanden der Kommissionsmitglieder oder zuhanden von anderen Fraktionsmitgliedern in diesem Rat. Es war also völlig unmöglich, das irgendwie vorzubereiten. Stadträtin Barbara Günthard-Meier nahm damit in Kauf, dass das Ganze wie eine Hauruck-Übung über den Tisch gegangen wäre, und sie hat auch die SSK sehr stark unter Druck gesetzt, was dort zu hoher Verwirrung und hohem Unverständnis geführt hat, wie der Prozess gelaufen ist.

Faktisch hätte man ja an dieser SSK-Sitzung am 6.1. entscheiden müssen, weil ja heute das Geschäft traktandiert gewesen wäre – und weil die Frist eigentlich abgelaufen ist.

Damit nochmals zurück zu den fehlenden formellen Voraussetzungen. Der Präsident hat es bereits gesagt, ich möchte es gerne nochmals betonen: Wenn ein Gemeinderatsgeschäft in eine Kommission geht, dann muss das vorgängig (aufgrund der Geschäftsordnung des Gemeinderates) explizit zugewiesen werden, d.h. es muss eine Zuweisung über den Präsidenten geben. Diese hat auch nicht stattgefunden. Nur schon deshalb wäre ein Beschluss, der in der Kommission hätte gefällt werden müssen am 6.1., eigentlich gar nicht von Gültigkeit gewesen, weil die Voraussetzungen im Prinzip gefehlt hatten. Ich meine, wir hätten schon erwarten dürfen, dass die wichtigen Voraussetzungen (Information, korrekte Traktandierung, korrekte Zuweisung) berücksichtigt worden wären, damit wir nicht die Zusatzrunden hätten drehen müssen, die jetzt halt angesagt sind.

Zum Schluss noch kurz zurück zum Fristerstreckungsantrag, ein kleiner inhaltlicher Input, als Brücke, die ich der Stadträtin gerne schlagen möchte, was wir Motionäre uns vorstellen könnten: Anlässlich der Klimadebatte war es nur eine gewöhnliche Überweisung. Es gäbe durchaus eine andere Möglichkeit: Dass der Stadtrat sagt, er würde diese Motion entgegennehmen. Auch das gemäss der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Der Stadtrat kann einer Motion entsprechen. Er kann sie so entgegennehmen, dass sie faktisch gleich erheblich ist. Diese Erheblichkeit könnten wir meines Erachtens auch nachträglich noch besprechen bzw. ausgesprochen bekommen vom Stadtrat – sei das heute oder sei das in der nächsten Sitzung, das spielt an sich keine Rolle. Wenn das so laufen würde, hätten wir tatsächlich eine Frist von noch 1,5 Jahren, die noch laufen würde bei einer Motion, die dann ab dem Zeitpunkt der Erheblichkeitserklärung gegeben ist, um die entsprechende Weisung oder die entsprechende Umsetzungsvorlage für eine Motion auszuarbeiten. Das wäre dann also genau ab Juli 1,5 Jahre, das würde genau auf das Jahr hinauslaufen (von heute an), das mit dieser Fristerstreckung von der Stadträtin auch auf dem Tisch liegt. Man könnte es also durchaus auch so händeln, was wahrscheinlich auch allen Beteiligten dienlich wäre.

Damit habe ich geschlossen, danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident A. Geering: Persönliche Erklärung von Florian Heer zum gleichen Thema.

F. Heer (SSK): Die Fristerstreckung für die Motion Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050 hat wie gesagt in den letzten Wochen für Verwirrung und auch einige Fragezeichen gesorgt. Ich als SSK-Präsident habe für ein Fragezeichen sicher auch meinen Anteil.

Denn: Ich habe über die Weihnachtsfeiertage die Einladung für die SSK-Sitzung verschickt - an die SSK-Mitglieder. Und das zweite vorbereitende Mail, an die Ratsleitung, habe ich vergessen abzuschicken. Somit hat der gesamte Grosse Gemeinderat diese Information nicht rechtzeitig erhalten, dass die Motion bei uns als Informationstraktandum (so mein Wissensstand) traktandiert war. Das ist formal nicht korrekt und für das möchte ich mich entschuldigen. Und für allfällige zusätzliche Verwirrung ebenfalls.

Ratspräsident A. Geering: Dann haben wir eine Fraktionserklärung von Samuel Kocher zum gleichen Thema.

S. Kocher (GLP): Im Sommer letztes Jahr haben wir extra eine GGR-Sitzung zum Thema Klimawandel abgehalten. Viele Mitglieder des Grossen Gemeinderates waren auch sehr motiviert, an dieser Gemeinderatssitzung den Grundstein für zukunftsweisende Klimapolitik in Winterthur zu legen. Einer der wichtigsten Vorstösse ist die Motion Netto Null, welche eine Anpassung des Energiekonzeptes auf Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050 fordert. Damals war man sich einig, bei diesem Thema schnell und gemeinsam nach Lösungen und konkreten Massnahmen zu suchen. Die Anerkennung der Dringlichkeit und Wichtigkeit sind, so habe ich damals den Stadtrat verstanden, nicht nur reine Lippenbekenntnisse gewesen. Wir sind vom Gegenteil ausgegangen.

Zudem lässt selbst das heutige Energiekonzept es zu, dass man sofort an konkreten Massnahmen arbeitet, die am Ende der Reise zum gewünschten Resultat führen. Einer Fristerstreckung stehen wir entsprechend auch eher skeptisch gegenüber. Zusätzlich ist es auch nicht verboten, gute Ideen wieder aus der Schublade zu ziehen, wie z.B. das Projekt Aquifer, wofür wir uns von der GLP auch weiterhin starkmachen werden.

Das ist auch nicht eine isolierte Aufgabe für die zuständige Stadträtin. Es ist das Kollektiv vom Stadtrat gefordert. Es braucht jeden Einzelnen in jedem Departement, um die in dieser Motion geforderten Ziele zu erreichen und entsprechende Massnahmen vorzuschlagen. Verkehrsplanung, Beschaffungswesen, Zonenplanung, Bauvorschriften, Standortförderung etc. Man sieht, die Massnahmen sind in allen Bereichen der Verwaltung zu überlegen.

Das von Reto skizzierte Vorgehen lässt uns leider gerade diese Zusammenarbeit und die Ernsthaftigkeit, sich um diese Dinge - und v.a. sich gemeinsam um diese Dinge - zu kümmern, anzweifeln. Gerade als Erstmotionär, aber auch im Rahmen der gesamten Fraktion bedaure ich sehr, dass es nicht so schnell vorwärtsgeht. Hat die zuständige Stadträtin und der Gesamtstadtrat doch wieder mal gezeigt, wie ernst er sich der Sache doch wirklich annimmt – und bereits auf der Startlinie ein Chaos veranstaltet.

Ohne jetzt wieder eine Klimadebatte zu starten, und auch wenn das Ganze am Schluss zu einer Volksabstimmung führen kann, so sind wir fest davon überzeugt, dass sich eine Mehrheit der Winterthurerinnen und Winterthurer für dieses Anliegen Netto Null einsetzen wird. Ich bitte den Stadtrat, dieses Thema ernst zu nehmen, die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu suchen, damit wir als Politikerinnen und Politiker schnell zu Antworten auf alle diese Fragen und Massnahmen rund um die Netto Null-Debatte kommen können. Alle, von der Klima-Jugend bis zum Klima-Senior, werden es uns danken.

Stadträtin B. Günthard: Ich verstehe die Emotionalität dieser Debatte, auch wenn es um Formales und um Fristen geht, weil wir uns wohl alle einig sind: Klimaerwärmung stoppen, CO₂-Ausstoss reduzieren – das ist ein wichtiges Thema und das müssen wir sehr, sehr ernst nehmen. Sie erinnern sich sicher an die Klimadebatte, die vorher erwähnt wurde. Und möglicherweise erinnern Sie sich auch daran, dass der Stadtrat ja schon vor dieser Klimadebatte öffentlich kommuniziert hat (im Juli), dass er den Massnahmenplan, der läuft, einerseits weiter umsetzen will mit den Massnahmen, die man bereits geschnürt hat. Andererseits aber auch, dass man diesen überarbeiten und mit zwei weiteren Zielsetzungen ergänzen möchte, nämlich Netto Null bis 2050 und Drop Netto Null bis 2030. Dass diese Arbeiten laufen und dass wir Ihnen Ende des jetzt laufenden Jahres diesen Massnahmenplan vorlegen werden können. Und ich kann Ihnen versichern, diese Arbeiten laufen auf Hochtouren, bereits jetzt in der Verwaltung. Ich kann Sie also beruhigen: Es ist mitnichten so, dass nichts laufen würden

und dass man irgendwie Zeit verlieren oder etwas verzögern möchte. Im Gegenteil. Der Stadtrat ist mit Ihnen einig, wir wollen vorwärtsmachen und wir wollen Anfang Jahr, also jetzt in einem Jahr, einen verbindlichen Entscheid von Ihnen und auch vom Volk abholen, wie es weitergehen soll, welches Ziel man verfolgen will mit welchen Massnahmen – und mit welchen Kosten, die man dafür dann auch ausgeben will. Das einmal vorweg.

Dann ist für mich aber vielleicht doch ein bisschen eine Frage, wie man solche Fristen- und Formalitätenfragen im Rahmen einer Gemeinderatssitzung klärt. Ich bin mir eigentlich gewohnt, dass man das auf der Fachebene oder bilateral macht. Ich bin auch ein bisschen erstaunt, dass ich z.B. versucht habe, Reto Diener zu erreichen letzte Woche, er dann keine Zeit hatte für einen mündlichen Austausch und wir jetzt hier solche Debatten führen. Es wäre jeweils noch angenehm, wenn ich wüsste, was für Fragen Sie stellen, und wir dann auch intern schauen könnten, was da allenfalls nicht richtig gelaufen ist beim Prozess.

Ich habe heute Mittag Ihre verschiedenen Mails und Vorschläge zur Kenntnis genommen, bin aber selber durchgebucht und habe mittlerweile meinem Departementssekretär gesagt, er solle diesen Sachen nachgehen. Er hat mit dem einen oder anderen auch schon telefoniert. Also selbstverständlich: Wenn es formelle Sachen zu klären gibt, machen wir das gerne. Wir verbessern uns auch gerne, damit alles seine richtigen Bahnen zieht.

Vielleicht einfach noch kurz: Wenn die Frage im Raum ist, ob man einen solchen Vorstoss in der vorberatenden Kommission beraten soll oder nicht – oder wie ist der Umgang mit den Motionären bei einer solchen Vorstoss-Beantwortung - dann kann ich Ihnen einfach sagen: Ich glaube, ich bin dafür bekannt, dass ich intensiv das Gespräch suche, intensiv den Austausch suche. Und dass ich nicht nur mit der Klimajugend rede, sondern eben lieber auch einmal mehr als einmal weniger in die Kommission gehe, auch einmal einen Werkstattbericht mache, um eben dort von Ihnen direkt zu hören, was Ihre Rückmeldung ist zu einem Vorschlag. Ihnen auch aufzeigen kann, was wir machen, damit wir eben miteinander – geeint – in Richtung Ziel gehen können. Bezüglich Umgang mit den Motionären habe ich auch gesagt: Einige der Einreichenden habe ich telefonisch mehrfach versucht zu erreichen. Ich bin selbstverständlich auch offen, dass sie – wie Florian das vorgeschlagen hat – in die Kommissions-sitzung kommen. Auch wenn das, das muss ich auch noch betonen, vielleicht nicht üblich ist - sondern formell hätten die Motionäre nach einer Überweisung eigentlich keine Rolle mehr. So viel einfach zum guten Willen auch von meiner Seite. Selbstverständlich auf mich zukommen, im direkten Austausch sein, damit wir möglichst schnell ans Ziel kommen.

Vielleicht von meiner Seite noch schnell ganz kurz zum Prozess, vielleicht kann man es dann auch etwas nachvollziehen: Sie wissen alle, wir haben im Dezember alle zusammen intensiv das Budget beraten, weshalb es relativ schwierig war, in einer Kommissionssitzung noch ein Zeitfenster zu erhalten. Der Stadtrat, auch das haben Sie vorhin gehört, hat in einer der letzten Sitzungen vor Weihnachten seinen Vorgehensvorschlag, den Sie jetzt haben, verabschiedet. Und dann kamen eben die Weihnachtsferien, in denen halt nichts mehr läuft. Und genau weil ich eben vorwärtsmachen will, habe ich ziemlich intensiv bei Florian den Fuss hineingehalten, dass ich den ersten Montag nach den Ferien wolle, um die Kommission vorinformieren zu können. Dass der Versand dann erst am Freitag darauf war, einfach mit dem nächsten Stadtratsversand – ja gut, das könnte man nächstes Mal anders machen. Das ist auch der speziellen Situation mit den Ferien geschuldet.

Selbstverständlich wäre ich auch bereit gewesen, eine Woche später, am 13. nochmals darüber zu beraten - wie auch immer. Ich stehe zu Ihrer Verfügung, Sie können auf mich zukommen, wenn Sie mich brauchen für Ihre Beratungen.

Insofern meine Bemerkungen zum Formellen. Was ich gerne noch mit auf den Weg geben möchte: Dass man vielleicht vor lauter formellen Diskussionen den Inhalt und das Ziel nicht vergisst. Der Druck ist da, dass wir etwas machen gegen den Klimawandel. Wir wissen alle, wir müssen handeln, denn das halbe Grad, bei dem es darum geht, ob man das noch stoppen kann oder nicht, einen Turning-Effekt haben wird. Ich teile mit Ihnen die Auffassung, dass die Stadt Winterthur etwas gegen den Klimawandel machen möchte. Und genau deshalb ist es dem Stadtrat wichtig, dass wir nicht nur über Ziele reden und nicht nur symbolisch miteinander unterwegs sind, sondern dass wir genauso mit dem Commitment zum Ziel auch das

Commitment zu den Massnahmen, die es braucht, und zu den Ausgaben, die es braucht, abholen können. Und genau deshalb schlägt Ihnen der Stadtrat vor, dass Sie, wenn Sie diesen Massnahmenplan haben in einem Jahr, dass Sie dann Ja sagen zu diesem Ziel und wissen, was das für Massnahmen und Kosten heisst, damit man das Bewusstsein hat im Gemeinderat und im Volk, dass man jetzt auch den nächsten Schritt machen muss. Das ist die Absicht des Stadtrates und ich glaube, wir sind uns einig, dass wir eben alle reden wollen, auch Druck machen – aber dann eben auch umsetzen.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Ratspräsident A. Geering: Dann haben wir eine weitere Fraktionserklärung von der SVP zum Thema Tablets in den Schulen. Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (PP/SVP): Anfang letzte Woche haben wir erfahren, dass die Stadt in Sachen Schultablets vor dem Verwaltungsgericht verloren hat. Das Urteil tönt wie eine Kopie von meinen Aussagen zum Geschäft GGR-Nr. 2019.91, im Ratsprotokoll von der Sitzung vom 4. November 2019. Die Ausschreibung war einerseits zu einschränkend verfasst, auf der anderen Seite fehlten aber auch wichtige Punkte, z.B. zur Wartung. Die Ausschreibung war mangelhaft, ja dilettantisch. Das hat das Verwaltungsgericht jetzt bestätigt. Von zwei Anbietern wurde einer mit fadenscheinigen Gründen ausgeschlossen. Und wie wir jetzt wissen: Zu Unrecht. Und dabei hätte diese Firma ein ziemlich gutes Angebot eingereicht. Die Stadt behauptet, die Firma sei zu klein und habe keine Referenzen. Und trotzdem hat genau diese Firma die Schulen bis jetzt erfolgreich beliefert. Und hat damit sehr wohl eine Referenz vorzuweisen. Ausserdem sind Tablets ein günstiges Standardprodukt. Sogar wenn eine kleine Firma, die sie ursprünglich geliefert hat, Konkurs machen würde, wäre es überhaupt kein Problem, auf einen anderen Anbieter zu wechseln. Und man kann ein Tablett-Modell später problemlos durch ein anderes ersetzen, falls es einmal nicht mehr lieferbar ist. Natürlich nur dann, wenn man vernünftige Anforderungen und Ansprüche aufstellt und den realen Markt berücksichtigt, was da nicht der Fall war.

Nach wie vor gilt, dass qualitativ gute Tablets ab 200 Fr. zu haben sind. Ein solches habe ich gerade in der Hand, das 200 Fr. gekostet hat. Und auch die Stifte müssen bei weitem nicht 100 Fr. und mehr kosten. Falls es diese überhaupt braucht. Das wäre auch noch ein Punkt, den man diskutieren könnte. Und da zeigt der übergangene Anbieter mehr Kompetenz als die ganze Stadt mit all ihren vermeintlichen Fachleuten. Denn er hat von Anfang an, von sich aus, verschiedene Optionen angeboten. Darunter auch eine günstige Lösung, wie wir sie im Gemeinderat eingefordert haben. Auf diese sollte die Stadt jetzt unverzüglich eintreten, um weiteren Schaden abzuwenden. Die Stadt soll jetzt das günstige Angebot vom ursprünglich verschmähten Anbieter annehmen, der in jeder Hinsicht Voraussicht und Kompetenz bewiesen hat. Kurzsichtigkeit und Inkompetenz hingegen hat Stadtrat Jürg Altwegg mit seinen sogenannten Fachleuten bewiesen, und trotz der bekannten Mängel schnell alles durchziehen wollte. Dabei hat er die Situation trotz unserer Warnung völlig falsch eingeschätzt und steht jetzt vor einem selbstverursachten Scherbenhaufen. Wie es aussieht, haben die Schüler nicht nur ihre Tablets nicht rechtzeitig. Die Verzögerung und verlorene Prozesse führen auch zu unnötigen Mehrkosten von bis zu einer Viertelmillion Franken. Leider hat er damals trotz exorbitanten Kosten die Mehrheit im Rat überzeugen können. Ich bin sicher: Wenn man nicht die Kinder als Argument vorgeschoben hätte, hätte die Mehrheit des Rats dieses Geschäft anders beurteilt. Und das zeigt einmal mehr, dass wir sehr wohl auch bei den Kindern und auch bei der Schule sparen können und sparen müssen - und zwar dort, wo künstlicher Bedarf aufgebauscht wird und dort, wo unsere Steuergelder ineffizient zum Fenster hinausgeworfen werden. Beim Preis-/Leistungsverhältnis und durch den Abbau des «Wasserkopfs». Es würde der Stadt guttun, ab und zu auf kritische Minderheitsstimmen zu achten und berechtigte Kritik anzunehmen, statt sie einfach wegzudiskutieren.

Stadtrat J. Altwegg: Wenn Marc Wäckerlin davon spricht, dass das Gerichtsurteil eine Kopie seiner Aussagen ist, dann bin ich davon überzeugt, dass das Gerichtsurteil doch wesentlich weniger unflätige Ausdrücke enthält...

Es ist tatsächlich so: Wir hatten zwei Anbieter. Der eine hat zu spät eingereicht. Es waren zwar nur 8 Minuten - das mag sein, dass das nach einer Lappalie tönt, aber das ist im Submissionsrecht überhaupt nicht so. Es ist so, dass diejenigen, die nicht zum Zuge kommen würden, sofort Rekurs machen würden und damit auch Recht bekämen. Wenn jemand zu spät ist, dann ist er zu spät, auch wenn das nur eine Minute ist. Das ist leider so im Submissionsrecht, das lässt sich nicht ändern.

Es ist so: Der bisherige Anbieter ist eine Ein-Mann-Firma, die bis jetzt unsere Computerräume betreut hat. Bei diesen Tablets reden wir vom Faktor 10, den man betreuen, managen und warten können muss. Und da waren wir klar in unserer Ausschreibung: Es muss jemand Referenzen haben in der gleichen Grössenordnung und idealerweise auch im Schulumfeld. Und das konnte die betreffende Firma nicht vorweisen. Es ist übrigens auch nicht so, dass das Gericht das moniert hätte, dass wir ihn deshalb ausgeschlossen haben, sondern das Gericht hat uns deshalb nicht Recht gegeben, weil wir zu eng ausgeschrieben haben. Und auch da hängt es wieder davon ab, was das für ein Richter ist. Wir haben unsere Fachleute, die waren sogar der Meinung, wir hätten zu breit ausgeschrieben. Denn meine Meinung war, wir müssen so breit wie möglich ausschreiben, damit wir viele Anbieter bekommen – und im Schulumfeld ist das eben so eine Sache. Und jetzt kam das Gericht zum Urteil, dass es sogar zu eng war, was wir gemacht haben. Von daher ist es wirklich schwierig. Wir sagten, wir wollen wirklich einen Anbieter haben, der das leisten kann – der beweisen kann, dass er diese Grössenordnung leisten kann. Und bei Faktor 10 kann man nicht sagen, der bisherige Lieferant könne das sicher problemlos stemmen, einfach mal 3000 Tablets zu liefern. Es ist einfach eine grosse Menge. Und da sind wir einfach lieber vorsichtig und schreiben nochmals aus, noch offener – und sind dann sicher, dass wir dann Angebote bekommen von Firmen, die die Erfahrungen mitbringen, um eine Schule mit 3000 Tablets ausrüsten zu können.

Traktandenliste

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen damit mit einem heute eher längeren Vorspann um 16.56 Uhr zu den Traktanden.

Wir haben schon im Vorfeld mitgeteilt, dass das Traktandum 3 ohne Beratung stattfinden wird.

Die Traktanden 6 und 7 werden zusammen behandelt.

Das Traktandum 8 wird an der Abendsitzung behandelt werden.

Das Traktandum 9 ist abgesetzt, da noch nicht behandlungsreif.

Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall.

1. Traktandum

Protokolle der 16./17., 18./19. und 20. Sitzungen

Ratspräsident A. Geering: Abnahme der Protokolle der Budgetsitzungen, das sind die Sitzungen 16./17., 18./19. und 20. vom Amtsjahr 2019/2020.

Gibt es Wortmeldungen zu einem dieser Protokolle? - Das ist nicht der Fall.

Dann sind diese Protokolle genehmigt. Vielen Dank, Andrea, für das Verfassen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2019.110: Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019

Ratspräsident A. Geering: Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019. Das Wort hat Felix Helg.

F. Helg (AK): Das Geschäft ist der AK formell zugeteilt worden, weil es mit diesen 4 Verpflichtungskreditabrechnungen departementsübergreifenden Charakter hat. Die AK hat am 6. Januar dieses Jahres einstimmig Beschluss gefasst (11:0) und empfiehlt diese Weisung zur Annahme. Inhaltlich haben wir uns auf die Beratungen in den Sachkommissionen abgestellt, die die Vorlage am 11. November (BSKK) und am 25. November (BBK) des letzten Jahres beraten und ebenfalls einstimmig verabschiedet haben.

M. Gross (BBK): Ich habe nur eine kleine formelle Korrektur. Beim Kredit zum Umbau Projekt Schöntal ist in der Weisung ein falsches Datum drin. Das möchte ich gerne korrigiert haben heute im Protokoll. Und zwar geht es dort darum, dass die Weisung vom Schöntal nicht am 3. Juli 2017 gemacht wurde, sondern sie wurde am 3. Juli 2017 im Grossen Gemeinderat besprochen. Es ist eine kleine formelle Änderung.

Ratspräsident A. Geering: Es ist wie angekündigt ohne Debatte vorgesehen. Das bedeutet, ohne Ablehnungsantrag würden wir mit dieser formellen Änderung diese Verpflichtungskreditabrechnung so abnehmen.

Wünscht der Stadtrat das Wort? – Nein.

Damit sind diese Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.6.2019 so genehmigt und abgeschrieben.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2019.128: Jährlicher Kredit von Fr. 60'000 für die Medienbeobachtung

Ratspräsident A. Geering: Jährlicher Kredit von 60'000 Fr. für die Medienbeobachtung. Das Wort hat Franziska Kramer.

F. Kramer (AK): Gerne stelle ich Ihnen den Kreditantrag von jährlich 60'000 Fr. für die Medienbeobachtung vor. 20 Jahre lang hat die Kommunikationsstelle der Stadtkanzlei mit grossem Aufwand selber einen Medienspiegel hergestellt (von Hand), was natürlich nicht umfassend möglich war. So ist dann auch im Schlussbericht der Administrativuntersuchung betreffend Wärme Frauenfeld AG im September 2016 festgestellt worden, dass die Medienbeobachtung von der Kommunikationsstelle unzureichend sei. Unter Empfehlungen ist eine umfassende Überwachung der Medienberichterstattung genannt worden. Die Kommunikationsabteilung der Stadtverwaltung muss wissen, was in den Medien über die Stadtverwaltung und den Stadtrat berichtet wird.

Seit März 2017 hat die Stadtkanzlei einen täglichen elektronischen Medienspiegel mit Artikeln und Sendungen von Medien aus der ganzen Schweiz über die Stadtverwaltung und den Stadtrat. Dieser umfasst sowohl Zeitungs- und Online-Artikel wie auch TV- und Radio-Beiträge.

Stadtwerk hat bereits seit 2003 einen eigenen Medienspiegel, v.a. zu den Themen Strommarkt und Konkurrenz. Die Stadtpolizei hat seit 2016 einen Medienspiegel, Inhalt davon sind v.a. Polizeimeldungen.

Eine Zusammenlegung dieser drei Medienspiegel ist wegen der verschiedenen Stichwort-Suchen nicht möglich. Es soll aber ein Rahmenvertrag abgeschlossen werden, der die Leistungen für alle drei Stellen umfasst. Das senkt die Gesamtkosten und sorgt für eine einheitliche Preisstruktur. Alle sollen weiterhin eine eigene Rechnung bekommen und die Stadtkanzlei führt eine zentrale Datenbank, die auch die Stadtpolizei umfasst. Stadtwerk wird weiterhin eine eigene Datenbank führen. Bei spezifischem Bedarf können auch die Departemente auf unkomplizierte Art mit einer Mindestlaufzeit von 1 Monat auf eigene Rechnung einen Medienspiegel einrichten lassen.

Die Stadtkanzlei hat mit der Weisung vom 27. Juni 2018 einen jährlichen Kredit von 90'000 Fr. für die Medienbeobachtung beantragt. Die Aufsichtskommission hat am 24. September 2018 beschlossen, dass sie diesen Kredit erst bewilligen möchte, wenn Offerten vorliegen. Sie hat das Geschäft mit dem Auftrag, konkrete Offerten einzuholen, an die Stadtkanzlei zurückgewiesen.

Die Stadtkanzlei hat daraufhin im März 2019 eine Submission (ein offenes Verfahren im Staatsvertragsbereich) durchgeführt. Innert Frist bis am 7. Mai 2019 gingen 3 Angebote ein. Die Stadtkanzlei hat Anbieterpräsentationen durchgeführt und Referenzen eingeholt. Am 9. September 2019 wurde der Zuschlagsentscheid erteilt unter der Bedingung, dass der Kredit vom Grossen Gemeinderat bewilligt wird.

Den Zuschlag erhalten hat die NR Swiss. Wir konnten uns in der AK versichern, dass sie klar das preisgünstigste Angebot eingereicht haben. NR Swiss hat alle Anforderungen erfüllt und ein Produkt angeboten, das mit den bisherigen Anbietern vergleichbar ist. Die Stadtkanzlei hat der Aufsichtskommission bestätigt, dass NR Swiss eine ausgezeichnete Präsentation gehalten habe; auch seien die Referenzen, darunter auch solche von grösseren Unternehmen, sehr gut. NR Swiss hat ein junges Team, das doch schon grosse Erfahrung hätte, und habe alle Punkte zur vollen Zufriedenheit klären können.

Zum Preis: Die grundsätzliche Herausforderung bei der Berechnung einer Medienbeobachtung und der Kosten davon ist, dass das Volumen der bereitgestellten Clippings schwankt. Für die Laien unter uns: Clipping bedeutet Medienbeiträge aller Art, also Zeitungsartikel, Radio- oder TV-Beiträge). Die Kosten bestehen deshalb vorab aus den Kosten für ein Grundvolumen, bei dem auch der Zugriff auf das Archiv etc. darin enthalten ist. Die Erfahrungswerte der Stadt Winterthur ergeben, dass jedes Jahr 5'800 Printartikel, 500 Radiobeiträge, 250 TV-Beiträge und 6'200 Online-Beiträge bezogen werden. Wird dieses Grundvolumen überschritten, verrechnet die Dienstleisterin jedes zusätzliche Clipping. Die Anzahl Clippings kann wie gesagt stark schwanken, das kommt ganz auf die Ereignisse und die Medienresonanz an. Deshalb hat die Stadtkanzlei bei der Ausschreibung unter Hochrechnung auch noch den Preis für ein um 20% erhöhtes Clipping-Volumen angefordert und bei der Preisberechnung ebenfalls berücksichtigt. Für das Grundvolumen hat die NR Swiss einen Preis von 48'465 Fr. angeboten. Zusammen mit den hochgerechneten zusätzlichen Clippings ergeben sich geschätzte jährliche Kosten von 57'907 Fr. Dieser Betrag ist massgebend für den Kreditantrag von 60'000 Fr. Die Preise verstehen sich jeweils inkl. Mehrwertsteuer.

Der Betrag von 50'363.50 Fr., der unten ersichtlich ist, war in der Submission für den Preisvergleich relevant. Gemäss Ausschreibung ist der Preis für das Grundvolumen mit 80% und der Preis für die zusätzlichen Clippings mit 20% bewertet worden, um die Angebote vergleichbar zu machen. Für den Kreditantrag ist dieser Betrag nicht massgebend.

Die AK hat dem Kreditantrag über 60'000 Fr. mit 11:0 Stimmen zugestimmt.

Ratspräsident A. Geering: Es ist wie angekündigt keine Debatte vorgesehen. Es liegt kein Ablehnungsantrag vor. Wünscht der Stadtrat das Wort?

Stadtpräsident M. Künzle: Ich möchte mich nur bedanken für die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Geschäft. Wir sind zwar immer noch der Meinung, dass wir es umgekehrt hätten machen sollen – wir wären zum gleich günstigen Angebot gekommen. Aber wir sind froh, dass wir einen Beitrag bekommen. Wir haben unsere Lehren gezogen aus diesem alten Fall, wo ich den Namen nicht mehr erwähnen möchte. Und es ist sicher richtig, dass wir die Medien sehr genau beobachten – über den Kreis von Landbote, Winterthurer Zeitung und Top-

Medien hinaus, sondern dass man auch ein bisschen weiter in die Landschaft schaut Sie haben es gesehen an diesen Zahlen: Über die Stadt Winterthur wird geredet, wir lösen Berichtserstattungen aus - ob sie positiv oder negativ sind. Deshalb ist das für uns wichtig, das zu sehen und so schnell wie möglich aufzuspüren, damit man auch entsprechend reagieren kann. Und deshalb herzlichen Dank für die Zustimmung.

Ratspräsident A. Geering: Der Antrag über einen jährlichen Kredit von 60'000 Fr. ab 2020 für die Medienbeobachtung ist damit genehmigt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2019.129: Kredit von Fr. 3'800'000 für die Realisierung des Veloparking Esse-Areal und einer kombinierten Fuss- und Radwegverbindung zur Schaffhauserstr. (Projekt-Nr. 11631)

Ratspräsident A. Geering: Kredit von 3,8 Mio. für die Realisierung des Veloparking Esse-Areal und einer kombinierten Fuss- und Radwegverbindung zur Schaffhauserstrasse. Das Wort hat Hansruedi Hofer.

H.R. Hofer (BBK): Das Geschäft 2019.129, Kredit von 3,8 Mio. für die Realisierung des Veloparking Esse-Areal und einer kombinierten Fuss- und Radwegverbindung zur Schaffhauserstrasse.

Vor rund einem Jahr, am 5. November 2018, stellte ich das Projekt Logistikzentrum Esse-Areal (kurz LEA) schon vor. Damals ging es um den Projektierungskredit von 500'000 Fr. Nun steht das LEA zur Ausführung an.

Projektvorstellung Veloparking LEA: Die SBB baut eine Versorgungs- und Entsorgungsstation mit Verbindungstunnel für die PU Nord. Das gibt einen grossen Mehrwert für die Logistik der SBB, für das Bahnhofsumfeld und für das Erscheinungsbild im öffentlichen Raum.

Die städtischen Interessen am Veloparking und dem Weg entlang der Gleise sind integriert. Überdachtes Veloparking mit rund 570 Abstellplätzen im 1. OG des SBB-Neubaus und einen durchgehenden, 3,5 – über 4 m breiten Fuss- und Veloweg entlang der Gleise.

So sieht das Gebäude in einer Visualisierung aus. Sichtbar da ist das Eingangsportal in das Logistikzentrum, da fahren die Lastwagen ein und werden ent- und beladen, wenden im Innern des Gebäudes und fahren wieder hinaus und gliedern sich wieder im Verkehr ein. Der Strassenraum wird nicht verändert.

Es ist ein Betonsockelbau. Im Erdgeschoss (bzw. hinten fast Halbuntergeschoss) genutzt von der SBB, oben darauf das Veloparking LEA.

Das ist eine Ansicht von der Brücke über die Wülflingerstrasse und eine Ansicht vom Perron Gleis 6 und 7.

Die Rampe, die Auffahrtsrampe ins Veloparking (hier gelb unterlegt) war der Hauptpunkt im Projektierungskredit: Sie sei zu steil. Sie konnte optimiert werden, die Steigung beträgt jetzt noch 7–12%. Zustande gekommen ist das durch eine Optimierung der Brücke über die Wülflingerstrasse. Man kann so hinauffahren und direkt hinein. Da nach vorn sieht man den Fuss- und Radweg, der entlang der Gleise führt. Auch das Raumlayout konnte optimiert werden. Hier wieder die Einfahrtsrampe. Dann die Velodoppelparker für 560 Velos. Grün unterlegt in diesem Bereich sind noch 10-20 Plätze für Spezialvelos oder Velos mit Anhänger. Das Parkhaus ist kostenlos, frei zugänglich, mit minimalen Dienstleistungen angedacht.

Was noch eindrücklich ist, ist die Form. Das Rund-Ovale ist vorgegeben durch das Gelände und durch die Grenzabstände.

Das Projekt beinhaltet aber nicht nur das neue Veloparking, sondern auch der neue Rad- und Fussweg entlang des LEA. Das Projekt beinhaltet ein städtisches Projekt zur Verbreiterung der Brücke über die Wülflingerstrasse.

Da die neue Anbindung an die Schaffhauserstrasse, das ist im Bereich der SSKA-Liegenschaft, wo ein privater Gestaltungsplan der SSKA vorliegen wird, der vom Grossen Gemeinderat dann abgesegnet werden muss.

Die Realisierung des Gebäudes da ist 2021 angedacht, von der Umgebung 2023. Im Gebiet SSKA-Areal hängt das davon ab, wann der Gestaltungsplan durchgeht.

Man sieht, wie man nachher von der Wülflinger-Brücke her direkt auffahren kann, das Velo abstellen kann und da hinten über die Treppe nach unten auf den Gehweg und ins Parkhaus kommt. Wenn denn dieser Teil realisiert werden konnte, der Fuss- und Radweg auf dem SSKA-Areal, dann haben wir wirklich eine optimale Anbindung von der Schaffhauserstrasse her.

Zu den Kosten: Das Veloparking ca. 2,7 Mio., das ergibt 4'700 Fr. pro Velo-Parkplatz. Zu rechnen ist dabei mit 1 Mio. Agglo-Beiträge.

Der Fuss- und Radweg zur Schaffhauserstrasse 0,3 Mio. im Bereich LEA, 0,6 Mio. Anpassungen an der Brücke und 0,4 Mio. Anbindung an die Schaffhauserstrasse. Das gibt zusammen 1,3 Mio. Ca. 1,1 Mio. (ca. 80%) wird der Kanton übernehmen mit Kantonsbeiträgen.

Gesamtübersicht der Kosten: Da sind der grösste Posten die 2,5 Mio. für das Bauwerk. Dazu gilt es zu sagen: Bauherr und Eigentümer ist die SBB. Die 2,5 Mio. sind der errechnete Teil, den die Stadt Winterthur an das Gebäude leisten muss. Dafür hat sie aber das Recht, dort für mindestens 40 Jahre das Veloparking zu betreiben.

Investitionsfolgekosten: Abschreibungen Gebäudekosten 42'000 Fr., Abschreibungen Strassenbau 7'500 Fr., Kapitalzins 19'000 Fr., Sachfolgekosten 57'000 Fr. Das gibt Nettoinvestitionsfolgekosten von 126'045 Fr. oder 0,04 Steuerprozent.

In der BBK war das Projekt unbestritten, darum auch die Schlussabstimmung von 9:0.

Fragen wurden gestellt zum Graffitienschutz (wird aufgetragen), zur Begrünung (eine Flachdachbegrünung wird gemacht, Fassadenbegrünung ist durch die versiegelten Plätze rundherum sehr schwer umsetzbar). Es gab auch Fragen zu Parkierungskosten und zur Sicherheit. Es werden Leerrohre in den Bau verlegt, um eine allfällige Videoüberwachung oder Parkregistrierung zu installieren.

Ratspräsident A. Geering: Vielen Dank. Das Wort hat Romana Heuberger.

R. Heuberger (FDP): Als erstes möchte ich Hansruedi Hofer ganz herzlich danken für die gute Präsentation dieser Vorlage. Bei diesem Projekt sind die Gesamtkosten gegenüber der Vorlage vom September 2018 von geschätzten 3,2 auf 3,8 Mio. gestiegen. Und wir haben in der Beratung vom September die Kosten für das Parkhaus noch deutlich kritisiert. Trotzdem werden wir dieser Vorlage heute zustimmen, denn wir erhalten auch deutlich mehr Leistungen, als damals geplant waren. Das Parkhaus selber kostet rund 0,5 Mio. weniger als ursprünglich geplant. Das Veloparking wird gegenüber der ursprünglichen Planung deutlich besser an das Velonetz angebunden. Es entsteht ein neuer Veloweg entlang der Bahngleise. Und die Anbindung an die Schaffhauserstrasse wird endlich kein Murks mehr sein, sondern kann (ehrlich gesagt auch ein bisschen zufällig), mit der Neugestaltung vom SSKA-Areal voraussichtlich gut gelöst werden. Damit kann auch eine risikoreiche Stelle im Velonetz der Stadt Winterthur behoben werden. Die deutlich bessere Anbindung inklusive der Brückenerweiterung auf eine sinnvolle Breite von 3,5 m kostet die Stadt nochmals 0,9 Mio. Fr., die in diesem Kredit enthalten sind.

Die Folgekosten für die Gesamtlösung betragen dann aber trotzdem stolze 126'000 Fr. – oder anders gesagt 221 Fr. pro Parkplatz pro Jahr. Umso erstaunlicher ist es, dass keine Gebühr für das Veloparking (analog der Lösung am Bahnhof) erhoben werden soll. 60 Rappen pro Tag könnte sich wohl jeder Velofahrer für eine derart gute Infrastruktur leisten. Die Einführung von Parkgebühren ist aufgrund der baulichen Gegebenheiten aber jederzeit möglich. Deshalb möchten wir die sinnvolle Gesamtvorlage deshalb nicht gefährden. Das Thema ist für uns aber noch nicht vom Tisch. Eine sinnvolle Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Motor für die Stadt. Dazu gehört auch ein Veloweg und Veloparkplätze. Aber im Sinne vom Mobility

pricing, das die FDP für alle Verkehrsteilnehmer fordert, müssen in Zukunft auch die Velofahrer die von ihnen genutzte Infrastruktur mitfinanzieren. Wir bleiben am Thema dran und sagen Ja zum Kredit Esse-Areal.

F. Landolt (SP): Wir unterstützen diesen Kredit ebenfalls, und zwar aus Überzeugung. Und wir möchten dem Departement Bau danken, dass das überhaupt möglich ist, denn das ist nicht selbstverständlich, dass sich dort diese öffentlichen Veloparkplätze ergeben. Jemand musste die Idee haben. Und da sieht man, dass diese Verwaltung eben nicht einfach schläft, sondern es gibt mindestens Leute in der Verwaltung, die aufmerksam sind und solche Möglichkeiten merken und das auch aufnehmen.

Wir denken, es ist sicher ein gefreutes Projekt. Die Steigungen konnten optimiert werden, die Kosten konnten optimiert werden, das Raumgefühl (3,3 – 3,5 m Höhe) ist grosszügig, es ist durchlässig und hell. Es ist wirklich ein sehr schönes Projekt und, wie Romana auch schon gesagt hat, sehr gut an den Veloweg angebunden.

Die Aufwärtskompatibilität, die Du auch erwähnt hast, betrachten wir als richtig. Wir wissen nicht, wie sich das Ganze um den Bahnhof herum entwickelt. Und eventuell ist es dann möglich, dass die Nachfrage nach den betriebenen oder bezahlten Veloparkplätzen steigt und man dort noch ein Angebot machen muss.

Veloparkplätze sind enorm wichtig für die Velostadt Winterthur und dass das weiterentwickelt werden kann. Und deshalb möchten wir nochmals der Verwaltung danken, dass sie diese Möglichkeit gesehen und ergriffen hat, um da 560 Parkplätze mehr anzubieten. Vielen Dank. Wir stimmen zu.

M. Bänninger (EVP): Auch wir von der EVP unterstützen den Bau von zusätzlichen Veloparkplätzen rund um den Bahnhof. Im vorliegenden Projekt wurden diese gut mit der Zulieferungs- und Entsorgungszufahrt der SBB kombiniert.

Die Konzeption und auch das Design können sich sehen lassen - es gibt nur zwei Punkte, auf die ich hinweisen möchte:

1. Warum hat das funktionale Gebäude eine so karge Betonwand gegen aussen? Hansruedi Hofer hat es gesagt, wir haben das in der Kommission bereits andiskutiert. In den letzten Wochen und Monaten konnten wir immer wieder aus den Medien vernehmen, dass es in Zukunft die Begrünung des städtischen Raums immer wichtiger wird. Im Sommer sind kühle Umgebungen auch in der Innenstadt schwer zu erreichen. Heutige Technologien zur Fassadenbegrünung sind auch ohne Erdreich am Boden möglich, wie dieses Beispiel aus der Innenstadt von Bogota in Kolumbien zeigt. Es ist möglich und die Stadt könnte genau an solchen Gebäuden solche Technologien einsetzen. In dem Fall zeigen Architektinnen und Architekten aus Kolumbien, wie das funktionieren kann.

2. Ein weiterer Punkt ist die Beleuchtung. Sicherheit ist wichtig, doch gilt es an dieser Stelle auch zu bedenken, dass bei der Überbauung vis-à-vis 80% der Schlafzimmer auf der Seite Rudolfstrasse angeordnet sind. Es ist zu hoffen, dass eine moderne LED-Beleuchtung eingesetzt werden kann, vielleicht sogar eine mit verschiedenen Farbtönen, die nicht wie herkömmliche Scheinwerfer einfach das Maximum an Lichtintensität liefern.

Wir von EVP hoffen, dass die Veloparkplätze schnell erstellt werden können, denn das Velo hat Zukunft und auch dieses Verkehrsmittel braucht geordnete Parkplätze.

R. Diener (Grüne/AL): Auch die Grünen/AL stehen selbstverständlich und mit Herz hinter dieser Vorlage. Wir sind der Überzeugung, dass es sich um ein gutes Projekt handelt. Und man muss da sehen: Es ist wieder einmal so eine Opportunity oder eine solche Gelegenheit, wo ein Zeitfenster aufging, um etwas umzusetzen, das wirklich eine win-win-Situation in einem mehrfachen Sinn bringt. Wir haben über 550 Veloparkplätze, die wir zusätzlich schaffen können. Wir haben einen grossen Bedarf an solchen Veloparkplätzen. Wir wollen das Velo fördern in der Stadt Winterthur. Es soll weiter vorankommen, es soll einen grösseren Anteil im Modalsplit geben vom Velo - dann müssen wir auch entsprechende Infrastruktur bereitstellen. Weil man auf der anderen Seite der Rudolfstrasse, also dort, wo die bestehende Unterführung Süd ist, nicht in den nächsten Jahren ein solches Parking realisieren können werden,

wie es eigentlich angedacht war, ist das eine optimale Gelegenheit, da einen Ausgleich und eine Ergänzung zu schaffen bei den Parkplatzdefiziten, die wir in den nächsten Jahren sehr gut brauchen können.

Mit diesem Projekt können wir gleichzeitig auch den Holmen vervollständigen, das Holmen-Konzept, das entlang der beiden Gleise die Langsamverkehr-Verbindungen vorsieht für Velofahrer und Fussgänger, die Verbindungen der verschiedenen Stadtteile. Einen grossen Gewinn schaffen wir, indem wir da jetzt tatsächlich Möglichkeiten haben werden, den Weg erstens durchgehend zu gestalten, und zweitens auch ebenerdig bis in die Schaffhauserstrasse überführen können.

Auch wenn wir noch ein paar Kleinigkeiten hätten, die man diskutieren kann – und die sicher noch Diskussionen geben werden – nämlich den Weg über die Brücke und hinten über das Areal, die vielleicht auch in der Breite etwas knapp dimensioniert sind im Moment – es wäre nicht richtig, deswegen dieses Projekt jetzt nicht umzusetzen. Sondern das wird sicher nachher noch Diskussionen geben und es wird sicher noch die Möglichkeit geben, sich Gedanken zu machen, wie man das effektiv gut und vernünftig handhaben will.

Ich freue mich jetzt schon auf die Fertigstellung aller dieser Elemente, die wir an der Rudolfstrasse jetzt in der Umsetzung haben, die jetzt eigentlich alle bereit sind und bei denen wir sehen, wie sie wachsen und entstehen. Das wird wirklich eine Aufwertung geben von diesem Bereich. Wir bekommen dann nicht ein Hinterzimmer vom Bahnhof, sondern einen Salon, wo man wirklich auch Aufenthaltsqualität hat und wo wir die Beziehungen zu den Quartieren optimal herstellen können.

Ich möchte auch ganz explizit den Dank für die Verantwortlichen, die sich mit diesem Projekt beschäftigt haben, aussprechen. Es ist wirklich eine gelungene Sache und es war hervorragend getimet, dass man das so aufgenommen und mit der SBB takten konnte, um die verschiedenen Aspekte (Erschliessung der Unterführung Nord, Veloparkierung und Verbindung mit dem Weg) in einer tollen win-win-Situation umsetzen kann.

Ich möchte aber zum Schluss aber trotzdem auch den Punkt, den Michael Bänninger auch erwähnt hat, ebenfalls explizit aufnehmen und das nochmals als dringenden Wunsch deponieren: Es wäre an diesem Projekt, wenn man das sieht bei der Visualisierung, mit diesen kahlen Betonflächen, eigentlich genau ein tolles Beispiel, ein tolles Vorzeigeprojekt in Bahnhofsnähe, wo man eine solche Fassadenbegrünung mindestens teilweise umsetzen könnte. Wie es gesagt wurde: Es ist nicht zwingend nötig, dass diese Begrünung bis zu den Wegen hinuntergeht, die zugegebenermassen natürlich ein bisschen eng sind – aber das zeigt ja eben auch: Wir haben einen sehr dicht genutzten Raum in dieser Rudolfstrasse. Und auch dort müsste man eigentlich, auch um der Klimasituation ein bisschen entgegen zu kommen, um auch der Aufenthaltsqualität noch ein bisschen Nachhaltigkeit zu verschaffen, eine Fassadenbegrünung ins Auge fassen. Ich bitte die Verantwortlichen, das so mitzunehmen und versuchen, das mit der SBB – wenigstens in Teilbereichen – noch aufzusetzen.

M. Nater (GLP): Auch die GLP kann das Projekt von 560 zusätzlichen Veloparkplätzen bei der Esse klar unterstützen. Besonders hervorheben möchten wir drei Punkte:

1. Lösungsfindung: Im 2014/15 gab es eine Interpellation von GLP, Grünen und EVP bezüglich Velo/Fussgänger bei der Wülflingerstrasse. Diese ist 2015 entsprechend beantwortet worden und das Ergebnis war, dass die Anrainer kein Interesse hatten, der Stadt entgegenzukommen. Inzwischen hat aber die Stadt mit den Anrainern einen Weg gefunden, eine gute Lösung mit dem Projekt LEA zu finden. Was sicher auch damit zu tun hat, dass die Stadt inzwischen als gleichwertiger, offener Partner wahrgenommen wird, ein Partner, der auf die Bauunternehmer zugehen kann und diese auch entsprechend in die Planung einbeziehen kann. Also von daher denke ich, hat die Stadt da einen guten Job gemacht. Die Stadt wird wirklich als Partner wahrgenommen, mit dem man gute Lösungen für diese Stadt bilden kann.
2. Sicherheit: Velowege müssen eine Breite haben, die ein sicheres Kreuzen ermöglicht, was mit den momentan geplanten 3,5 m schwierig ist. Da muss jetzt zwingend die Bautechnik und Gestaltung so ausgereizt werden, dass eine breitere Lösung für diesen Veloweg möglich ist.

Zusätzlich hat der Veloweg von der Seite Schaffhauserstrasse einige Richtungswechsel, Abzweigungen und Kreuzungen mit Fussgängerwegen. Dort muss sichergestellt werden, dass die Velofahrer nicht zu schnell kommen, damit das Unfallrisiko dort nicht zu gross wird.

3. Ausblick: Der Bahnhof hatte 2018 eine Frequenz von 121'000 Personen. Im Jahr 2022 wird mit einer Frequenz von 133'000 Personen gerechnet. Wir haben also eine Frequenzsteigerung innerhalb von 4 Jahren von 12'000 Personen. Dann wollen wir weiter den Veloanteil im Modalsplit entsprechend erhöhen. Von daher reichen die 570 Veloparkplätze dort auf keinen Fall. In der Weisung steht etwas von der Rudolfstrasse, dass man nachher dort 2'200 Veloparkplätze hat. Wenn man sieht, wie viele Leute von Seite Wülflingen zu diesem Bahnhof kommen und immer stärker auch mit dem Velo kommen, muss die Stadt dort auch wirklich Projekte vorantreiben, damit wir dort nicht bloss 2'200 Veloparkplätze haben in Zukunft, sondern 3'000 Parkplätze oder mehr.

Die GLP wird dem Kredit zustimmen.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Es ist eine freudige Sache, dieses Veloparking auf dem Esse-Areal. Direkt am Hauptbahnhof bekommen wir zusätzliche Veloparkplätze. Zusammen mit dem SISKa-Projekt auf der anderen Seite an der Wülflingerstrasse wird für Velofahrerinnen und Velofahrer aus Veltheim und Wülflingen ein überdachtes Veloparkhaus gebaut, das sich durchaus sehen lassen kann.

Ich danke den involvierten Planerinnen und Planern von der SBB, bei der SISKa und von der Stadt für dieses gelungene Projekt. Da kommen wir wirklich dem Ziel näher, dass genügend Zweiradparkplätze am Bahnhof vorhanden sind und um auch in Zukunft sicherzustellen, dass es weiterhin attraktive Veloparkplätze rund um den Bahnhof geben wird. Und so hoffen wir, dass sich wiederholt solche Kombi-Projekte realisieren lassen können.

Bei uns in der Fraktion CVP/EDU ist es wichtig, dass in Zukunft bei der Planung von Zweiradparkplätzen an alle Zweiräder gedacht wird. Nicht nur an das Liegerad oder Cargorad, sondern auch an Velos mit Anhänger und auch Motorräder.

In diesem Sinn unterstützen wir von der CVP/EDU-Fraktion diese Vorlage.

H.R. Hofer (SVP): Die SVP ist überzeugt vom vorliegenden Projekt. Beim LEA handelt es sich nicht nur um einen Zweckdienlichen sondern, wie ich finde, auch um einen ästhetisch schönen und gelungenen Bau.

Für die Benutzer des Veloparkings ist das ein hervorragendes Projekt, und für die Stadt mit der Realisierung von 570 gedeckten Veloparkplätzen ein grosser Mehrwert zu relativ günstigem Preis.

Der SISKa gebührt, für die Bereitschaft, die Rad- und Fussweganbindung durch ihre private Parzelle zu gewährleisten, unser Dank.

Aber - und das ist eine Diskussion, die nicht im Zusammenhang mit diesem Geschäft sondern einmal grundsätzlich geführt werden muss – nämlich: Muss Veloparkieren immer gratis sein? Ich möchte da den Kollegen Reto Diener zitieren, haben wir von ihm doch schon mehrfach –natürlich vor allem bei ökologischen Themen - den Satz gehört: «Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss uns etwas wert sein, es kostet halt etwas.» Darum die Frage: Darf das für den Benutzer nichts kosten? Würde der Veloparkplatz nur 1 Franken am Tag kosten, dann wäre das vorliegende Projekt ein Rendite-Objekt.

Aber dieser Grundsatzentscheid muss ein anderes Mal gefällt werden.

Die SVP sagt Ja zu diesen 3,8 Mio. und zur Realisierung von LEA.

Stadträtin Ch Meier: Ich möchte zuerst Hansruedi Hofer danken für diese sehr gute und klar verständliche Präsentation. Und ich möchte v.a. auch der BBK danken für die positiven Voten jetzt – aber auch v.a. für die konstruktive und wirklich höchst effiziente Behandlung in der Kommission.

Es wurden noch diverse Anliegen platziert, diese haben wir auch schon in der BBK-Sitzung letzte Woche entgegengenommen: Sowohl die Fassadenbegrünung als auch die Beleuchtung werden wir selbstverständlich nochmals anschauen. Was die Breite des Veloweges über die Brücke angeht: Es ist uns bewusst, dass die 3,5 m sehr knapp sind. Das Problem dort ist

einfach, dass man aus rein technisch-statischen Gründen das nicht beliebig erweitern kann. Auf eine wirkliche Norm-Velowegbreite werden wir dort leider nicht kommen. Wenn man das wollen würde, würden wir über einen Neubau dieser Brücke sprechen und dann wären wir definitiv in einer etwas anderen Preiskategorie als wir es jetzt sind. Aber wir werden selbstverständlich schauen, was technisch noch herauszuholen ist.

Das Projekt ist ein Glücksfall in mehrfacher Hinsicht. Wir haben einerseits eben die Chance gehabt, uns bei der SBB anzuhängen. Wir haben auf der anderen Seite der Wülflingerstrasse die Chance, uns beim Gestaltungsplan des SISK-Areals einklinken zu können. In beiden Fällen war eine grosse Bereitschaft beim Gegenüber vorhanden, aber es ist auch so – und da möchte ich mich ganz herzlich für die positiven Voten diesbezüglich bedanken – dass unsere Fachleute da wirklich sehr gute Arbeit geleistet haben. Also entgegen der Annahme von gewissen Ratsmitgliedern macht die Verwaltung doch tatsächlich ab und zu etwas.

Was noch diskutiert wurde ist die Frage, ob Veloparkplätze gratis sein sollen oder nicht. Das ist tatsächlich etwas, das wir jetzt nicht bei diesem Baukredit diskutieren müssen, aber wie es schon erwähnt wurde: Das Veloparking wird so konzipiert, dass man das jederzeit machen könnte. Es kann sein, dass es unter Umständen, wenn man diese Infrastruktur braucht, auf Kosten des einen oder anderen Parkplatzes gehen könnte, aber das wäre in einem sehr minimalen Bereich. Und das müssen wir sicher einmal zu einer anderen Gelegenheit diskutieren. Ich glaube, das ist das Wichtigste.

Nochmals ganz herzlichen Dank für die positive Aufnahme.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kredit von 3,8 Mio. für die Realisierung des Veloparking Esse-Areal und einer kombinierten Fuss- und Radwegverbindung zur Schaffhauserstrasse gemäss dem Antrag in der Weisung zustimmen möchte, möge da zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Damit habt Ihr diesem Kredit ohne Gegenstimme bei 1 Enthaltung zugestimmt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2019.104: Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit: Zusatzkredit von einmalig Fr. 500'000 für das Jahr 2021 und wiederkehrend von Fr. 1'280'000 ab dem Jahr 2022

Ratspräsident A. Geering: Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit: Zusatzkredit von einmalig 500'000 Fr. für das Jahr 2021 und wiederkehrend von 1,28 Mio. ab dem Jahr 2022. Das Wort hat André Zuraikat.

A. Zuraikat (BSKK): Ich möchte vorab herzlich die grosse Delegation der SSA begrüßen. Ich weiss nicht, ob das alles Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sind. Ich habe Frau Vogt gesehen, die mit einer grossen Delegation hereingekommen ist. Ich gehe einfach mal davon aus.

Gerne möchte ich diese Vorlage vorstellen: Bedarfsgerechter Ausbau der SSA in der Stadt Winterthur. Das wäre der Antrag, den wir alle kennen, bei dem es darum geht, dass wir die SSA ausbauen für 2021 mit einem einmaligen Kredit von 500'000 Fr. und dann für 2022 und die Folgejahre 1,2 Mio. jährlich wiederkehrend. Und dann noch ein einmaliger Beitrag von 100'000 Fr. für Raumbeschaffung.

Inhalt der Präsentation: Ich werde kurz vorstellen, was Schulsozialarbeit ist und was sie leistet (so gut wie möglich, auch wenn ich da nicht der Experte bin). Ich werde die Chronologie vorstellen, wie sich die SSA entwickelt hat. Ich möchte auch kurz auf den Evaluationsbericht eingehen, was dort die Erkenntnisse waren und die zentralen Inhalte der Weisung vorstellen,

was den Bedarf der SSA betrifft, das neue Modell, die Leistungen und Angebote seitens SSA und die Kosten und den Ausbau, der geplant ist.

2001 wurde die Einführung SSA in Winterthur geplant, 2006 definitiv eingeführt und 2012 letztmalig ausgebaut (2,2 Stellen). 2017/18 Evaluation und Bericht. 2019 Ausbau von 9,7 auf 11,03 Stellen, die bewilligt sind, mit 18 Mitarbeitenden, die von 2 GruppenleiterInnen geleitet werden. Die SSA ist zuständig für 11'506 Schülerinnen und Schüler, von Kindergarten bis Sekundarstufe.

Kurz eine Übersicht, was im Bereich SSA angeboten wird. Wir haben da die verschiedenen Angebote, die es gibt, und welche Anspruchsgruppen da betreut werden. Wir haben da im Bereich psychosoziale Probleme ein Angebot, das in den Klassen mit Klasseninterventionen gehandhabt wird, den Eltern wird Beratung angeboten in psychosozialen Fragen angeboten und dann werden auch im schulischen Bereich für Klassenlehrpersonen und Schulleitungen Fachberatungen und Fallbeispiele durchgeführt und besprochen. Dann sehen wir noch Vermittlungen bei Konfliktsituationen, Krisensituationen und v.a. auch im Bereich Früherkennung und Früherfassung werden auch noch Leistungen angeboten.

Was sind die grossen Themen bei der SSA? Man hat eine Befragung durchgeführt und 839 Schülerinnen und Schüler haben bei dieser Befragung mitgemacht. Die grossen, drängenden Themen sind wirklich Streit unter Klassenkameradinnen und -kameraden, persönliche Probleme (Ängste, Liebeskummer etc.), Probleme auf dem Schulweg etc.

Wie ist die gesetzliche Grundlage heute? Man hat die UN-Kinderrechtskonvention, man hat das ZGB und das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Gesetz über Information und Datenschutz. Dann gibt es noch verschiedene Reglemente und Konzepte: Im Raum Winterthur und beim DSS und auch bei der Zentralschulpflege. Man hat verschiedene Konzepte erarbeitet und konzeptionelle Vorgaben gemacht (2007).

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz definiert, dass die Schulsozialarbeit angeboten werden muss. Und dass eben ein bedarfsgerechtes Angebot gegeben ist im Bereich Schulsozialarbeit.

Kurz zu den Zahlen: Wir erinnern uns aus der Budgetdebatte, dass wir steigende Schülerzahlen haben. Wir sehen das entsprechend auf Primarstufe und Sekstufe, wie die Zahlen jeweils steigen mit den Jahren. Da sehen wir Stand heute mit dem entsprechenden Schlüssel, also dass pro 100%-Stelle 1043 Schülerinnen und Schüler betreut werden.

Ich möchte jetzt gerne kurz auf den Evaluierungsbericht eingehen. Wie gesagt, vorgängig wurde ja das Budget von 25'000 Fr. gesprochen für diese Evaluation. Ich möchte auf drei zentrale Empfehlungen eingehen, die seitens der Evaluation verfasst wurden. Der erste Punkt ist, dass die Schulsozialarbeit ausgebaut werden sollte, weil es nicht mehr dem Angebot entspricht, das es eigentlich braucht. Zweitens sollten die konzeptionellen Grundlagen weiterentwickelt werden und drittens sei das Wirkungspotenzial eigentlich nicht gegeben mit dem Schlüssel, den wir heute haben auf der städtischen Ebene. Und dass das eigentlich wirklich in Betracht gezogen werden sollte, im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen. Kurz noch ein Städtevergleich: Winterthur steht heute nicht so gut da. Wenn man den Städtevergleich da hat, dann sind das die Schülerinnen und Schüler pro 100%-Stelle SSA. Zürich hat 803, wird jetzt aber ausgebaut auf 690. Auf kommunaler Ebene sieht es für uns noch schlechter aus. Da ist Winterthur wirklich das Schlusslicht im Vergleich zu den anderen Gemeinden.

Wie sieht das Modell aus von SSA, wie es künftig angeboten werden soll in Winterthur? Das Konzept mit Stamm- und Kontaktschulen möchte man aufheben, weil ganz klar aufgezeigt wurde, dass da eigentlich eine Ungleichbehandlung herrscht. Man möchte alle Stufen mit SSA betreuen können und es soll auch Prävention angeboten werden auf allen Stufen und sichergestellt werden, dass ein flexibler Einsatz gewährleistet wird. Man möchte ein Minimal-Angebot an SSA von 30% stellen. Und man hat eine Berechnung gemacht, dass je mehr Schülerinnen und Schüler in einer Schulgemeinde sind und je höher der Sozialindex ist und je höher die Quartierbelastung ist, desto mehr SSA sollte geboten werden.

Da hat es sehr viel Text, ich versuche das ein bisschen zusammenfassen. Wie gesagt, man möchte das Ziel setzen, dass in allen Schulen SSA angeboten wird, mind. 1 Tag. Und man

hat das definiert mit A-, B- und C-Schulen. A-Schulen sind Schulen mit einer hohen Belastung, d.h. mehr SSA. C-Schulen sind Schulen mit weniger Belastung und dementsprechend auch weniger SSA-Präsenz. Da sehen wir es prozentual, wie es abgedeckt werden soll: 50% an A-Schulen, 40% bei B-Schulen und 30% bei C-Schulen.

Und wir sehen entsprechend die Leistungen, die angeboten werden sollen: Beratung von Kindern und Jugendlichen, Kriseninterventionen, Kinderschutzfälle (wobei diese prioritär behandelt werden sollen), Gruppen- und Klasseninterventionen, Präventions-Angeboten, involviert bei Teamsitzungen etc. Mit diesem Modell sollen 690 Schülerinnen und Schüler pro 100%-Stelle betreut werden können.

Vorteile des 3stufigen Modells: Jede Schule erhält mehr SSA als heute, es wird keine zu grossen Sprünge geben und die Chancengleichheit wird gewährleistet mit diesem Modell. Es wird auch sichergestellt und ermöglicht, dass die Minimalleistung an Einzelberatungen angeboten werden kann und dass v.a. auch im Bereich Prävention mehr gemacht werden kann. Wie gesagt, werden alle Stufen von Kindergarten bis Oberstufe einen minimalen Zugang zur SSA erhalten.

Wie schon erwähnt: Ein bedarfsgerechter Ausbau mit einem 690er Schlüssel. Das wurde auch in der Kommission diskutiert, wie das gehandhabt wird mit den wachsenden Schülerzahlen. Es ist ja ein Fakt, dass wir die wachsenden Schülerzahlen haben. Wie das entsprechend angepasst wird und ob es da einen gewissen Automatismus gibt? Aber das wird dann nach der Abstimmung behandelt, mit dem Schlüssel.

Wir haben in der Kommission verschiedene Varianten und verschiedene Modelle diskutiert, von einem 600er Schlüssel bis zum 900er Schlüssel. Der Stadtrat hat auch einen Vorschlag gemacht mit einem entsprechenden Schlüssel, was eigentlich bedarfsgerecht wäre seitens Stadtrat. Man hat alle Möglichkeiten ausdiskutiert, ich möchte jetzt nicht gross auf alle eingehen, was da entsprechend die Konsequenzen sind. Mit dem 690er Schlüssel kann man das entsprechende Angebot erfüllen, das jetzt bereits präsentiert wurde. Mit dem 750er Schlüssel kann man das Modell nach wie vor beibehalten, muss aber gewisse Abstriche in Kauf nehmen, v.a. bei den Angeboten im Bereich Prävention. Mit dem 800er Schlüssel kann das 3stufige Modell, so wurde es uns gesagt, nicht mehr umgesetzt werden. Mit dem 900er schon gar nicht mehr. Dann hat man wieder mehr Feuerwehreinsätze und die Chancengleichheit ist nicht gewährleistet. Ihr seht entsprechend auch die Konsequenzen, was die Kosten betrifft. Man sieht dann auch einen direkten Vergleich zwischen dem 690er und dem 750er Schlüssel. Wenn man einen 750er Schlüssel hätte, würden wir 224'000 Fr. weniger ausgeben.

Fazit der Weisung: Da möchte ich gerne auf das AJB hinweisen. Sie definieren eigentlich, mit welchem Schlüssel SSA angeboten werden sollte. Aktuell wird das in Winterthur nicht erfüllt. Das AJB empfiehlt, dass 600 – 900 Schülerinnen und Schüler pro 100%-Stelle betreut werden sollten. Avenir Social/SSAV empfehlen 300 - 400 Schülerinnen und Schüler pro 100%-Stelle.

In der Kommission haben wir wie gesagt verschiedene Schlüssel ausdiskutiert, es sind auch Anträge gestellt worden. Man hatte einen Antrag mit einem Schlüssel von 600 Schülerinnen und Schülern pro 100%-Stelle, der einem Schlüssel von 750 pro 100%-Stelle gegenübergestellt wurde. Und dieser Kürzungsantrag ist mit 4:5 Stimmen durchgekommen.

Anschliessend wurde der 750er Schlüssel dem Antrag der ZSP gegenübergestellt und kam dann mit 7:2 auch durch. Und deshalb beantragt die BSKK, dass der Zusatzkredit zu bewilligen ist mit diesen drei Punkten, die am Anfang erwähnt wurden.

Das wäre alles gewesen zur Vorstellung des Geschäfts.

Ratspräsident A. Geering: Vielen Dank. Dann nehmen wir gleich diesen Änderungsantrag der CVP/EDU-Fraktion.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion stellt den Kürzungsantrag in der Höhe von 224'220 Fr. (d.h. den 750er Schlüssel), und das aus den folgenden Gründen: Unsere Fraktion anerkennt den erhöhten Bedarf an SSA seitens Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Schulleitungen. Es wurde mehrmals die fehlende Präsenz der SSA bemängelt, obwohl die Arbeit sehr geschätzt wird. Ausserdem sehen wir ein, dass der Status quo mit dem Schlüssel

von 1'043 pro 100%-Stelle nicht weitergeführt werden kann, um den Bedarf an SSA abdecken zu können.

Die Chancengleichheit und die Vereinbarkeit mit den Kinderrechten sind aktuell nicht gegeben, wie bereits präsentiert wurde. Wir sahen auch, dass Winterthur mit dem Status quo den letzten Platz im Gemeindevergleich des Kantons Zürich hat und auch auf nationaler Ebene im Städtevergleich das Schlusslicht ist. Und deshalb macht eine Erhöhung durchaus Sinn.

Allerdings erlaubt die aktuelle finanzielle Lage der Stadt es nicht, die SSA mit dem beantragten Schlüssel der ZSP anbieten zu können. Das Budget 2020 und der FAP in den kommenden Jahren haben uns gezeigt, wie sehr düster die finanzielle Lage ist.

Das 3stufige Modell mit den A-, B- und C-Schulen wäre mit dem 750er Schlüssel noch umsetzbar und Präventionsangebote könnten mit dem 750er Schlüssel an allen A-Schulstandorten durchgeführt werden, was in meinen Augen auch genug ist.

Zusätzlich erfüllen wir damit die Empfehlungen vom Amt für Jugend- und Berufsberatung zur kantonalen Vorgabe mit 600 – 900 Schülerinnen und Schülern pro 100%-Stelle, wie ich es bereits vorgestellt habe. Mit dem 750er Schlüssel wäre man gleichauf mit Aarau und Luzern, aber immer noch tiefer als Bern. Und im Zürcher Gemeindevergleich wären wir immer noch im Mittelfeld.

Aus diesen Gründen stellt die CVP/EDU-Fraktion den Kürzungsantrag in der Höhe von 224'220 Fr. für einen nötigen, aber noch moderaten Ausbau von SSA in Winterthur.

Ratspräsident A. Geering: Ich habe zwei Klärungspunkte: Du hast mündlich gesagt, der Antrag lautet auf 224'220 Fr., im Mailtext steht 224'420 Fr. Ich würde die schriftliche Version nehmen auf einen Antrag von 224'420 Fr.?

A. Zuraikat (CVP/EDU): 224'420 Fr. ist korrekt.

Ratspräsident A. Geering: Der Kürzungsantrag ist im ursprünglichen Antrag auf der Weisung auf der 1. Seite zum mittleren Punkt für das Jahr 2022 und die Folgejahre auf den Betrag von 1'280'000 Fr., dieser wiederkehrende Betrag. Ist das korrekt?

A. Zuraikat (CVP/EDU): Richtig.

Ratspräsident A. Geering: Dann gibt das, wenn man die 224'420 Fr. abzieht, beim CVP-Antrag für den mittleren Punkt (Antrag 2022 und Folgejahre) einen Betrag von 1'055'580 Fr. jährlich wiederkehrend. Der erste und dritte Punkt bleiben unverändert.

Gibt es weitere Änderungsanträge zu dieser Weisung? – Das ist nicht der Fall.

Dann beginnen wir jetzt mit der Debatte. Samuel Kocher hat das Wort.

S. Kocher (GLP): Ich danke André für die detaillierte Präsentation dieses Geschäfts. 2012 wurde der Auftrag an die SSA neu formuliert. Es wurde gefordert, dass auch Unterstufe und Kindergarten in das Konzept eingegliedert werden. Das bedeutet im Detail: Verstärkter Einsatz von der SSA auch im Kindergarten und der Unterstufe und mehr Einsatz bei der Prävention und Früherkennung in allen Schulhäusern und Klassen. Aufgestockt wurde bis dato noch nicht.

Aufgrund der grösseren Aufgaben und stetigem Schülerwachstum konnte die SSA die geforderten Aufgaben vermehrt nicht mehr vollständig erfüllen, resp. sie geriet zunehmend unter Druck. Das beweist auch die Kennzahl, dass in Winterthur heute über 1'100 Schüler auf eine 100%-Stelle SSA fallen. Das ist sicher ein Spitzenplatz – aber leider im negativen Sinn. Eine Situation, die weit weg von der geforderten Qualität und auch vom gesetzlichen Auftrag ist. Denn das KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz) sagt im §19: «Die Gemeinden sorgen für ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit.» Das wird wie gesagt in Winterthur nicht ansatzweise erfüllt.

Mit diesem Weg, weg vom Modell mit Stamm- und Kontaktschulen, hin zu einem neuen, bedarfs- und bedürfnisorientierten Modell, könnte SSA den geforderten Auftrag wieder erfüllen.

Sie könnte endlich wieder niederschwellige SSA-Beratungen, Klasseninterventionen, bei Krisen und Kinderschutz unterstützen und v.a. Prävention in allen Schulstandorten und -stufen anbieten.

Warum könnte? Es hängt da eben am Schluss alleine vom Schlüssel ab, wie viele Schülerinnen und Schüler auf eine 100%-Stelle SSA fallen. Und da haben die Beratungen in der zuständigen Kommission klar gezeigt, dass es deutliche Qualitätsunterschiede gibt. Jeder Schlüssel über 750 ändert bei Qualität und Möglichkeiten der SSA gegenüber heute nicht wirklich etwas. Man wäre zwar mehr präsent in der Unterstufe und im Kindergarten, aber es könnte keine Prävention im geforderten Sinne betrieben werden. Also eigentlich weiterhin Status quo.

Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag auf einen Schlüssel von 750 ab. Der heute vom Stadtrat und der Zentralschulpflege beantragte Schlüssel von 690 Schülerinnen und Schülern pro 100%-Stelle SSA finden wir den richtigen. SSA leistet gute Arbeit, die direkt auf dem Schulareal ankommt. Dadurch kommt die Arbeit der SSA direkt den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften zugute. Genau darum unterstützt die GLP den bedarfsgerechten Ausbau der Schulsozialarbeit mit dem einmaligen Zusatzkredit von 500'000 Fr. für das Jahr 2021 und wiederkehrend von 1,28 Mio. pro Jahr ab 2022, wie vom Stadtrat beantragt.

A. Rellstab (FDP): Wir haben es uns nicht einfach gemacht in der FDP-Fraktion mit der Entscheidung, welchen Schlüssel wir unterstützen wollen. Die FDP-Fraktion bekennt sich klar zu einem Ausbau der Schulsozialarbeit. Wir anerkennen, dass in der Schulsozialarbeit sehr wichtige Arbeit geleistet wird und die Notwendigkeit eines Ausbaus ist nicht von der Hand zu weisen. Wir bekennen uns auch zu einer deutlichen Verbesserung gegenüber der Situation von heute mit den ca. 1'150 Kindern pro Schulsozialarbeiter.

Schlussendlich haben wir uns aber entschieden, den CVP-Antrag zu unterstützen, und zwar darum: Wir anerkennen das Bedürfnis nach einer Stärkung, wir sehen aber auch, dass Winterthur nicht auf Rosen gebettet ist und finanziell vor grossen Herausforderungen steht. Wir wollen nicht jetzt einen Ausbau befürworten, um die Kosten dann wieder mit einer Steuererhöhung decken zu können oder Kürzungen vorzunehmen.

Mit einem 750er Schlüssel liegen wir immer noch in der Mitte der Empfehlungsspannweite vom Volksschulamt. Nicht zuletzt wollen wir aber betonen, dass wir mit dem 750er Schlüssel eine Verbesserung gegenüber dem stadträtlichen Antrag befürworten. Wir sagen also Ja zu mehr Schulsozialarbeit und sind überzeugt, dass mit dem Antrag der CVP die Situation der Schulsozialarbeit gegenüber heute markant verbessert werden kann.

S. Müller (EVP): Ich danke auch für die Vorstellung, die ausführlich war und uns gezeigt hat – leider – dass Winterthur da ein ziemlich krasses Schlusslicht bildet mit über 1'000 Schülern pro 100%-Stelle. Und es ist, wie wir auch in der Kommission gemerkt haben, unbestritten, dass der stadträtliche Antrag mit dem 800er Schlüssel eigentlich nicht anwendbar ist, um das flächendeckende Modell mit den A-, B- und C-Schulen so durchzuführen.

Jetzt, mit dem beantragten 750er Schlüssel ist es so, dass das A-, B-, C-Schulen-Modell wohl aufrecht erhalten werden kann, aber ich möchte zwei Gründe nennen, weshalb wir als EVP diesen Antrag ablehnen.

Das erste, das ich erwähnen möchte: Die Schweiz führt überraschenderweise leider die Hitliste an in Sachen Mobbing. Mobbing hat viele Facetten auf dem Schulhof, und schnell geht es auch über den Schulhof hinaus. Wenn man Mobbing nicht von Anfang an mit Präventionsarbeit thematisieren und dafür sensibilisieren kann, ist es klar, dass es viel schneller zu sehr komplexen und auch teuren Fällen kommt. Da braucht es dringend adäquaten, flächendeckenden Ausbau der SSA. Es wurde vorhin gesagt, dass diese Präventionsarbeiten auch an den A-Schulen aufrecht erhalten werden können, aber wir wissen alle, dass Mobbing genau ein Beispiel ist, das nicht auf diese Einstufungen schauen würde. Das kommt an allen Schulen vor, in allen Milieus, in allen Schichten – nicht nur in Lupenräumen. Gerade beim Thema Mobbing, wo die SSA meines Erachtens eine ganz wichtige Schlüsselrolle einnimmt – es ist klar, steht sie nicht als alleiniger Player da. Sie braucht dann auch die ganzen Netzwerke (das war super ausgeführt in der Weisung), aber sie ist der einzige Player, der das offiziell im

Schulhaus behandeln kann, mit diesen Gruppenarbeiten – da kommen die anderen nicht hin. Und das gibt dann wirklich eine gute Arbeit, wenn man mit den Playern ausserhalb des Schulhauses zusammenarbeiten kann. Aber die SSA ist die einzige, die es im Schulhaus kann.

Das zweite Beispiel, das ich erwähnen möchte, ist das Thema Vandalismus. Auch da sehen wir als EVP-Fraktion zwar das kurzfristige Sparpotential mit einem 750er Schlüssel nicht gegeben, weil man hier den längerfristigen Nutzen auch in Betracht ziehen muss. Wir wissen, dass die Ursprünge für Vandalismus Langeweile, Herumlungern sind – und nachher kommt man auf blöde Ideen. Persönlich befürworte ich da in Härtefällen restriktives Handeln, bin mir aber auch bewusst, dass das nie die ganze Lösung ist. Wir müssen das Problem an der Wurzel packen und einerseits für genügend attraktive Freizeitangebote sorgen und auch für Sportangebote, das ist die beste Art, um Vandalismus oder Langeweile zu begegnen. Und da glaube ich aber auch, dass die SSA eine besondere Schlüsselrolle einnehmen könnte, indem sie mit Präventions- und Informationsarbeit an den Schulen dafür sorgt, dass die Angebote bekannt sind. Ich sehe die SSA da in Zukunft noch mehr als wichtiger Schulender. Wie ich vorhin gesagt habe: Die SSA ist die Institution, die in der Schule, in den Schulräumen auf solche Projekte und Angebote aufmerksam machen könnte. Und das ist ein ganz wichtiger Teil. Es ist auch richtig, dass da die privaten Anbieter nicht auf dem Schulhausgelände Werbung machen dürfen – jedenfalls in den meisten Fällen nicht.

Wenn man das alles anschaut, komme ich wirklich zum Punkt, dass Präventionsarbeit nicht etwas ist, bei dem wir sparen können, oder ein nice-to-have ist. Wir verstehen es (wir haben es in der Fraktion auch diskutiert), dass es in Hinblick auf den FAP lukrativ ist, an diesem Schlüssel zu schrauben – aber längerfristig glauben wir, dass das nicht die Lösung bringt und teuer wird.

In dem Sinn sprechen wir uns klar für den 690er Schlüssel aus und gegen den Antrag der CVP.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Ich danke André für das Vorstellen dieses Geschäfts. Ich finde, Du hast das sehr gut gemacht und uns eigentlich auch klar gezeigt, wieso dass wir diesen 690er Schlüssel annehmen müssen und nicht den 750er Schlüssel – genau weil es um die Chancengleichheit geht für alle Kinder. Und mit dem 750er Schlüssel ist das aus unserer Sicht nicht mehr gewährleistet, wenn man eben nicht Präventionsarbeit an allen Schulen machen kann. Wie schon gesagt wurde, ist Präventionsarbeit etwas sehr, sehr Wichtiges. Und es ist auch nicht wirklich gespart, weil die Folgekosten, wenn wir die Präventionsarbeit nicht machen können, unter Umständen noch viel höher sind: Für allfällige Polizeieinsätze, für Termine beim Psychologen oder bei der Psychologin etc. Und deshalb unterstützt die Fraktion Grüne/AL den 690er Schlüssel und lehnt den von der CVP ab.

G. Stritt (SP): Die SP unterstützt die vorliegende Weisung, wie sie da ist und sie die ZSP vorgelegt hat, und ist überzeugt, dass sich die Investition in die Schulsozialarbeit auszahlen wird. Den Antrag der CVP/EDU-Fraktion lehnen wir entschieden ab.

Die Schulsozialarbeit ist, das gilt grundsätzlich und natürlich auch in Winterthur, ein Erfolgsmodell. Nachdem Ende der 90er Jahre die ersten Projekte in grösseren Städten durchgeführt wurden (in Winterthur ist das seit 2001 der Fall), hat sich die Schulsozialarbeit kantonsweit etabliert und gehört heute zum selbstverständlichen Grundangebot für Kinder und Jugendliche. Und seit der Einführung der Schulsozialarbeit ist aufgrund der vielen positiven Effekte und dem klar erkennbaren Nutzen (insbesondere in grösseren Städten und Gemeinden) die Schulsozialarbeit massiv ausgebaut worden. Wichtige Merkmale der Schulsozialarbeit sind niederschwellige Erreichbarkeit, Bekanntheit bei den Schülerinnen und Schülern und den Lehrpersonen, und die rasche Verfügbarkeit.

Inhaltlich haben wir gehört, mit was sich die Schulsozialarbeit befasst. Ich denke v.a. auch im Bereich der Einzelfallberatung und der Prävention im Einzelfall oder in Schulklassen – gerade bei Mobbing, und da ist Winterthur ja auch nicht gerade ein besonders gutes Beispiel – besteht wichtiger Bedarf.

Das Kinder- und Jugendschutzgesetz schreibt seit 2011 vor, dass alle Zürcher Kommunen eine bedarfsgerechte Schulsozialarbeit haben müssen. Und das Amt für Jugend- und Berufsberatung gibt auch Empfehlungen ab. Bereits im Lagebericht, den der Kanton im Jahr 2016 publiziert hat, ging man bei 100% Schulsozialarbeit von 650 Schülerinnen und Schülern kantonsweit aus. In Winterthur hatte man damals schon über 1'000 Schülerinnen und Schüler auf 100%. Und wie wir gehört haben, kommen 2018 auf 100% Schulsozialarbeit in Winterthur 1'162 Schülerinnen und Schüler. Die Empfehlungen sind auch bekannt: Die Fachverbände gehen von 300 – 400 Kinder auf 100% aus, der Kanton von 600 – 900 Kinder oder Schülerinnen und Schüler. Wobei beim Kanton auch gesagt werden muss, dass dort die Empfehlungen in Überarbeitung sind und man davon ausgehen kann, dass diese zukünftig tiefer ausfallen werden.

Im Jahr 2012 hatte Winterthur den Ausbau. Man musste ein grösseres Angebot zur Verfügung stellen, auch für mehr Kinder. Und man ging damals schon von einem ca. 700er Schlüssel aus. Allerdings hat man bei diesen Berechnungen, die man dort gemacht hat, das Schülerwachstum, das seit 2008 eingetreten ist, nicht berücksichtigt. Und man hat auch die Kindergartenkinder nicht eingerechnet.

Die Folgen haben wir auch schon gehört. Man musste Dienstleistungen einschränken. Man hat aus der Not das Stamm- und Kontaktschulen-Modell geschaffen. Das gibt es sonst nirgends, das ist etwas sehr Winterthur-Spezifisches. Und, was auch noch ist: Man hat das Konzept aus dem Jahr 2007 gar nicht mehr weiterentwickelt, weil die personellen Ressourcen dort ein wesentliches Thema waren. Es brauchte wirklich mehrere Anläufe, bis es dann endlich gelungen ist, in der Debatte für das Budget 2017 eine Mehrheit hier in diesem Rat zu finden, die bereit war, für eine Analyse und Evaluation der Schulsozialarbeit ein bisschen Geld zu sprechen. Die Ergebnisse von der Fachhochschule Nordwestschweiz liegen jetzt in ausführlicher Form vor und sind ja auch die Grundlage für diese Weisung. Der Schulsozialarbeit in Winterthur wird ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Einerseits bezüglich der hohen Fachlichkeit, aber auch qualitativ/preislich. Es wird aber immer wieder darauf hingewiesen, dass die knappen personellen Ressourcen dafür verantwortlich sind, dass das Angebot nicht sein volles Wirkungspotenzial entfalten kann. Und insbesondere die Erreichbarkeit nicht gegeben ist. V.a. bei den Kontaktschulen, wo keine Schulsozialarbeitenden vor Ort sind, kommen die Kinder nur erschwert zur Hilfe. Man muss sich vorstellen: In einem Schulhaus, in dem eine Schulsozialarbeitende vor Ort ist, kann man dort an die Bürotüre klopfen und kann schauen, wie man zu einem Termin kommt. In einer Kontaktschule muss man zuerst über irgendwelche Hürden (vielleicht über die Lehrperson oder sonstige Personen) gehen, bis man dann doch noch einer Schulsozialarbeitenden gegenübersteht. Man weiss allgemein, dass Kinder und Jugendliche, die problembelastet sind, nicht mehr lernen können. Erhalten sie nicht möglichst rasche Hilfe, fallen sie längerfristig aus.

Mit der vorliegenden Weisung und dem Ausbau der Schulsozialarbeit soll einerseits der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahl Rechnung getragen werden, und andererseits der Zugang für alle Kinder und Jugendlichen niederschwellig möglich sein. So wird die bestehende Ungleichbehandlung aufgelöst und auch die Schulsozialarbeit kann ihr Potenzial ausschöpfen. Die Weisung ist wirklich kein Luxusmodell, denn mit dem Schlüssel von 690 Schülerinnen und Schüler auf 100% wird der Zustand hergestellt, der bereits 2012 geplant wurde und im Kanton mehrheitlich Realität ist.

Schaut man Sonderschulquote, Sozialindex und Sozialmonitoring unserer Stadtteile in Winterthur an, ist es erstaunlich, dass man der Schulsozialarbeit nicht schon längst mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt hat. Denn es ist allgemein bekannt, das haben wir auch schon gehört, dass es gerade bei Klasseninterventionen wichtig ist, dass man schnell reagieren kann, um Probleme möglichst klein zu halten. Gerade bei Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten, von denen man ja auch immer spricht, ist das ein gutes Mittel, wenn die Schulsozialarbeit auch intervenieren kann.

Und man muss sich auch vor Augen führen: Wenn man nur schon 1-2 Heimplatzierungen verhindern oder vielleicht auch hinauszögern kann, dann ergibt das Einsparungen von mind. 60'000 – 70'000 Fr. pro Kind und Jahr. Und es ist auch so, dass wenn man hier in die

Schulsozialarbeit investiert, dann langfristig an anderen Orten Geld sparen kann. Dass mehr Ressourcen wirksam sind, das zeigt sich ja auch bei der Sozialhilfe.

Es ist nicht sinnvoll, der Schulsozialarbeit die zusätzlichen Ressourcen nur in einem reduzierten Mass zu bewilligen. Das würde dazu führen, dass sich die Situation nicht wesentlich verändern wird und auch weiterhin die Ungleichbehandlung relativ gross ist. Dazu kommt, dass das Schülerinnen- und Schüler-Wachstum auch in den nächsten Jahren weitergehen wird, und dass die Belastungen in den Schulen auch weiterhin bestehen bleiben werden.

Die SP unterstützt deshalb die Weisung, wie sie vorliegt.

G. Gisler (SVP): Ich danke André Zuraikat für die umfassende Präsentation der Vorlage. Mit allen Vorrednerinnen und Vorrednern gehen wir einig, dass eine Aufstockung der Schulsozialarbeit notwendig ist. Die Schule muss neben der reinen „Wissensvermittlung“ zahlreiche andere Herausforderungen bewältigen. Die SSA ist den Lehrpersonen dabei eine gute Stütze, um die sozial bedingten Fälle im Umfeld, Probleme des Zusammenwirkens und in der Erziehungsarbeit auf neutralem und vom schulischen Bereich losgelösten Umfeld zu bewältigen.

Dennoch, das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) empfiehlt pro 100% Schulsozialarbeitsstelle einen Stellenschlüssel von 600 – 900 Schülerinnen und Schülern. Demnach entspricht ein Stellenschlüssel von 750 Schülerinnen und Schülern genau dem empfohlenen Durchschnitt.

Die vorliegende Weisung empfiehlt einen Stellenschlüssel von 690 Schülerinnen und Schülern. Es geht hier um die Bildung und Zukunft unserer Jugend, eine Investition hierzu zahlt sich aus, da sind wir uns einig. Trotz allem ist es aber auch eine Frage der finanziellen Ressourcen. Bei einem Stellenschlüssel von 750 Schülerinnen und Schülern werden die im Kinder- und Jugendhilfegesetz aufgelisteten Anforderungen erfüllt. Alle Schulen können mit den geforderten Dienstleistungen – zum Teil etwas im reduzierten Umfang - bedient werden. Es wird damit dem uns wichtigen Gleichheitsgebot Rechnung getragen.

Unseres Erachtens ist daher ein 750er Stellenschlüssel mehr als ausreichend. Die dadurch wiederkehrenden Minderausgaben von 224'420 Fr. pro Jahr – was rund 1,5 Stellen entspricht - ist angesichts der finanziellen Aussichten für die Stadt Winterthur angebracht.

Zum Schluss betone ich nochmals, dass die SVP-Fraktion die Notwendigkeit für einen Ausbau der SSA nach den gesetzlichen Vorgaben des Jugendhilfegesetzes anerkennt. Jedoch unterstützen wir eine leicht moderatere Aufstockung der SSA. Eine Aufstockung mit einem 750er Stellenschlüssel erachten wir als rechtsgenügend. Wir unterstützen den Antrag der CVP/EDU-Fraktion. Ein Ausbau im vollen Umfang, wie ihn die ZSP mit der vorliegenden Weisung (auch entgegen dem Antrag oder der Empfehlung des Stadtrates, der ja einen 800er Schlüssel wollte) fordert, lehnen wir hingegen ab.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Ich möchte gerne noch kurz auf einige Voten eingehen, die erwähnt wurden.

Sämi Kocher: Du hast erwähnt, ein Schlüssel mit 690 sei bedarfsgerecht. Ich möchte nochmals daran erinnern: Bedarfsgerecht gemäss AJB ist ein Schlüssel von 600 – 900.

Was Sämi Müller und Roman Hugentobler erwähnten: Es ist kein Sparantrag. Das Wort «sparen» ist da falsch. Wir sparen da nichts. Wir geben einfach weniger aus. Und das ist mir wichtig, dass das da klar erwähnt wird. Ich möchte nicht wieder im Landboten lesen, die CVP sei da die Sparallianz. Einfach dass das hier erwähnt ist.

Wie gesagt: Es wird ein bisschen dargelegt, dass die Schulen nur funktionieren mit SSA. Ich selber bin nicht mit SSA aufgewachsen und ich glaube, das ist einigermaßen gut herausgekommen. Aber eben, da können die Meinungen auseinandergehen. Aber es ist einfach wissen: Die, bei denen wir wirklich darauf angewiesen sind, dass sie gute Arbeit leisten, das sind unsere Lehrerinnen und Lehrer. Das ist wirklich ganz wichtig, dass man auch das betont. Aber es wird anerkannt bei der SSA, dass sie gute Arbeit leisten, sie aber v.a. eine unterstützende Wirkung haben.

Deshalb denke ich, dass mit diesem Antrag ein moderater Ausbau sichergestellt ist und dass alle Kinder nach wie vor von SSA profitieren können.

Ratspräsident A. Geering: Mir sind keine weiteren Wortmeldungen bekannt gegeben worden. Das Wort hat Jürg Altwegg, seines Zeichens Vorsteher DSS und Präsident ZSP.

Stadtrat J. Altwegg: Ich habe sehr grosse Freude, dass einerseits ganz breit (ich glaube, wirklich von allen) erkannt wird: Die SSA macht einen guten Job. Und ich glaube, das ist für die anwesende grosse Delegation von unseren Winterthurer Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern wohl auch Balsam auf die Seele für ihren guten Job, den sie machen. Ich danke André Zuraikat für seine Vorstellung und auch für alle die wohlwollenden Voten. Schulsozialarbeit ist sehr wichtig für die Prävention. Und ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Unterschied bei diesen zwei vorgeschlagenen Schlüsseln von 690 und 750. Mit dem 750er Schlüssel müsste man bei der Prävention zurückfahren.

Der Präsident hat einleitend erwähnt, dass ich auch der Präsident der Zentralschulpflege bin. Im Landboten konnte man lesen, dass im schlimmsten Fall (ich habe es deshalb gesagt, weil ich selber finde, das ist gar nicht so schlimm) ich zwei Hüte anziehen müsste: Einmal den als ZSP-Präsident und einmal den als Stadtrat. Das hat sich aber als überflüssig ergeben, der Stadtrat hat sich hinter den Antrag der ZSP bzw. der BSKK gestellt.

Der Bedarf nach 1:690 (ich führe das nicht mehr im Detail aus, wir haben gehört, wie das funktioniert) ist ausgewiesen. Da ist es auch so, dass wenn das AJB sagt, sie empfehlen einen Range von 600 – 900, dann gehen sie von unterschiedlichen Belastungen aus, wie sie z.B. die Stadt Winterthur hat im Unterschied zu Sternenberg im Tösstal. Da ist der Bedarf an Schulsozialarbeit schon unterschiedlich. Und der Kanton muss ja den ganzen Kanton im Fokus haben. Deshalb hat er einen Range angegeben von 600 – 900. In dem Sinn glaube ich, ist das eine gute Sache.

Man hat von verschiedenen Votantinnen und Votanten gehört, wo überall Schulsozialarbeit wirken kann. «Mobbing» fiel einige Male. Ich finde, das ist ein etwas unschönes Wort – es ist auch eine unschöne Geschichte. Aber es gibt auch ganz viele andere Sachen, bei denen die Schulsozialarbeit auch noch tätig werden kann. Sie kennen eben die Kinder auch noch aus einer anderen Optik als die Lehrpersonen, die primär den Schulbetrieb im Fokus hat. Und die Kinder werden von der SSA anders angeschaut. Jemand hat gesagt (ich glaube, es war Gabi Stritt), die Kinder können beim SSA klopfen – das finde ich auch einen ganz wichtigen Aspekt, dass sie einen direkten Zugang zur Schulsozialarbeit haben.

Wenn ich mir jetzt noch etwas wünschen darf vom Parlament: Sie wissen, es wird eine Volksabstimmung geben. Je klarer das Abstimmungsverhältnis hier im Saal ist, desto besser ist das Signal, das wir gegenüber der Bevölkerung abgeben. Eine möglichst klare Mehrheit ist da hilfreich.

Dann wünsche ich jetzt gute Entscheidungsfindung und besten Dank für die wohlwollende Unterstützung.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung. Wir werden den Antrag gemäss Weisung und den Änderungsantrag der CVP/EDU-Fraktion gegenüberstellen und anschliessend eine Abstimmung machen über den obsiegenden Antrag.

Bei der Gegenüberstellung bezieht sich der Antrag auf den zweiten dieser drei Punkte, also dass man dort bei 2022 und Folgejahre im Weisungsantrag 1,28 Mio. bewilligen würde – und beim CVP/EDU-Antrag wären es 1'055'580 Fr. jährlich wiederkehrend.

Wer dem Weisungsantrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer dem CVP/EDU-Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr dem Weisungsantrag zugestimmt.

Wir stimmen damit über den Antrag von 1,28 Mio. ab plus die anderen beiden Punkte. Ich lese es nochmals vor, damit allen klar ist, was wir machen. Für 2021: 500 000 Franken einmalig, für 2022 und Folgejahre 1 280 000 Franken jährlich wiederkehrend und einmalige Kosten für Raumbeschaffung 100 000 Franken.

Wer diesem Antrag in dieser Form zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr dieser Weisung mit 46 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen zugestimmt und das so bewilligt.

Wir kommen zum... Wir kommen nicht mehr, wir machen Essenspause und kommen nach der Essenspause um 20 Uhr zum Traktandum 6. Ich wünsche guten Appetit.

Nachtessenspause.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2019.108: Begründung des Postulats M. Steiner (SP), Th. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt

7. Traktandum

GGR-Nr. 2019.23: Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) und S. Kocher (GLP) betr. Gymnasiumsprüfungsvorbereitung

Ratspräsident A. Geering: Ich begrüsse zur zweiten Sitzung des heutigen Abends. Die Traktanden 6 und 7 werden zusammen behandelt. Das ist zum einen die Begründung des Postulats betreffend Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt Winterthur und zum anderen die Beantwortung der Interpellation betreffend Gymnasiumsprüfungsvorbereitung. Ich lasse zuerst den Erstunterzeichner des Postulats das Postulat begründen. Anschliessend ist ein Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion bereits bekannt. Anschliessend werden dann die Mitunterzeichnenden dieser Geschäfte sprechen können und alle anderen, die auch darüber sprechen möchten.

Das Wort hat für die Begründung des Postulats Markus Steiner.

M. Steiner (SP): Bei Jugendlichen aus der Schulgemeinde Altstadt-Töss haben 2018 über 20% den Übertritt direkt aus der Primarschule an das Gymi geschafft, in der Schulgemeinde Oberwinterthur sind es nicht mal 9%, die es geschafft haben. Wenn man die zusammengeführten Schulkreise separat anschauen würde, wären die jetzt schon grossen Unterschiede noch grösser. Die Frage ist: Ja, wohnen denn in der Altstadt die gescheiterten Kinder als in Oberwinterthur? Natürlich nicht. Wir alle wissen, was alles einen Einfluss darauf hat, ob ein Kind den Übertritt in eine höhere Schule schafft. Das ist der Bildungsstand der Eltern, die finanzielle Situation und die Nähe einer weiterführenden Schule. Das wirkt sich unmittelbar auf die Schulkarriere der Kinder aus.

Es ist aber die Aufgabe des städtischen Bildungssystems, diese Einflüsse auszugleichen. Die Chancengerechtigkeit ist noch lange nicht erreicht. Die Gymiprüfung ist in den letzten 25 Jahren anspruchsvoller geworden, die gestellten Aufgaben komplexer. Eine sorgfältige Vorbereitung ist zwingend notwendig, selbst für die begabtesten Schülerinnen und Schüler.

Und es ist gut, dass die Volksschule kostenlos solche Kurse anbietet. Leider unterscheiden sich diese Kurse betreffend Angebot von Schule zu Schule sehr stark. Wir anerkennen dabei den Aufwand, den die Schulleitungen und die Lehrpersonen tagtäglich, auch ohne gesetzlichen Auftrag, zusätzlich anbieten. Diesem freiwilligen Einsatz sind aber, bei aller Suche nach kreativen Lösungen, Grenzen gesetzt. Kein Wunder, ist es deshalb so, dass in dieser Situation viele Eltern zusätzlich private Vorbereitungskurse für ihre Kinder buchen. Das nützt in

den meisten Fällen auch tatsächlich etwas. Wer zusätzlich zum Vorbereitungskurs der Volksschule einen guten privaten Kurs besucht, erhöht die Chancen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen. Solche Kurse sind aber teuer und können schnell mal über 2'000 – 3'000 Fr. kosten. Das können sich nicht alle Eltern leisten. Gymianwärter von bildungsfernen Eltern haben weniger Chancen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen.

An dieser Stelle sind aber auch zwei Punkte zu erwähnen, die das Postulat nicht möchte: Das Gymi ist nicht für alle Schüler der Königsweg. Das Ziel ist nicht eine höhere Gymiquote. Wir stellen auch das duale Bildungssystem nicht in Frage. Sondern es geht um eine flächendeckend gleich hochstehende Vorbereitung für die Kinder, die eine höhere Schule besuchen wollen. Es darf nicht vom Zufall abhängig sein, ob man eine Lehrperson hat, die diese Stunden sehr gut vorbereitet. Es gibt sehr grosse Unterschiede. Die Vorbereitung muss für alle qualitativ und quantitativ zugänglich sein. Die herrschende Praxis im Bereich der Vorbereitung für die Aufnahmeprüfung der Mittelschulen verletzt das Gebot der Chancengleichheit. Winterthur ist eine Bildungsstadt. Bildung ist unser grösstes Kapital für die Zukunft. Wir können es uns schlicht nicht leisten, die besten Talente – egal woher sie kommen – nicht zu fördern. Wir nehmen deshalb erfreut zur Kenntnis, dass der Stadtrat in seiner Interpellationsantwort einheitliche Standards bei der Prüfungsvorbereitung klar befürwortet. Die Frage in diesem Zusammenhang wird sein, was der Stadtrat und das Parlament hier drinnen höher gewichtet: Die dazu benötigten finanziellen Mittel oder eine hohe, stadtübergreifende Chancengerechtigkeit der Vorbereitungskurse.

Aus Sicht der SP-Fraktion besteht da dringend Handlungsbedarf und wir würden uns freuen über die Unterstützung dieses Postulats.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Marc Wäckerlin, SVP-Fraktion.

M. Wäckerlin (PP/SVP): Lieber Markus, im Prinzip, von dem was Du gesagt hast, würde ich Dir inhaltlich weitestgehend zustimmen und es wäre wirklich wünschenswert, man könnte das so haben.

Nur leider blendet das Postulat halt ein bisschen Geschichte aus, die wir auch schon kennen. Wir waren 2013 schon mal genauso weit. Wir haben ein Postulat gehabt, das Postulat ist durchgekommen. Damals hat uns die SP noch unterstützt auf unserem Weg. Mittlerweile unterstützt uns die SP offensichtlich nur noch, wenn wir Geld fordern. Aber dann war da genau das Problem: Es wurden 730'000 Fr. gesprochen, was wir eigentlich noch dankend zur Kenntnis genommen haben. Und was ist passiert? In der ersten Sparrunde wurde das wieder gestrichen. Und wo stehen wir heute? Heute stehen wir am genau gleichen Ort. Wenn wir jetzt wieder Geld sprechen für das – die nächste Sparrunde steht vor der Tür. Wir haben keine Chance mit dem.

D.h. wenn wir wirklich substanziell etwas verbessern wollen, dann müssen wir schauen, wie wir mit den verfügbaren Mitteln besser durchkommen. Das war genau das, auf das die Interpellation abzielt. Und aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass wir weiterhin diesen Weg verfolgen müssen, auch wenn vielleicht der Schulstadtrat das nicht ganz so sieht. Aber ich denke, wenn wir da die Kommunikation innerhalb der Stadt, zwischen den verschiedenen Schulkreisen, und den Erfahrungsaustausch ein bisschen verbessern können, dann könnte man einiges herausholen, bevor man wieder ein Budget haben muss, das dann in der nächsten Sparrunde gestrichen wird.

Und wenn wir das jetzt machen, wenn wir jetzt den im Prinzip nicht unsympathischen Vorstoss unterstützen würden, dann heisst das einfach, es ist halt wieder mal ein Schuss ins Blaue hinaus. Man macht das – und als nächstes wird es wieder gestrichen. Denn – und das müsste jeder wissen, der in der Budgetdebatte war – es stehen uns wirklich massive Sparübungen bevor. Und es ist einfach schwierig zu diesem Zeitpunkt, es wird wieder genau gleich laufen wie beim letzten Mal.

Deshalb empfehle ich, empfiehlt unsere Fraktion: Lehnt dieses Postulat ab.

Ich nehme die Interpellationsantwort dankend zur Kenntnis, auch wenn wir wie gesagt etwas abweichende Meinungen haben. Und wir richten nochmals die Bitte an den Schulstadtrat

resp. auch an die Kreisschulpflegen und die Zentralschulpflege: Ihr seht das Problem, das uns auf den Fingern brennt. Schaut, wie Ihr es mit den vorhandenen Mitteln besser hinbringen könnt, dass wirklich die Schüler, die auch die Fähigkeiten haben, besser gefördert werden.

Jetzt zum anderen Punkt: Wenn man die Kinder einfach pusht (und Du erwähnst ja noch das mit den Eltern, die das Geld haben, um die Kinder in die Förderkurse zu schicken) – es gibt ja dann noch eine Probezeit. Wer es gerade noch ins Gymi schafft, weil er gepusht wurde, der schafft dann die Probezeit nicht. Da gibt es dann auch wieder einen Ausgleich.

Deshalb lehnen wir das Postulat ab und nehmen die Interpellationsantwort zur Kenntnis.

Th. Leemann (FDP): Ich möchte mich zuerst zum Postulat äussern. Für die FDP ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler den gleich vollen Rucksack haben, die an die Gymiprüfung gehen wollen. Es muss egal sein, in welcher Schule oder in welchem Schulkreis in Winterthur man Schülerin oder Schüler ist. Ohne eine gute Vorbereitung für diese Prüfung haben die Schülerinnen und Schüler kaum eine Chance, die Aufnahmeprüfung mit Erfolg abzuschliessen. Es kann nicht sein, dass immer mehr private Anbieter in die Lücke springen, die das System momentan hat. Aus diesem Grund haben wir von der FDP-Fraktion dieses Postulat miteingereicht, dass es in Winterthur in den Schulen eine einheitliche und gute Gymivorbereitung für alle Bevölkerungsschichten gibt.

Wenn die zusätzlichen Kosten das Hauptargument des Stadtrates sind, um das abzulehnen, kann sich der Stadtrat auch überlegen, dass z.B. ab einem gewissen Steuereinkommen die Eltern einen Teil dieser Vorbereitung übernehmen. Auch kann man einige Schulkreise zusammennehmen und die Vorbereitungskurse gebündelt anbieten. Das wäre auch nicht schlecht, wenn man es ein bisschen konzentrieren würde. Die FDP will nicht bei den Schülerinnen und Schülern sparen. Deshalb haben wir dieses Postulat auch eingereicht. Bitte überweist das Postulat an den Stadtrat. Merci.

Jetzt komme ich zur Interpellation. Die Vorgeschichte ist eigentlich traurig, wenn man das gelesen hat. Der Kanton macht eine Empfehlung, die Stadt Winterthur spricht von zusätzlichen Kosten – und die Verantwortung bleibt in den einzelnen Schulkreisen liegen. Es ist eigentlich verwunderlich, dass der Sozialindex in Winterthur so gut dasteht bei den Gymiprüfungen.

Es kann aber auch sein, dass das fehlende Vorbereitungsangebot ein Grund ist, dass gar nicht alle Schülerinnen und Schüler erst an die Gymiprüfung gehen. Es kann nicht sein, dass es in Winterthur von Schule zu Schule Unterschiede hat. Es darf nicht nur am Geld liegen, dass nicht alle Schulhäuser diese Vorbereitungskurse durchführen.

Zu den Fragen 1 bis 6 äussere ich mich so. Es ist eigentlich logisch, dass stadtweit in allen Schulen eine hohe Qualität angestrebt wird. Seit Mai ist der Stadtrat an einem einheitlichen System. Auch in der Beantwortung der Interpellation schreibt der Stadtrat, dass sich die Schulen austauschen sollen. Das macht auch Sinn und ist in der Geschäftswelt üblich. Wer stehen bleibt, wird früher oder später überholt oder er wird scheitern.

Die letzte Antwort des Stadtrates sagt eigentlich alles: Es fehlt eine rechtliche Grundlage, weil es keinen kantonalen Auftrag gibt, und es kostet.

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation.

K. Gander (Grüne/AL): Diese beiden Geschäfte beschäftigen mich aktuell auch gerade Zuhause, ich habe auch gerade eine Tochter in der 6. Klasse, somit ist das Thema gerade sehr aktuell.

Beide drehen sich ja um das gleiche Thema, respektive nimmt das zweite die Antworten aus der Interpellation auf und stellt folgerichtig die entsprechenden Forderungen. Aber immer der Reihe nach.

Die Fraktion Grüne/AL nimmt die Antworten aus der Interpellation wohlwollend zur Kenntnis, denn sie zeigen auf, wo der Schuh wirklich drückt. Wir sind klar der Meinung - und da äussere ich mich jetzt schon zum Postulat – dass es nichts als chancengerecht ist, wenn die Kinder unabhängig vom elterlichen Portemonnaie oder auch der elterlichen hobby-pädagogischen Fähigkeiten sorgfältig und ausreichend auf das Aufnahmeverfahren für das Gymi vorbereitet werden. Dass das in Veltheim nicht anders erfolgen soll als im Gutschick, ist wohl

selbsterklärend. Es kann nicht sein, dass der Wohnort oder die Herkunft darüber entscheiden, ob man den Sprung ans Gymi schafft oder nicht. Wenn man die entsprechenden Zahlen anschaut, sieht man ganz klar, dass die Kinder von Akademikern oder gut ausgebildeten Eltern höhere Chancen haben, eine höhere Schullaufbahn zu durchlaufen.

Der Bildungshintergrund der Eltern ist also zentral. In diesem Kontext beeindruckt mich immer wieder das Programm «ChagALL». Dank diesem Programm werden junge, begabte Migrantinnen und Migranten für eine höhere Schullaufbahn befähigt. Das Programm ist eine Erfolgsgeschichte, gut durchdacht und sehr wertvoll. Und ja, ich würde mir auch sehr wünschen, dass wir da in Winterthur die notwendigen Ressourcen und Finanzen für dieses Programm zur Verfügung stellen würden.

Und ja, das kostet auch, genauso wie die Gymikurse, die die Schule anbieten sollte – und möglichst gleich auf dem ganzen Stadtgebiet anbieten sollte. Meines Erachtens ist das aber sehr sinnvoll investiertes Geld. Derzeit fehlen in Winterthur sowohl die Grundlagen wie auch die budgetierten Mittel dazu. Und genau das fordern wir mit dem vorliegenden Postulat, mit dem wir den Stadtrat aufrufen, proaktiv eine qualitativ und quantitativ hochstehende Prüfungsvorbereitung für alle Kinder, die das nötige Talent und den nötigen Willen haben, an das Gymi zu geben, anzubieten.

S. Müller (EVP): Die Chancengleichheit bei der Vorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsprüfungen ist in Winterthur nicht gegeben. Und diesen Zustand wollen wir als EVP-Fraktion nicht länger so belassen und riechen deshalb dieses Postulat heute mit ein. Es ist uns bewusst, dass über alle Schulkreise hinweg einheitliche Prüfungsvorbereitung nicht ohne Mehraufwand geht. Das wurde aufgezeigt und das hat auch die Beantwortung der IP zur Gymiprüfungsvorbereitung gezeigt. Dafür danken wir auch.

Uns ist aber auch bewusst, dass die Schulleitungen und alle anderen nicht einfach däumchendrehend auf mehr Arbeit warten – im Gegenteil. Und demzufolge ist wirklich auch mit Mehrkosten zu rechnen und es sind auch mehr Mittel zu sprechen. Auch wenn der FAP so aussieht, wollen wir heute da auch sagen: Das ist ein Anliegen, das uns wichtig ist, und an dem wir auch bei späteren Diskussionen, die es noch geben wird, festhalten wollen. Chancengleichheit, dem wollen wir Folge leisten und Euch bitten, das Postulat mitzuüberweisen, damit das auch passieren kann.

S. Kocher (GLP): Besten Dank zuerst einmal an alle involvierten Stellen, die für die Beantwortung der Interpellation gearbeitet haben. Die Antwort des Stadtrates hält ja vier Punkte fest: Gymivorbereitung ist eine kommunale Aufgabe. Es gibt keine einheitliche Gymivorbereitung in den einzelnen Schulkreisen und Schulhäusern. Die Erfolgsquote generell ist gut, die Winterthurer Schülerinnen und Schüler sind am Gymnasium nicht untervertreten. Und es wird von der ZSP schon das Bedürfnis der Vereinheitlichung geäußert. Und im 2013 wurde sogar ein entsprechendes Konzept wieder eingestellt.

Das Ganze bedeutet, dass es heute Kinder gibt, die von einer qualitativ sehr guten Vorbereitung profitieren, bis zu Kindern, die gar nicht in den Genuss einer Vorbereitung kommen. Ein zu breites Spektrum, findet die GLP. Selbst bei der Definition, wer überhaupt an einem solchen Vorbereitungsunterricht teilnehmen kann, gibt es Unterschiede. Das bedeutet für die Eltern und Schüler, die diesen Schritt planen und angehen wollen, dass eine gewisse Unsicherheit herrscht, abhängig von Schulkreis, Schule und Lehrperson. Auch wenn das so ist, gilt es an dieser Stelle den Dank an alle Lehrkräfte auszusprechen, die sich heute oft und auch freiwillig diesem Thema widmen und ihren geschätzten Beitrag dazu leisten.

Blenden wir aber die Frage aus, ob und in welchem Mass es Aufgabe der Regelschule ist, die Kinder für die Gymiprüfung oder Maturitätsprüfung vorzubereiten, so erkennt man sehr schön, dass im aktuellen System das Thema der Chancengleichheit nicht gegeben ist. Es geht der GLP aber in erster Linie aber genau um diese Chancengleichheit für alle, und nicht die Chancenungleichheit für einzelne. Es geht uns auch um die Debatte, was Chancengleichheit bei der Gymi- und Maturitätsprüfungsvorbereitung bedeutet. Was darf sie kosten? Wie sieht genau eine mögliche Kostenbeteiligung der Eltern aus? Was ist das Ziel? Wie viel Zeit steht für die Vorbereitung zur Verfügung? Wer darf profitieren? Was ist Teil vom Lehrauftrag,

was ist freiwillig? Ist es Teil vom Unterricht oder findet es ausserhalb statt? Und so weiter. Dazu müssen dann auch die Fragen von den einheitlichen Standards und der Qualitätssicherung beurteilt werden. Wie auch immer eine Lösung aussehen kann oder soll, wichtig ist der Grundsatz: Für alle gleich.

Für die GLP ist es eben nicht so, wie der Stadtrat in seiner Interpellationsantwort falsch spekuliert hat, dass es den Interpellanten vorschwebt, einfach einen einheitlichen Standard und ein Qualitätsmanagement ohne Kostenfolge festzulegen. Es geht uns in erster Linie um eine einheitliche Lösung und eine Chancengleichheit für alle. Und Chancengleichheit bedeutet eben auch, dass es nicht nur Gymischüler gibt. Der weit grössere Anteil der Schüler besucht den klassischen Klassenunterricht der Regelschule. Und da gibt es z.B. auch den Übertritt in Sek A, Sek B oder Sek C. Auch wenn wir gerne vom Gymi sprechen und träumen, so dürfen diese Schüler im ganzen System nicht vergessen gehen. Primär gilt der Lehrauftrag dem Tagesgeschäft im Unterricht.

Bei der Frage zur Gymivorbereitung wünschen wir uns vom Stadtrat schnell konkrete Vorschläge, wie man besonders das Thema Chancengleichheit für die Gymi- und Maturitätsprüfung definiert und wie es sich umsetzen lässt. Dazu darf und soll auch auf die bereits gesammelten Erfahrungen in den einzelnen Schulkreisen und Schulhäusern zurückgegriffen werden. Der GLP geht es nicht einzig um das reine Prädikat einer hochwertigen Gymi- und Maturitätsprüfungsvorbereitung, wie im themengleichen Postulat gefordert. Denn wir zweifeln in keinster Weise an der Hochwertigkeit des Unterrichts unserer Lehrpersonen. Ganz im Gegenteil.

Aber wir zweifeln an der Gerechtigkeit der aktuellen Situation in Bezug auf die – und so darf man es auch nennen – Chancenungleichheit. Wir wünschen uns da wie gesagt schnell einen Lösungsvorschlag, wie die Situation geändert werden könnte.

Das eingereichte Postulat fordert den Stadtrat auf, dieses Thema einmal mehr lediglich zu prüfen. Unserer Meinung nach hat der Stadtrat das mit der Beantwortung unserer Interpellation bereits gemacht und den Handlungsbedarf deutlich erkannt. Das Postulat ist sicher gut gemeint, aber wie gesagt: Es braucht keine weitere Prüfung, sondern ein schnelles Arbeiten an konkreten Massnahmen und Vorschläge, über die diskutiert und am Schluss entschieden werden kann. Um nicht weitere Zeit zu verlieren und die Verwaltung mit der Beantwortung dieses Postulats zu beschäftigen, sondern dass diese Ressourcen sofort für die Ausarbeitung eines Umsetzungsvorschlag eingesetzt werden können, unterstützen wir die Überweisung des Postulats nicht.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats zur Interpellation Gymnasiumvorbereitung positiv zur Kenntnis und lehnt das Postulat zur Prüfungsvorbereitung für Kantons- und Berufsmaturitätsschulen ab.

Wie schon mehrmals in der Vergangenheit erwähnt, ist uns eine solide Bildung für Kinder und Jugendliche ein zentrales Anliegen. Vom Schulsystem her wäre eigentlich vorgesehen, dass neben dem ordentlichen Schulunterricht keine weiteren Vorbereitungen nötig sind. Ausser natürlich in der Verantwortung der Eltern. Die Kurse an der Volksschule sind aus dem Bedürfnis und Engagement von Lehrpersonen entstanden, die eigentlich wollten, dass auch Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernem Umfeld diese Gymiprüfung bestehen. Das haben wir schon mehrmals gehört. Somit wird allenfalls etwas für die Diversity an Gymis und Universitäten gemacht – das ist aber nicht die Pflicht der Schulen. Deshalb soll sich die Stadt da auch nicht einmischen.

Im Übrigen gilt es aufzuzeigen, dass der Weg über die Berufslehre dem Gymnasium gleichwertig ist. Ausserdem wollen wir keine Ungleichberechtigung gegenüber Schülerinnen und Schülern schaffen, die gar kein Interesse haben an Gymi oder BMS.

Heute Abend wurde viel von Gleichberechtigung gesprochen. Da frage ich mich schon: Wo ist denn da eigentlich die Gleichberechtigung gegenüber angehenden Automechanikern, Coiffeusen, Kosmetikern und Kosmetikerinnen oder Leuten, die im Gesundheitsbereich arbeiten wollen? Einmal mehr wird da einfach ganz bestimmte Klientelpolitik betrieben. Wenn die Volksschule Ressourcen in die Förderung für Anschlusslösungen stecken würde, wäre da prioritär darauf zu achten, dass ein Berufseinstieg geschaffen wird.

Aus der Antwort des Stadtrats zur Interpellation möchte ich folgendes zitieren: «In sämtlichen Schulkreisen der Stadt Winterthur werden die Erwartungen betreffend Gymiquote im Vergleich zum Sozialindex übertroffen (vgl. Landbote vom 17. April 2019). Somit kann punkto Prüfungsvorbereitung nicht auf eine grundsätzliche Benachteiligung von Winterthurer Schülerinnen und Schülern gegenüber solchen in anderen Gemeinden geschlossen werden.» Da sehe ich wie gesagt keinen Handlungsbedarf. Die Forderung ist übrigens auch nicht im Postulat.

Und Marc Wackerlin hat ja das Postulat von 2013 erwähnt. Ich habe eines gefunden aus dem gleichen Kreis, aus dem Jahr 2011: Vorbereitung für Gymnasiumsaufnahmeprüfung. Und dort war die ZSP klar der Meinung, dass dem Anliegen bereits Genüge getan wird. Der Grosse Gemeinderat hat den Postulatsbericht damals zustimmend zur Kenntnis genommen. Und damals war auch die EVP der Meinung, dass es keine weiterführenden Massnahmen in den Winterthurer Schulen braucht.

Wie bereits angekündigt nimmt die CVP/EDU-Fraktion die Stellungnahme des Stadtrats zur Interpellation positiv zur Kenntnis und lehnt das Postulat ab.

Stadtrat J. Altwegg: Das Wort «Chancengleichheit» ist selbstverständlich dem Stadtrat ein wichtiges Anliegen, aber in diesem Zusammenhang noch viel wichtiger: Auch der Zentralschulpflege und den vier Kreisschulpflegern. So ist es auch so, dass die Kreisschulpflegern in die ZSP gekommen sind und dort bereits die ZSP einen Auftrag an das Departement gemacht hat, einen Vorschlag auszuarbeiten, was es heissen würde, wenn man jetzt tatsächlich flächendeckend in Winterthur ein solches Angebot machen möchte. Und natürlich hätte das Kosten zur Folge. Und von daher hatte ich durchaus auch Freude an den Voten von Samuel Kocher und André Zuraikat, die das auch betonen: Das hat Kosten zur Folge. Ob es das wirklich braucht, ist dann wieder eine andere Frage.

Aber dass man effizient arbeiten kann, an dem hatte ich besondere Freude. In dem Sinn bräuchte es das Postulat tatsächlich nicht, denn die ZSP hat den Auftrag bereits erteilt. Obwohl das erst ein Vorschlag war. Ob das dann umgesetzt wird, ist dann wieder eine andere Frage. Aber das wird sich dann zeigen in der Zentralschulpflege.

Es ist einfach so: Der Kanton schreibt uns nicht vor, so etwas machen zu müssen, bzw. er sagt relativ klar, das habe im Rahmen des obligatorischen Unterrichts stattzufinden. Wir wissen hier drinnen alle, dass das so nicht wirklich funktioniert. Trotzdem ist es so: Wenn das an den Start geschoben werden sollte, würden Sie in den Handkuss kommen, das allenfalls zu bewilligen, weil es sicher einiges kosten würde. Aber es ist eine freiwillige Leistung. Und wenn es tatsächlich wieder zu einer Sparrunde kommen sollte, dann ist klar, dass alle die freiwilligen Leistungen aufs Tapet kommen, es wird diskutiert, ob man die weiterziehen will oder nicht. Auch dort werden Sie dann die Gelegenheit haben, mitzuentcheiden.

Dann zu den Verschiedenartigkeiten unserer Schulen. Es ist tatsächlich so, dass die 54 Schuleinheiten sehr unterschiedlich unterwegs sind. Ich meine damit nicht qualitativ, sondern einfach die Art und Weise, wie sie organisiert sind, wie sie unterrichten. Wir haben eine Spannweite von altersdurchmischem Lernen bis zu relativ streng reglementierten Schuleinheiten alles. Und trotzdem glaube ich, die Qualität ist überall sehr hoch.

Was den Austausch zwischen diesen Schuleinheiten anbelangt: Auch dieser ist sehr rege. Da gibt es die Schulleiterkonferenz Winterthur, die sich sehr regelmässig trifft. Auch ich darf dort jeweils dabei sein. Dort wird sehr rege ausgetauscht, welche Sachen funktionieren und was nicht, und wie man einen Schritt weiterkommen kann, miteinander. Wir sind verschiedenartig, aber gleichwertig unterwegs mit unseren Schulen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Botschaft, auch dass wir mit diesem Austausch ein wirklich gutes Gefäss haben. Der Austausch findet intensiv statt.

Dann zur Forderung von Förderung für andere Anschlusslösungen: Selbstverständlich haben wir Profil., die eine Anschlusslösung sein kann für Jugendliche, die nach der 3. Oberstufe vielleicht noch nicht ganz so weit sind, um sich ins Berufsleben einzugliedern, oder tatsächlich nach einem Jahr noch die Aufnahmeprüfung machen wollen. Also da geben wir uns wirklich Mühe, ein breites Spektrum unserer Jugendlichen in der Oberstufe abzudecken, damit

diese möglichst ihren Lebensweg, den sie einschlagen möchten, in die eine oder andere Richtung auch machen können.

Besten Dank, wenn Sie das Postulat in dem Sinn jetzt nicht überweisen, sondern darauf vertrauen, dass sich unsere Schulpflegen um das kümmern und Ihnen einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten werden, wie das läuft.

Besten Dank für die wohlwollende Aufnahme unserer Interpellationsantwort.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats betreffend Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt (natürlich Winterthur).

Wer die Überweisung des Postulats unterstützt, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer das Postulat ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr das Postulat mit einer deutlichen Mehrheit überwiesen.

Ihr habt mit dieser Debatte auch die Interpellationsantwort betreffend Gymnasiumsprüfungsvorbereitung zur Kenntnis genommen, Geschäftsnummer 2019.23.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2019.127: Begründung der Motion S. Gygax-Matter (GLP), A. Steiner (GLP), B. Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und F. Heer (Grüne/AL) betr. Evaluation ÖV Winterthur 2050

Ratspräsident A. Geering: Begründung der Motion betreffend Evaluation ÖV Winterthur 2050. Das Wort hat Silvia Gygax.

S. Gygax (GLP): Wir von der Grünliberalen Fraktion sind überzeugt davon, dass es höchste Zeit ist, sich ernsthaft Gedanken zu machen, wie der ÖV nach dem Jahr 2030 – also nach dem Planungshorizont des städtischen Gesamtverkehrskonzepts (sGVK) aussehen soll. Die Grossstadt Winterthur wächst nämlich und sie wächst schneller als man im sGVK prognostiziert. Mehr Einwohnende bedeutet darum auch, dass man heute schon Massnahmen prüfen sollte, wie das zukünftige Verkehrsvolumen dann einmal abgedeckt werden kann.

Wir haben nämlich heute schon Probleme im öffentlichen Verkehr. Die Situation ist teilweise sogar prekär. Im Stossverkehr können die Busse den Fahrplan nicht einhalten, weil sie eben im Stau stehen. Auf der Linie 1 muss man zu Hauptverkehrszeiten mit bis zu 11 Minuten Verspätung rechnen. Das ist teuer – es ist aber auch unökologisch und es ist auch sehr unattraktiv.

Nur weil ein grosser Teil des zusätzlichen Verkehrs mit ÖV abgewickelt werden kann, gibt es einigermassen freie Fahrt auf den Strassen für die anderen Verkehrsteilnehmer. Infolgedessen sollte auch der Handwerker ein Interesse daran haben, dass er freie Fahrt hat mit seinem Lieferwagen. Im Stau stehen ist nämlich nicht nur unökologisch, es ist eben schlussendlich auch unökonomisch. Für eine langfristige Verkehrspolitik braucht es aber unbedingt Visionen. Wir müssen deshalb über den Zeithorizont des sGVK hinausdenken. In 20 – 30 Jahren braucht es einen echten Kapazitätssprung im Angebot des öffentlichen Verkehrs in Winterthur, um das genannte Mobilitätswachstum aufzufangen. Es werden dann nämlich auch Doppelgelenkbusse mit einem verdichteten Taktfahrplan diese Kapazitätsanforderungen nicht mehr schlucken können.

Kolleginnen und Kollegen – genau dieses Votum, bis hierhin, das habe ich schon mal gehalten. Am 21. Januar 2013, also praktisch auf den Tag genau vor 7 Jahren. Es hat sich aber nichts an der Aktualität geändert. Wir sind immer noch nicht weiter bei der Frage, wie der ÖV nach dem Planungshorizont sGVK aussehen soll. Wir haben uns aber in der Zwischenzeit schon einiges verbaut. Am Hauptbahnhof ist vieles gegangen und vieles nicht mehr möglich. Die Querung Grüze wird niemals von einem Tram befahren werden können, das wissen wir

heute schon. Und auch die Technikumstrasse z.B. ist in der Planung schon weit fortgeschritten. Es ist deshalb echt höchste Zeit, dass wir uns über mögliche zukünftige ÖV-Systeme Gedanken machen.

Winterthur hat nämlich einen attraktiven, ökologischen und leistungsfähigen ÖV verdient. Das ist wichtig für die Einwohnenden. Es ist aber auch wichtig für den Wirtschafts-, Bildungs- und Tourismusstandort. Ein effizientes ÖV-System ist nämlich das Rückgrat einer prosperierenden Stadt und kann, wie wir auch gesehen haben, sehr viele neue Impulse auslösen. Beispiele sind Bordeaux, aber auch viel näher: Das Glatttal. Das sind echt langfristige Gewinne für Winterthur.

Damit dann eben mal im Jahr 2050 das neue ÖV-System fahren kann, müssen wir heute mit dieser Auslegeordnung anfangen. Warten wir doch nicht nochmals 7 Jahre damit, sondern packen wir es doch heute Abend noch an!

Mit dieser Motion sollen das Tram, die Stadtbahn, die S-Bahn, die Strassenbahn und der Bus vertieft geprüft werden. Von mir aus oberirdisch, aber wieso nicht auch unterirdisch? Auch autonomes Fahren müsste eigentlich ein Thema sein, denn langfristige Verkehrspolitik braucht echte Visionen. Und in einer solchen Auslegeordnung müssen Visionen noch Platz haben.

Wir danken deshalb für die Unterstützung der Motion und Eure Stimme für einen attraktiven, leistungsfähigen ÖV in Winterthur.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag von der SVP-Fraktion, Michael Gross.

M. Gross (SVP): Die SVP wird dieses Geschäft nicht unterstützen und lehnt es ab. Wir haben in der Fraktion aber lange darüber diskutiert, weil wir die Grundrichtung der Motion einer vorausschauenden Verkehrspolitik eigentlich gut finden. Trotzdem hat sich eine Mehrheit der Fraktion gegen eine Miteinreichung entschieden.

Selbstverständlich muss der Stadtrat und insbesondere die Stadt- und Raumentwicklung dafür sorgen, dass ein zukunftsorientiertes und leistungsfähiges Verkehrssystem zur Verfügung steht. Unseres Erachtens gehört das zum Grundauftrag des Amts für Städtebau respektive der Verkehrsabteilung. Und diesen Auftrag erfüllt sie auch.

So haben wir mit Winterthur 2040 bereits ein gesamtheitliches und vorausschauendes Grossprojekt am Laufen, das auf genau diese Fragen eingeht. Auch die in der Motion erwähnten Grossprojekten „Ausbau Autobahn A1“ und „Brüttener Tunnel“ werden in der BBK thematisiert. Und sie sind z.B. nächsten Montag (vielleicht kannst Du ja noch dabei sein) Thema und werden diskutiert. Es braucht also zusätzliche Motion, die der Verwaltung die Wichtigkeit von Hochleistungs-Verkehrssystemen in Erinnerung ruft.

Die SVP möchte auch keine einseitige Betrachtung nur auf den öffentlichen Verkehr. In Deiner Motion hast Du das heutige System beschrieben – aber wir sind dann im 2050. Und wenn wir 30 Jahre zurückschauen: Da hat man in der Altstadt fast noch parkiert, man ist mit anderen Autos herumgefahren, damals hat noch niemand ins Handy geschaut, während hier drinnen gesprochen wurde... Wir sind dann in einer anderen Welt und Du argumentierst mit der heutigen Welt – das geht irgendwo nicht auf.

Diese Scheuklappen müssen wir längerfristig unbedingt ablegen. Es kann nämlich durchaus sein, dass das Auto zum ökologischeren, nachhaltigeren Verkehrssystem wird, wenn es autonom fährt. So kommen wir nie zu einem Ziel. Deshalb eine gesamtheitliche Auslegeordnung und nicht nur ÖV anschauen. Der Individualverkehr kann in Zukunft vielleicht leistungsfähiger und umweltfreundlicher werden als der ÖV. Wer weiss schon, was 2050 sein wird? Man hat an der ETH verschiedene Studien gemacht: Elektrifizierung, Sharing, autonomes Fahren sind die Themen. Und da wissen wir noch nicht ganz genau, was in Zukunft dann das Beste sein wird. Deshalb macht es auch keinen Sinn, das nur auf den öffentlichen Verkehr zu beschränken.

Wie gesagt, wir unterstützen diese Motion nicht, weil wir der Meinung sind, dass die Verwaltung bereits genügend Ressourcen in die langfristige Planung setzt und wir gerne eine ganzheitliche Auslegeordnung sehen würden, in die nicht nur der ÖV, sondern auch der Individualverkehr einbezogen ist.

Danke für die Ablehnung.

B. Zäch (SP): Schon heute ist das städtische Verkehrsnetz zu Spitzenzeiten am Rand von der Kapazität. 2035 wird das Angebot der SBB im Schienenverkehrs stark ausgeweitet. Spätestens dann muss ein Quantensprung in den städtischen Verkehrssystemen ins Auge gefasst werden.

Es ist klar, dass der Knoten Hauptbahnhof, auf den bis heute das ganze städtische Verkehrsnetz spinnennetzartig zuläuft, diesen Mehrverkehr nach 2035 nicht mehr lange wird aufnehmen können. Auch die zuführenden Hochleistungskorridore des ÖV und vom MIV werden, selbst wenn sämtliche bisher geplanten Bus-Priorisierungsmassnahmen ausgeführt werden, nicht mehr in der Lage sein, den Zuwachs im innerstädtischen Verkehr und speziell im ÖV aufzufangen.

Da setzt die Motion ein, die wir heute behandeln. Sie nimmt den Zeithorizont 2050 in den Blick und bittet den Stadtrat um eine Auslegeordnung von möglichen, auch alternativen Verkehrsträger und allenfalls auch Anpassungen in der Struktur des Verkehrssystems.

Die GLP träumt schon lange vom Tram. Und die SVP träumt neuerdings vom autonomen Auto. Die SP sieht das ein bisschen nüchterner. Wir möchten in erster Linie eine Prüfung sowohl der bestehenden wie auch von möglichen neuen Verkehrsträgern. Tramlinien sind eine Option, aber unserer Ansicht nach sollten die Abklärungen auch die Struktur des Verkehrsnetzes in den Blick nehmen. Winterthur hat für eine Stadt dieser Grösse ein einmalig dichtes bestehendes innerstädtisches Schienennetz, das allerdings ebenfalls spinnennetzartig zum Hauptbahnhof hineinführt und sternförmig wieder aus der Stadt hinausführt, aber eigentlich nirgends transversal durch die Stadt hindurchführt. Hier könnte das Konzept zur Raumentwicklung Winterthur 2040 möglicherweise neue Ideen aufs Tapet bringen. Und wer die Ausstellung genau angeschaut hat im 1. Stock (Forum) des Superblocks, hat schon Andeutungen davon gesehen, zumindest in den ersten Planungsrunden.

Das heisst, dass wir wissen möchten, inwieweit ein Quantensprung mit Busverbindungen, allenfalls in Verbindung mit der Aktivierung bestehender innerstädtischer Schienenverbindungen, möglich ist, und ob es dazu neue Verkehrsträger wie z.B. Schienenfahrzeuge braucht. Was aber niemand bis jetzt gesagt hat: Klar ist, was immer für ein Konzept verfolgt wird, es wird in ganz starkem Masse auf kantonale und Bundesmittel angewiesen sein. Das heisst einerseits, dass solche Planungen und Festlegungen sehr frühzeitig in die langfristige Angebotsplanung des ZVV und von Stadtbus, aber auch in kommende Agglomerationsprogramme des Bundes eingebunden werden müssen. Es heisst aber eben auch, dass sorgfältig abgeklärt werden muss, ob eine Finanzierung dieser Projekte auf diesem Weg auch gesichert ist. Die GLP, Silvia Gygax, hat in einem Tele Top-Interview gesagt: «Ja, das wird der Kanton dann zahlen und der Bund wird zahlen...» Man muss sich bewerben um diese Programme. Und wir wissen im Nachhinein von den bisherigen Agglomerationsprogrammen: Winterthur kann die bisher gesprochenen Mittel nur unvollständig ausschöpfen. Die Finanzierungsfrage ist nicht einfach etwas, das kommt, sondern man muss es vorausschauen planen und abklären und schauen, dass eine Finanzierung auch da ist.

Ich nehme jetzt nicht Bezug auf die Abstimmungskampagne der kantonalen Abstimmung vom 9. Februar, wo das z.B. nicht gewährleistet ist.

Planerisch müssen wir darum auch auf den Zeitpunkt 2050 hin in den nächsten Jahren – und wirklich in den nächsten Jahren! – die Machbarkeit prüfen und auch Vorplanungen an die Hand nehmen.

Genau in diesem Sinn hat die SP-Fraktion die Motion mit eingereicht und unterstützt die Überweisung. Der Motionsbericht, den wir jetzt einfordern, wird Gelegenheit bieten, die politische Abwägung in Bezug auf weitere Schritte und vielleicht auch konkretere Forderungen zu machen.

M. Bänninger (EVP): Die grossen Bestrebungen rund um Winterthur 2040 sind wichtig und auf gutem Weg.

Doch eine sehr wichtige Frage ist: Wie soll es im Speziellen mit dem ÖV weitergehen? Wie soll sich dieser in den kommenden Jahren entwickeln? Und v.a. wie wollen wir, von Winterthurer Seite her, dass er sich entwickelt?

Um in diesen Fragen eine Haltung und ein Ziel zu entwickeln, brauchen wir ein Konzept, das weitergeht als die Betrachtungsmöglichkeiten und Betrachtungstiefen von Winterthur 2040. Aus diesem Grund unterstützen wir die Motion der GLP, die den Stadtrat auffordert, dem Grossen Gemeinderat einen Kreditantrag für die Evaluation des öffentlichen Hochleistungs-Verkehrssystems ab 2050 für Stadt und Agglomeration Winterthur vorzulegen.

F. Heer (Grüne/AL): Die Motion verlangt, eine Evaluation vorzulegen, wie die öffentlichen Verkehrssysteme ab 2050 aussehen sollen. Es ist unbedingt notwendig, dass Winterthur sich da längerfristige Ziele setzt und diese auch wirklich verfolgt. Wir kennen es von vielen Grossprojekten, es wurde schon erwähnt, z.B. Glatttalbahn oder Limmattalbahn, wie lange das dauern kann. 20 – 30 Jahre sind da keine Ausnahme.

Wir können es uns nicht leisten, bei einem so zentralen Thema, nicht vorausschauend und – wie es schon gesagt wurde – mutig zu agieren.

Für uns Grüne ist klar, dass dies nicht ohne das Einbeziehen der anderen Verkehrsteilnehmer gehen wird. Obwohl es in dieser Motion halt speziell um eines geht. Der Modalsplit von Winterthur muss sich unbedingt zugunsten des öffentlichen Verkehrs und auch vom Langsamverkehr ändern. Im Städtevergleich hinken wir da noch deutlich hinterher. Wir müssen uns grundsätzlich Gedanken machen, wie sicherzustellen ist, dass in Zukunft das Verkehrssystem von Winterthur nicht unter der schieren Last der Ansprüche kollabiert.

Die Motion soll helfen abzuklären, welche der vielen Ideen und Projekte, die es zur Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in Winterthur gibt, weiterverfolgt werden sollen und welche eben nicht. Ideen gibt es ja schliesslich wirklich genug: Ausbau vom Bus, eine Stadtbahn, ein Tram bauen, ja sogar ganz ausgefallene wie eine Seilbahn oberhalb der Verkehrsachsen stand sogar im Raum. Natürlich reicht es, wenn man die realistischen dieser Ideen wirklich ausarbeitet.

Auf jeden Fall müssen wir die demografische Entwicklung miteinbeziehen und weit über 2030 hinausdenken. Die Stadt wächst rascher als das städtische Gesamtverkehrskonzept prognostiziert. Vielen Dank für das Unterstützen dieser Motion.

A. Steiner (GLP): Im Rahmen von Winterthur 2040 und auch in sonst, auch in den Medien, wurde schon einige Male diskutiert: Der HB hat Platzmangel – soll man das Gleis weiterhin auf der Rudolfstrasse, wo man den Platz reserviert hat, einsetzen oder soll man beim Hauptbahnhof mit den Gleisen untendurch oder oben drüber... Da standen schon einige Fragen im Raum. Wenn man diese Fragen stellt, dann glaube ich, dass man nochmals einen Schritt zurückgehen muss und sich dann überlegen muss: Was brauchen wir denn als Gesamtes? Wir als Stadt Winterthur und Region. Was brauchen wir für ein prosperierendes Winterthur? Erfahrungsgemäss haben Städte immer dann geboomt, wenn sie an guten Verkehrsachsen lagen. Früher, im Mittelalter, waren das noch die Gewässer. Und später war das Massgebende die Lage entlang von Eisenbahn- oder allenfalls auch Tramlinien.

Nehmen wir jüngere Beispiele – z.B. die Glatttalbahn. Es war vor 30 Jahren, als man einmal die Idee hatte, man könnte doch eine Glatttalbahn machen. Gemeinden wie Wallisellen sind dort aufgesprungen und haben mit den Zürchern zusammen geschaut, dass dort etwas zustande kommt. Und schaut man die Region heute an: Es ist DIE Boom-Region im Kanton Zürich.

Es gibt weitere Beispiele: Die Limmattalbahn ist jetzt an der Umsetzung. Die ersten Abschnitte wurden in Betrieb genommen. Auch das: Es wird die Boom-Region im Kanton Zürich. Schauen wir, was in Bern abgeht oder wo das allorts neue Bahnhöfe gebaut werden. Frauenfeld bekommt eine neue Haltestelle mitten im Industriegebiet. Bellinzona baut eine neue Haltestelle «Piazza Indipendenza» weniger als 1 km vom Hauptbahnhof weg. Auch der Bahn-

hof Hardbrücke und Stadelhofen und die Durchmesserlinien in Zürich waren irgendwann einmal eine Vision auf einem Papier - und sind heute realisiert. Sie sind heute Realität und haben eine grosse Auswirkung auf die Prosperität.

Und Winterthur? Wir streichen Bahnhöfe aus Richtplänen.

Wenn es um Arbeitsplätze in den Legislaturzielen geht, dann ist eine ganz wichtige Frage: Wo haben wir denn potenzielle Arbeitsplatzgebiete? Wo haben wir bestehende Arbeitsplatzgebiete? Wie müssen diese erschlossen sein? Und es ist in Gottes Namen so: Diese müssen mit ÖV sehr gut erschlossen sein, das wird entscheidend sein.

Welches schienengebundene System, Benedikt, da gebe ich Dir recht, ist im Moment noch nicht relevant. Zuerst müssen wir fragen: Was wollen wir wie erschliessen? Und dann können wir uns dann fragen, ob wir beim Hauptbahnhof untendurch oder obendrüber und dann mit was. Geht es mit einer U-Bahn oder einem Tram unten durch oder legen wir die SBB-Linien unten durch?

Im Massnahmenplan Energiekonzept 2050 steht deutlich geschrieben, dass im Bereich Mobilität grosser Handlungsbedarf besteht. Genau dieser Meinung sind wir auch. Bei dieser Planung müssen noch ganz andere Aspekte berücksichtigt werden. Ich nenne das Thema City-Logistik. Man hat in letzter Zeit immer wieder Gleise abgebaut, wo man per Schiene Materialien transportiert. Da wird es einen Gegentrend geben, der hat bereits eingesetzt. Irgendwann gibt es dann wieder Hubs, von denen aus DHL und wer weiss ich nur noch mit einem Lieferwägelchen in der Stadt verteilen. Auch das wird ein Thema sein müssen.

Wir sind die 6.grösste Stadt in der Schweiz. Und wir müssen gegenüber dem Kanton, gegenüber dem ZVV und gegenüber dem Bund mit einem Selbstbewusstsein auftreten. Wir müssen eine Vision haben, damit wir uns bewerben können, wie Benedikt Zäch gesagt hat. Wir müssen einmal hinstehen und sagen: Wir brauchen jetzt! Und genau dafür müssen wir wissen, was wir wollen.

Und genau deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich danke den Vorrednern für die vielen guten Punkte, die so auch stimmen. Es gibt einen Punkt, bei dem ich nicht ganz einverstanden bin: Das ist dort, wo man den Modalsplit zugunsten des Langsamverkehrs verbessern sollen. Das funktioniert nicht, weil man grundsätzlich schnell unterwegs sein möchte. Unterwegs sein ist nicht etwas, das anstrengenswert ist - ausser man macht eine Wanderung irgendwohin.

Der schnelle Verkehr, auf den man wechseln soll, ist in Winterthur das Velo und der Zug. Der Langsamverkehr ist Bus, Auto und zu Fuss.

Wie wir bereits gehört haben, ist der Stadtrat ja dran, mit der räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040 die ganzen Fragen zu klären, gerade auch in Bezug auf die Mobilität. Klar ist, dass dort in diesem Zusammenhang auch die planerische Auslegeordnung passiert und plausibilisierte Varianten für Bahn, Tram und Bus vertieft geprüft werden müssen. Da dieses Projekt bereits läuft, ist diese Motion aus unserer Sicht nicht nötig und entsprechend werden wir den Ablehnungsantrag der SVP unterstützen.

Für uns ist durchaus klar, dass sich der ÖV in Winterthur entwickeln muss. Die langen Reisezeiten innerhalb von Winterthur sind ein Ärgernis und die langen Wege zum Umsteigen müssen reduziert werden, damit der ÖV attraktiver wird. Er muss auch schneller werden und flexibler. Für das braucht es sicher auch autonom fahrende Fahrzeuge, kleine Einheiten, die sich einfacher miteinander kombinieren lassen. Es müssen Querverbindungen ermöglicht werden zwischen den Stadtteilen und die schnellen innerstädtischen Zugverbindungen müssen in Zukunft eine Möglichkeit sein, die wir besser nutzen können.

R. Heuberger (FDP): Ich nehme es vorweg: Die FDP wird dem Abweisungsantrag der SVP zustimmen. Und das nicht etwa, weil wir der Meinung wären, dass diese Evaluation nicht stattfinden muss. Im Gegenteil. Vieles von dem, was vorher gesagt wurde, und insbesondere das Votum von Annetta Steiner, könnte ich fast 1:1 unterschreiben. Nur: Die Ideen, die da mit diesem Vorstoss eingereicht werden, die sind allesamt nicht neu. Die sind schon lange auf dem Tisch. Und die Grundlagen dafür sind auch in diversen Projektberichten vorhanden.

Und erlauben Sie mir die Bemerkung, dass selbst das städtische Gesamtverkehrskonzept aus dem Jahr 2010 erst bruchstückhaft umgesetzt ist. Wir haben aber im November 2019 einen Kredit von rund einer halben Million Franken gesprochen für die Ausarbeitung der räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040. Das wurde heute schon diverse Male genannt. Ein wesentliches Element dieser Entwicklungsperspektive ist gemäss Antrag des Stadtrats das Thema «Zukunftsfähige Mobilität und die Umsetzung und Weiterentwicklung des städtischen Gesamtverkehrskonzepts 2010». Insbesondere die Umsetzung des sogenannten Achsen-Kammern-Systems soll in diesem Projekt intensiv geprüft werden. Auch die Erarbeitung von Masterplänen für das städtische Bahnhofareal wird im Antrag des Stadtrats zu 2040 explizit erwähnt. Diese Themen und Denkanstösse, die in der Motion erwähnt sind, sind in diesem Planungsteam 1. durchaus bekannt und 2. werden sie durchaus bearbeitet. Und wir sind der Meinung, wir müssen nicht nochmal einen Papiertiger organisieren. Es gibt genügend Papiere zu diesen Themen. Ich war etwas erstaunt heute Abend. Als es um Winterthur 2040 ging, habt Ihr das Planungsteam dermassen hochgelobt. Und jetzt, plötzlich, soll das Planungsteam, das die Mobilität der Zukunft 2040 im Fokus hat, das nicht mehr intensiv genug gehen?

Die Agglomerationsprojekte wurden erwähnt. Sorry! Wir sind mit den Agglomerationsprojekten, die wir auf der Schiene haben, noch nicht bereit, um diese umzusetzen. Wir haben auch dort dringenden Handlungsbedarf und das ist wirklich wichtiger als Papiere zu schreiben. Und auch 2050. Jetzt macht man Entwicklungsperspektive 2040. Wir haben schon Voten gehört, dass man die Mobilitätsplanung entsprechend dem anpassen soll. Und jetzt will man aber bei der Mobilitätsplanung den Zeithorizont 2050, bevor 2040 irgendwo aufgelegt wird? Das macht wie keinen Sinn.

Lasst doch die von 2040 jetzt mal planen, schaut, was sie erarbeiten. Und wenn wir dann nicht weiterkommen, dann können wir neue Aufträge geben, wenn wir damit nicht einverstanden sind.

Ich bin überzeugt davon, sie werden gute Lösungen bringen. Und deshalb werden wir diesen Antrag wie gesagt ablehnen.

Stadtrat St. Fritschi: Es ist bei mir, weil es ÖV-Planung ist.

Der Stadtrat wird da nicht dagegen ankämpfen, wenn Ihr diese Motion überweisen wollt. Ich höre ja eine breite, sehr wohlwollende Zustimmung zum ÖV und das schätzen wir natürlich sehr.

Aber ich möchte doch noch ein paar Punkte anmerken, nicht damit Ihr dann enttäuscht seid, wenn wir dann mit diesem Kreditantrag kommen.

Die Planungshoheit und die Planungskompetenz ist gemäss kantonalem Gesetz (Personenverkehrsgesetz PVG) primär Aufgabe des ZVV. In unserem Fall hat Winterthur eine wichtige Stellung, weil der ZVV diesen Auftrag für Winterthur als Stadtgebiet und auch für einige Gemeinden rundherum Stadtbus gegeben hat. Und weil Stadtbus ein Teil der Stadt ist, haben wir natürlich schon auch etwas mitzureden. Aber man muss immer sehen, es haben es mehrere erwähnt: Im ÖV kann man nicht als Gemeinde einfach selber etwas planen, sondern das ist sehr komplex. Es hat auch eine Stufe vom Bund, mit den Agglogeldern. Da haben wir nicht eine völlige Autonomie in der ÖV-Planung.

Es ist interessant: Silvia Gyax hat ihren Text von 2013 (also Hochachtung vor der Archivierungssoftware, die sie hat, dass sie das gleich wiedergefunden hat) zitiert. Andere haben auch erwähnt, dass nicht viel gelaufen sei in den letzten 6 Jahren. Auch Annetta Steiner hat das von den Bahnhöfen erwähnt. Aber Ihr habt etwas ausgelassen, etwas sehr Wichtiges: Ich habe von niemandem gehört, dass wir als Stadtrat uns extrem dafür eingesetzt haben, dass in den ganzen Ausbausritten 2035 vom Bund der Bahnhof Grüze Nord aufgenommen worden ist! Zur Überraschung der ganzen Schweiz. Dieser Bahnhof war nicht drin, der Bundesrat wollte es nicht drin haben, das Bundesamt für Verkehr wollte es nicht drin haben. Es war eine aussichtslose Ausgangslage, als Mike und ich das 1. Mal nach Bern gepilgert sind zum Bundesamt für Verkehr. Wir sind zurückgefahren und fanden: Ja, was machen wir jetzt? Bei dieser Ausgangslage war es sehr schwierig. Aber wir haben gekämpft. Nicht nur wir alleine, sondern der Gesamtstadtrat zusammen mit dem Regierungsrat, zusammen mit ausgewählten

Parlamentarier und Parlamentarierinnen. Und wir haben es am Schluss geschafft, dass das nun drin ist. Und das ist eine ganz wichtige Voraussetzung zur Lösung der Strategie nach 2035. Denn wenn wir den Hub-Bahnhof Grüze haben, dann können wir ganz entscheidende Verbesserungen einbringen, um den Hauptbahnhof zu entlasten und wir einen Hub haben in der Grüze. Mit diesem Bahnhof Grüze Nord erreichen wir das. Und das habt Ihr alle – bewusst oder unbewusst – nicht erwähnt. Und das ist nämlich ganz wichtig. Und da sind alle anderen Bahnhöfe, die noch irgendwo im Richtplan herumgeistern, Peanuts gegenüber dem Bahnhof Grüze Nord. Das sage ich Euch und das kann man nachher auch noch im Detail diskutieren und mit den Fachleuten diskutieren. Aber Grüze ist ein ganz entscheidender Bahnhof und dazu braucht es natürlich auch die Querung, die ebenfalls ganz wichtig ist, die auch als entscheidender Vorteil zu diesem Hub-Bahnhof Grüze Nord beiträgt.

Es sollten eigentlich alle von Euch auch eine Einladung bekommen haben zur Angebotsstrategie, die wir im Auftrag des ZVV gemacht haben. Das ist ein Teil von dem, was Ihr auch fordert in der Motion. Da ist ein Teil auch abgebildet. Aber wir werden auch in Zukunft noch weitere Abklärungen machen, Studien, Machbarkeiten usw. Wir werden in Zukunft sicher nicht nur einfach auf den Verkehrsträger Bus setzen, sondern da werden wir offen sein für die Zukunft, da müssen wir breiter denken. Und von daher rennt die Forderung der Motion offene Türen ein. Die Angebotsstrategie ist ein Auftrag des ZVV, und da ist man in den letzten Zügen. Die macht man nicht aufgrund dieser Motion.

Wir sind immer froh um Unterstützung von Euch, wenn es darum geht, dass der ÖV eine bessere Stellung übernimmt und einen wichtigen Teil beiträgt. Ich könnte vieles unterschreiben, was Ihr gesagt habt zum ÖV, was der ÖV heute für eine Bedeutung hat. Der ÖV hat heute raumplanerisch fast die wichtigste Bedeutung. Dort, wo eine Station oder eine S-Bahn-Haltestelle hinkommt, das hat eine wahnsinnige raumplanerische Wirkung.

Ich hoffe, dass Ihr trotz aller kritischen Worte nicht vergesst, dass wir mit Stadtbus und auch den anderen Verkehrssystemen (auch die SBB trägt einen Teil dazu bei, auch Postauto trägt einen Teil dazu bei) in Winterthur ein gutes ÖV-System haben.

Ich bin etwas erschüttert, dass Zeno Dähler das als «Langsamverkehr» bezeichnet. Ich verstehe seine zynische Bemerkung, aber ich hoffe, dass der Bus und auch die anderen ÖV-Träger von Winterthur von Zeit zu Zeit auch als Schnellverkehr gelten. Und wir tragen sicher alles dazu bei mit zusätzlichen Priorisierungen und zusätzlichen Massnahmen, dass das auch in Zukunft von Euch vermehrt so wahrgenommen werden wird.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Abstimmung zur Überweisung dieser Motion betreffend Evaluation ÖV Winterthur 2050.

Wer diese Motion überweisen möchte, soll das zeigen mit Handerheben.

Wer die Motion ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit ist die Motion deutlich überwiesen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2019.82: Motion S. Kocher (GLP), R. Diener (Grüne AL), S. Müller (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Netto Null Tonnen CO2 bis 2050; Antrag auf Fristerstreckung (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)

Ratspräsident A. Geering: Das Traktandum ist wie angekündigt abgesetzt.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2017.119: Beantwortung der Interpellation R. Comfort (GLP), M. Zehnder (GLP), B. Huizinga (EVP/BDP) und G. Milicevic Decker (Grüne/AL) betr. mehr Sonderklassen in Winterthur statt an auswärtigen Standorten

Ratspräsident A. Geering: Beantwortung der Interpellation betreffend mehr Sonderklassen in Winterthur statt an auswärtigen Standorten. Das Wort hat die GLP, Martin Zehnder.

M. Zehnder (GLP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Nach wie vor sind wir der Meinung, dass zu viele Transporte an auswärtige Schulen gesprochen werden und es Lösungen geben muss, diese zu minimieren. Nicht alle Transporte lassen sich vermeiden, das ist uns klar. Ein wichtiger Ansatz ist sicher das Projekt KGS Futura, mit welchem Winterthur Kleingruppenklassen aufbaut. Die Kapazitätserweiterung auf 42 Plätze begrüßen wir und hoffen, dass so weniger Kinder in die Nachbargemeinden transportiert werden müssen.

Bei der leidigen Geschichte der immer grösser werdenden Zahl an verhaltensauffälligen und lernschwachen Schülern möchte ich ganz kurz den Fokus auf die starken Schüler setzen: Auf der Website der Stadt, wo Exploratio aufgelistet ist, kann man nachlesen, dass maximal 6 Schüler pro Schulhaus an diesem Projekt mitmachen dürfen. Warum gibt es eigentlich nicht eine maximale Zahl von Schülern pro Schulhaus, die an sonderpädagogischen Förderungen mitmachen dürfen? Klar, dort wo der Bestand an verhaltensauffälligen Schülern und lernschwachen Schülern gross ist, dort muss ein Angebot vor Ort geschaffen werden – also im Quartier. Das Projekt Futura bietet Platz an einem zentralen Ort, d.h. die Schüler müssen aus dem Quartier an diesen zentralen Ort gefahren werden. Sie werden also aus ihrem Quartier herausgerissen, d.h. sie werden separiert statt integriert. Besser wäre, wenn man Kleinklassen einführen könnte und so ermöglichen könnte, dass die Schüler dann im gleichen Quartier unterrichtet werden. Das würde auch dazu führen, dass Schüler, die nur ein paar wenige heilpädagogische Lektionen brauchen, allenfalls in diesen Kleinklassen auch geschult werden können – nicht eine ganze Woche, sondern vielleicht nur lektionenweise, je nachdem, wie sich das aufbauen lässt und wie man das organisieren kann.

Ebenfalls finden wir, dass Transportkosten von 400'000 Fr. (und darin sind ja die Transportkosten der Sonderschule, die man nicht im Quartier unterrichten kann, weil sie spezielle Anforderungen haben, noch nicht mal enthalten) ein viel zu hoher Betrag ist für den Transport von Schülern in eine Aussengemeinde oder in ein anderes Quartier, bloss weil man im eigenen Quartier keine Angebote hat.

Wir nehmen diese Antwort sehr kritisch zur Kenntnis.

B. Huizinga (EVP): Die EVP dankt dem Stadtrat und der Zentralschulpflege für die Interpellationsantwort. Seit der Einreichung dieser Interpellation sind über zwei Jahre vergangen und im Bereich der integrativen Schulung insgesamt stellen sich immer mehr Herausforderungen. Die Interpellation beleuchtet einen Teil der Sonderschule. Die Zahl der Winterthurer Schüler, die ausserhalb der Stadt zur Schule gehen, ist erfreulicherweise gering. Die dadurch anfallenden Transportkosten dann aber im Verhältnis eher hoch. Wir möchten da festhalten, dass die Möglichkeit einer lokalen Lösung aus finanziellen wie auch aus sozialen Gründen angestrebt und immer wieder überprüft sein muss.

Es stellt sich die Frage, ob die 11 Primarschülerinnen und -schüler, die Verhaltensauffälligkeiten bei Normbegabung zeigen, die jetzt in Kleinklassen ausserhalb der Stadt unterrichtet werden, nicht eben in einer solchen, eigens dafür gebildeten Kleinklasse betreut werden könnten – hier in Winterthur. Gerade bei verhaltensauffälligen Kindern ist die engere Betreuung in einer Kleinklasse meistens schon zielführend und sie können häufig zu einem späteren Zeitpunkt wieder in die Regelklassen integriert werden. Eine Sonderschulung ist nicht nötig.

Die Zentralschulpflege hat die Kleinklassen auf nur eine einzige noch bestehende reduziert. Wenn jetzt aber, wie in der Antwort ersichtlich, die Indikation zur Weiterführung von Kleinklassen besteht, dann sollte das Angebot von der Stadt selber geschaffen und getragen werden.

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der ZSP für die Beantwortung der Interpellation und nimmt diese zur Kenntnis. Mit der Beantwortung dieses Vorstosses vor bald zwei Jahren hat sich die Situation im Bereich Sonderschulung und Kleinklassen verändert und die Zahlen entsprechen nicht mehr dem aktuellen Stand. Das bedeutet allerdings nicht, dass das Thema nicht auch weiterhin von grosser Bedeutung ist.

Der Schulbesuch in einer auswärtigen Tagessonderschule oder in einer Kleinklasse ist für Schülerinnen und Schüler grundsätzlich mit einer grossen Belastung verbunden, wenn sie aus ihrem Umfeld herausgerissen werden und den Bezug zum Quartier verlieren.

Der lange Schulweg mit Bus oder Taxi geht auch ab von der Freizeit und, wie wir schon gehört haben, es entstehen für die Stadt massive Kosten, die das Budget belasten. Und das sind natürlich Negativfaktoren.

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn möglichst alle Kinder in der Stadt die Schule besuchen könnten. Es ist nachvollziehbar, dass Kinder mit spezifischen Beeinträchtigungen einen längeren Schulweg in Kauf nehmen müssen, weil Spezialschulen ein grösseres Einzugsgebiet abdecken. Nachdenklich stimmen gemäss der Interpellationsantwort die 23 Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten, die ausserhalb von Winterthur in Tagessonderschulen geschult werden, weil es zu wenig Platz hat oder das Angebot nicht zur Verfügung steht.

Aber speziell aufhorchen lassen auch die 37 Sonderschülerinnen und -schüler, die in Privatschulen ohne Sonderschulbewilligung die Schule besuchen. Das umso mehr, als die Bildungsdirektion in ihrem Papier «Sonderschulung in Privatschulen» klar festhält, dass eine Schulung in einer nicht als Sonderschule anerkannten Schule lediglich dann denkbar ist, wenn nur diese Schule für die besonderen Bedürfnisse eines Kindes eine angemessene Lösung anbieten kann. Solche Massnahmen sind begründete Ausnahmefälle und gelten als ultimo-ratio-Lösungen. Das kann man bei dieser hohen Zahl bezweifeln, ob das wirklich immer so ist.

Die Erfahrungen zeigen, dass es nach wie vor eine grössere Zahl von Kindern und Jugendlichen in Winterthur gibt, die aufgrund ihrer speziellen Bedürfnisse auch mit Fördermassnahmen nicht (wie es das Volksschulgesetz vorsieht) integriert in der Regelklasse geschult werden können. Es ist natürlich begrüssenswert, dass ab dem Schuljahr 2020/21 die 42 Plätze in der Kleingruppenschule vorhanden sind. Allerdings kann man bezweifeln, dass das dann den Bedarf decken wird. Man muss auch daran denken, dass die Schülerzahlen ja auch steigen. Ob das Rahmenkonzept schulische Integration und in diesem Zusammenhang speziell das Projekt für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten eine Entlastung und Entspannung bringt, wird sich zeigen. Das umso mehr (es ist noch nicht so lange her), weil die Mehrheit dieses Parlaments beim Budget 2020 bei der Sonderschulung 2,1 Mio. eingespart hat, was sicher diese Situation nicht verbessern wird.

Die Situation von Kindern und Jugendlichen, die auswärtige Schulen besuchen, sollte aus meiner Sicht regelmässig evaluiert, also überprüft werden und für ausgewiesenen Bedarf sollten Zusatzangebote geschaffen werden, in Winterthur. Zudem sollte man auch die individuellen Situationen dieser Kinder jährlich auf eine Rückplatzierung in die Regelklasse überprüfen. Es sollte das Ziel sein, dass die Schulung ausserhalb der Stadt und in Privatschulen schnellstmöglich zu einer wirklichen Ausnahme werden. Aber ich muss vielleicht daran erinnern, dass genau diese Stellen, die diese Controlling-Aufgaben übernehmen könnten, aus dem Budget gestrichen wurden.

Die SP dankt dem Stadtrat für geleistete Arbeit und hofft, dass mit der Umsetzung des Rahmenkonzepts Schulische Integration die Lage bald positiv verändert werden kann.

K. Gander (Grüne/AL): Ich kann es ganz kurz machen, weil ich mich voll und ganz den Ausführungen von Gabi Stritt anschliessen kann und sie in diesem Umfang auch teile.

Th. Leemann (FDP): Aus der Beantwortung der Interpellation kann man entnehmen, dass der Stadtrat und die Zentralschulpflege das miteinander gemacht haben. Im Februar 2005 trat das neue Volksschulgesetz in Kraft. Darin wurde festgehalten, dass Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen in den Regelklassen mit Förderlehrpersonen unterstützt werden. Bei besonderen Verhaltensweisen oder Behinderungen werden nach sorgfältiger Abklärung die Schülerinnen und Schüler in Regelklassen eingegliedert. Wenn das nicht geht, wird eine Sonderschulung ins Auge gefasst. Schülerinnen und Schüler, die in Kleinklassen sind, sind keine Sonderschüler. Das Ziel der KGS ist es, diese Schülerinnen und Schüler wenn möglich wieder in die Regelklassen zu überführen. Kleinklassen sind keine Alternative für Sonderschulungen. Leider sind wegen dem Grundsatz Integration in Regelklassen fast alle Kleinklassen in Winterthur aufgehoben worden. Jetzt hat es in Winterthur nur noch eine Sekundarschulklasse und drei Einschulklassen. Im Schuljahr 2017/2018 sind von 33 Schülerinnen und Schüler, die eine Tagessonderschule besuchen, 12 aus Platzgründen ausserhalb von Winterthur untergebracht worden. 10 Schülerinnen und Schüler mit Sinnesbehinderung besuchen zurzeit die Sekundarschule im Zentrum Gehör Sprachen. 11 Primarschülerinnen und -schüler werden auswärtig unterrichtet. Es ist vorgesehen, dass es in Winterthur für Primarschüler wieder eine Kleingruppenschule geben wird. Durch diese Massnahme wird die externe Beschulung weniger, was auch die Transportkosten wieder minimieren soll. Kurz gesagt: Winterthur hat Sonderschulen (das sind Michael- und Maurerschule) und Kleingruppenschulen. 20 Schülerinnen und Schüler sind in vom Kanton anerkannten Sonderschulen untergebracht. Die Transportkosten für die Schüler betragen 440'000 Fr. im Jahr, wie auch Martin erwähnt hat. Das ist sehr viel Geld. Aber es wird auch altersgerecht entschieden, wer welchen Transport bekommt. Schülerinnen und Schüler, die keinen Transport haben, werden selbständiger – und das begrüssen wir natürlich auch. So, jetzt habe ich die IP kommentiert. Eigentlich war es für den Stadtrat und die Zentralschulpflege sehr schwierig, diese IP zu beantworten. Ich finde, die Fragen hätten differenzierter gestellt werden müssen. Entweder nur für die Sonderschulen oder für die Regelschulen. Wir danken dem Stadtrat und der Zentralschulpflege für die Beantwortung der Interpellation und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Dazu noch soviel: Mit der Einführung 2005 des neuen Volksschulgesetzes sind Kleinklassen die Ausnahme. Ziel des neuen Gesetzes ist es, die Kinder in eine Regelklasse zu integrieren, wenn nötig mit unterstützenden Massnahmen von zusätzlichen (Förder-)Lehrpersonen. Nur in Ausnahmefällen ist eine Sonderschulung in speziellen (auswärtigen) Schulen erforderlich, dies nach umfangreich durchlaufenen Abklärungsprozessen durch den schulpsychologischen Dienst. Meist liegt in solchen Fällen eine offensichtliche medizinische Diagnose vor. Unterdessen werden aber auch Stimmen laut, die niederschwellige Kleinklassen begrüssen und sagen, sie waren wohl gar nicht so schlecht. Für z.B. verhaltensauffällige Kinder; Kinder, die sich vorübergehend in einer aussergewöhnlichen Situation befinden; d.h. Kinder, die eigentlich kein „Sonderschulstatus“ erhalten dürften, wäre eine solche Kleinklasse eine mögliche Übergangslösung. Die Kleinklasse so verstanden als Mischform für «Grenzfälle». Entweder fängt sich ein solches Kind auf im geschützten Rahmen einer Kleinklasse und es kann wieder in eine Regelklasse zurück, ohne dass es Förderlehrperson braucht; oder das Kind erhält tatsächlich, eventuell nach weiteren Abklärungen, den Status des „Sonderschülers“ und hat dann selbstredend Anspruch auf die gesetzlich vorgeschriebenen Förderlehrpersonen. Wir sind mit der Antwort vom Stadtrat und der Zentralschulpflege nur bedingt zufrieden. Wir würden es begrüssen, wenn die Möglichkeit von Kleinklassen, die ja gemäss VSG §34 Abs. 5 doch noch möglich sind, dass solche Kleinklassen im Quartier wieder geprüft würden, um so eine niederschwellige Bündelung von Kräften zu bewirken und um die Anzahl der Kinder, die den „Sonderschulstatus“ erhalten, bestenfalls zu entschärfen.

Stadtrat J. Altwegg: Diese Transporte sind selbstverständlich auch uns oder mir im Speziellen ein Dorn im Auge. Es sind nicht nur die Kosten von gut 400'000 Fr. jedes Jahr, die zu Buche schlagen. Es ist natürlich auch aus ökologischen Überlegungen nicht so ideal, wenn tatsächlich einzelne sogar mit Taxis irgendwo hingefahren werden.

Ein Teil zur Minderung dieser Probleme, das wurde erwähnt, ist die KGS Futura, wo wir in der Mittelstufe ein Angebot machen, dass wir eine Kleingruppenschule haben, wo wir in Winterthur die betroffenen Kinder beschulen können, ohne dass wir irgendwo im Kanton herumfahren müssen. Das ist finanziell eine bessere Lösung, aber auch für die Kinder sozial eine bessere Lösung.

Es wurde die Frage gestellt, ob es einen Plafonds gibt, also die maximale Anzahl von SonderschülerInnen. Jetzt Vorsicht: Die KGS ist, wie das auch verschiedentlich erwähnt wurde, eben nicht direkt eine Sonderschule in dem Sinne. Und da gibt es einfach von den Plätzen her schon einen Plafonds. Die 21 Plätze sind gegeben, die können wir nicht mehr füllen.

Verhaltensauffälligkeit ist noch keine Indikation für eine Sonderschule, und trotzdem ist es eben manchmal gut, wenn man in Einzelfällen eine separative Lösung einsetzen kann, wo sich die Kinder und Jugendlichen entsprechend wieder erholen können.

Wir müssen uns bewusst sein: Das Bundesgesetz schreibt uns ganz klar Integration vor. Wir dürfen Kinder nicht einfach so separieren. Und deshalb soll das für die Stadt Winterthur auch wirklich der Ausnahmefall sein. Und mit 21 Plätzen auf gut 11'500 Kinder und Jugendlichen ist es wohl durchaus eine passende Geschichte.

Der Rest, meine ich, sollten wir schaffen können mit ISR-Massnahmen oder sonstigem zusätzlichen Förderunterricht entsprechend abdecken können.

In dem Sinn: Es ist mehrheitlich eine wohlwollende Aufnahme. Ich danke Euch für diese Aufnahme.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist die Interpellationsantwort betreffend mehr Sonderklassen in Winterthur statt an auswärtigen Standorten mit dieser Debatte zur Kenntnis genommen und abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2017.95: Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen

Ratspräsident A. Geering: Beantwortung der Interpellation betreffend Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen. Sprechen wird Urs Hofer von der FDP.

U. Hofer (FDP): Ich spreche in Vertretung von Christoph Magnusson. Gefühlt vor ca. 1,5 – 2 Jahren vorbereitet, aber ich habe probiert, es zu aktualisieren.

Wir danken dem Stadtrat für die breite Antwort und begrüßen explizit, dass er zumindest in einigen der angesprochenen oder angestossenen Gebieten aktiv unterwegs ist, z.B. auch explizit das Stichwort «BICAR». Insgesamt ist es aber doch so, dass wir uns etwas mehr Esprit und Pioniergeist in diesen Antworten gewünscht hätten.

Um was geht es? Wir haben es vorhin lange diskutiert, wir rechnen mit einem intensiven Bevölkerungswachstum. Man rechnet damit, dass auch das Mobilitätsbedürfnis zunehmen wird, und reagiert.

Im Unterschied zur Diskussion vorhin bei ÖV 2050 ist das kein Blick auf die Zukunft auf die Grundlagen von Bestehendem, das man kennt. Da geht es um einen Blick in die Zukunft mit ganz anderen Mitteln und um nicht rückwärtsgewandte Betrachtung. Ich finde die Überlegungen sind richtig und wichtig und es ist auch wichtig, dass man das mit dem Bestehenden, mit dem, was man kennt, plant. Aber gleichzeitig sollte man halt trotzdem noch die Visionärsstufe

hochschalten und auch überlegen können, was sonst noch kommen könnte – und das aktiv mitgestalten.

Wenn wir nämlich in die Zukunft schauen: Die Technologieentwicklung in den letzten 10 Jahren anschauen und das in die Zukunft projizieren – dann dürfte es kein Problem sein zu sehen, dass da im Bereich Mobilität in den letzten 20 Jahren bahnbrechende Veränderungen Realität werden. Car-sharing ist ja allen bekannt, selbstfahrende Fahrzeuge sind allen bekannt, Güterlieferungen per Drohne ist ein grosses Thema, Souterrain... Und vor 6 Tagen konnten wir in der Zeitung lesen, dass Hyundai für Uber ein Lufttaxi baut und das bis 2023 in einigen Städten betreiben will. Da bin ich auch noch gespannt.

Aber es gibt auch mit bereits bestehenden Technologien visionäre Projekte. Wie schon gesagt wurde: Die GLP träumt vom Tram. Die FDP träumt von der Seilbahn. Es wäre für uns immer noch ein Mittel, das eigentlich effizient ist, einen Raum braucht, der nicht gebraucht ist und in einer dichten Stadt Zukunft hat. Zumindest so viele Vorteile hat, dass man nicht Denkverbote diesbezüglich auferlegen sollte.

Oder anders formuliert – Michi Gross hat es gesagt: 2050 leben wir in einer anderen Welt. Ich finde, man muss diese Welt schon planen mit dem was man kennt. Aber man sollte gleichzeitig auch die alternative Zukunft aktiv mitgestalten. Die Stadt muss sich entscheiden, ob sie Pionierin oder Trittbrettfahrerin sein will. Und mit der Nähe zur ZHAW, zu lokalen Technologieunternehmen und zu Start-ups hätte sie eigentlich eine Pionierrolle.

In dem Sinne nochmals danke für die Antwort. Aber von uns ganz klar grünes Licht, dass man noch eine Visionärsstufe höher schaltet, inklusive der Etablierung von Think Tank. Gerade da genügt mir die Antwort, man sehe sich nicht im Lead, nicht ganz. Es geht um die Suche nach guten Ideen und nicht darum, den Nobelpreis zu gewinnen.

R. Diener (Grüne/AL): Ich möchte dem Stadtrat auch für die Antwort danken. Aus Sicht der Grünen/AL ein paar Worte dazu, die wahrscheinlich etwas anders ausfallen werden als die, die wir gerade gehört haben.

Die Interpellation ist eigentlich eine verkappte Förderungsanfrage zu innovativen Firmen, die irgendetwas im Bereich Mobilität machen. Und da muss ich nun einfach sagen: Ihr habt immer wieder auch gesagt, es sei eigentlich nicht die Idee, dass Innovation die öffentliche Hand macht. Wir haben ja auch lange über viele Projekte gesprochen, wo wir immer wieder feststellen mussten, wir hätten viel zu viel Geld ausgegeben, die Innovation sei viel zu viel Risiko und das könnten wir als öffentliche Hand nicht leisten. Hmmm.

Jetzt kommt Ihr – bzw. Herr Magnusson kam natürlich damals mit dieser Interpellation – und da wollt Ihr jetzt genau das wieder machen, was Ihr damals verworfen und bekämpft habt. Das ist für mich ein bisschen schräg.

Ich möchte dem Stadtrat aber eigentlich den Rücken stärken. Ich finde die Antwort, die er gegeben hat, gut, denn es geht tatsächlich nicht darum, dass die öffentliche Hand überall zuvorderst vorne in der Innovation dabei ist, sondern dass sie allenfalls Opportunities, die sich ergeben, rechtzeitig erkennt und diese auch aufnimmt und allenfalls dann auch im entsprechenden Mass und im Rahmen von dem, was möglich ist, mitnimmt und mitprobiert.

Der Service Public hat natürlich auch Zielsetzungen. Wir müssen ja als öffentliche Hand auch Infrastrukturen zur Verfügung stellen, wir müssen Dienstleistungen zur Verfügung stellen, öffentlicher Verkehr und Strassenräume zur Verfügung stellen und und und. Da hat man gewisse Aufträge und gewisse Aufgaben, die man sich auch als Zielsetzung gegeben hat. Und im Rahmen dieser Zielsetzungen kann selbstverständlich auch einmal ein sehr spannendes neues Projekt aufgenommen werden, wie wir es jetzt z.B. mit dem Elektrofahrzeug haben, das für die Entsorgungsdienste beschafft werden soll, oder – da bin ich ganz einig mit Dir – die Thematik mit dem BICAR wäre sicher noch spannend, um etwas miteinander zu machen. Ich glaube nicht, und das führt der Stadtrat richtig und gut aus, dass es Hemmnisse gibt bei der Stadt, die irgendwie dazu führen würden, dass man sich solchen Entwicklungen verschliesst. Ganz im Gegenteil. Wir haben doch bei einigen Stellen gesehen (auch z.B. das Fahrzeug, das das Grüngut, das gesammelt wird, besser analysieren soll), dass diese Sachen auch als innovativ gelten, dass man neue Technologien einsetzt und ausprobiert.

Innovation an sich ist nicht ein erstrebenswertes Ziel, muss ich sagen. Das Ziel ist das Decken der Leistungen, die wir als öffentliche Hand sicherstellen müssen, für die wir auch zuständig sind. Und wenn etwas in die Strategie hineinpasst, dann ist es gut und richtig, dass man das anschaut – aber nicht einfach, nur weil es cool und lässig ist. Also irgendeine Drohne, die da irgendetwas in der Weltgeschichte herumtransportiert, das mag ja lustig sein – aber es muss zuerst auch irgendeine sinnvolle Anwendung vorhanden sein, die man damit abdecken will. Insofern danke für die Antwort.

Und noch zum Schluss: Wenn man etwas Neues machen will, muss man auch Ressourcen haben. Und da bremst man immer eher von dieser Seite, die das jetzt so hochgelobt hat.

M. Nater (GLP): Ich glaube, wie Urs richtig gesagt hat, geht es darum, ob wir innovativ sind oder Trittbrettfahrer. Mich erstaunt jetzt ein bisschen, dass Reto eher zu den Trittbrettfahrern gehört, es war ein Plädoyer, eher zurückhaltend zu sein. Ich habe das bisher ein bisschen anders gehört von Dir.

Was aber auch aus dieser Antwort herauskommt, die im Jahr 2017 gegeben wurde ist, dass der individuelle motorisierte Verkehr während der Hauptverkehrszeiten an der Kapazitätsgrenze angekommen ist. Also im Jahr 2017. Das heisst auch, dass jedes zusätzliche Auto auf unseren Strassen das Verkehrsproblem verstärkt und die Stautunden zunehmen.

Die Lösung wird mit dem Potenzial für Kapazitätssteigerungen beim öffentlichen Verkehr und beim Langsamverkehr in der Stadt Winterthur aufgezeigt. Bei den Antworten wird auch auf Smart City und autonome Fahrzeuge hingewiesen.

Aber wir sehen den Willen des Stadtrats nicht, sich bei diesem Thema zu engagieren. Es heisst bei fast jeder Frage, dass der Stadtrat externe Anfragen wohlwollend prüft. Falls dann eine solche Anfrage kommt, wie z.B. autonome Autos zum Bruderhaus von der GLP, wird das ohne grosse Begründung mit einem Preisschild abgelehnt. Wir wünschen uns einen aktiven Stadtrat, der sich nicht nur auf Anfragen wartet, sondern sich aktiv mit Alternativen wie Trams, neue Technologien und innovativen Mobilitätslösungen auseinandersetzt.

Was wir vorhin schon gesagt haben: Ein Stadtrat, der mutig ist und auch Visionen hat. Dass der Stadtrat das kann, hat man eben beim Bahnhof Grüze gesehen. Dort hatte er eine Vision, kämpfte dafür und hat das sogar national umgesetzt. Es ist also möglich. Wenn er es sogar national kann, kann er es sicher auch z.B. beim ZVV.

Auf jeden Fall: Nichts machen ist keine Alternative. Die Stautunden erhöhen sich und der CO₂-Ausstoss durch den Verkehr nimmt zu. Da wir aus der Antwort aus dem Jahr 2017 keine proaktiven Aktivitäten des Stadtrats im Bereich Mobilität sehen, werden wir diese Antwort des Stadtrats negativ zur Kenntnis nehmen.

B. Zäch (SP): Wir behandeln auch heute wieder einen leicht abgestandenen Wahlkampfvorstoss der FDP: Diese Interpellation ist zudem ein Beleg dafür, dass unpräzise Rundumschläge aus dem Parlament in der Regel auch zu unpräzisen Antworten des Stadtrats führen. Die SP-Fraktion dankt aber dem Stadtrat für die Aufzählung der Aktivitäten, die er in diesem Bereich unternimmt. Sie sind vielfältig und finden, was Stadtbuss angeht, auf schweizerischer Ebene in einer Innovations-Arbeitsgruppe von Verkehrsbetrieben statt; sie finden im Netzwerk mit der ZHAW statt, wo die angewandte Forschung im Bereich Verkehrssysteme angesiedelt ist; und sie findet in Kooperationen mit Privaten statt. Der Bericht zeigt allerdings auch (auf dem Stand 2017), dass die Stadt sich selber im Moment eher auf einem Beobachterposten sieht und zwar das Umfeld für Projekte schaffen will, aber nicht selber aktiv Innovationsprojekte anstossen möchte.

Das kann man beim gegenwärtigen Stand akzeptieren. Wir würden uns aber wünschen, dass der Stadtrat hier vielleicht ein bisschen mehr Aktivität entfaltet. Der Druck auf die Kapazität des Winterthurer Verkehrssystems, wir haben es vorhin davon gehabt, wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen und wir müssen neue technologische Lösungen frühzeitig, das heisst auch in einer Test- und Pilotphase (Abfallfahrzeuge sind ein schönes Beispiel, bei dem der Stadtrat doch selber aktiv wird, in einer Pilotphase) solche Lösungen frühzeitig prüfen, sofern sie einen Beitrag für die zukünftigen Verkehrsprobleme leisten können.

Wir danken dem Stadtrat für die Interpellationsantwort.

B. Huizinga (EVP): Auch die EVP schliesst sich diesem Dank an, für die sehr ausführliche Antwort auf die Interpellation mit dem Titel «Think Tank und Versuchszonen». Wenn man es durchliest, hat man schon fast selbst das Gefühl, es handelt sich bei der Interpellation um einen Think Tank. Denn es erscheint wie ein buntes Potpourri aus diversen Fragen, zu einem Vorstoss zusammengewürfelt, bei dem ganz vieles gefragt wird, was bereits schon mit ein bisschen Recherche hätte beantwortet werden können.

Und wir haben uns dasselbe gefragt wie Benedikt Zäch: War zu diesem Zeitpunkt zufälligerweise gerade Wahlkampf? – Ja, ich glaube schon. Aber egal.

Heute Abend haben wir jetzt so die Möglichkeit, dank dieser Interpellation vieles positiv zu würdigen, das in unserer Stadt geht. Z.B. die Entwicklung von dem bereits schon mehrmals angesprochenen BICAR, der Smart City-Strategie, die umgesetzt wird, die geplanten Veloschnellrouten und die Zusicherung des Stadtrats, Innovationen zu fördern – sei das durch individuelle Projektunterstützung, das zur Verfügung stellen durch die Stadt von Raum und Fläche für Tests von neuen Mobilitätslösungen oder durch die bereits bestehende Zusammenarbeit mit der ZHAW.

Winterthur ist sich seiner verkehrspolitischen Herausforderungen absolut bewusst und schafft unter den politischen Mehrheitsverhältnissen ganz im EVP-Sinn: Nämlich den ÖV mit seiner geringeren Umweltbelastung und der grösseren Energieeffizienz gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu stärken und auch weiter auszubauen.

Vielen Dank für die sehr ausführliche Antwort.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Uns als CVP/EDU-Fraktion ist es wichtig, dass wir uns als Stadt auch langfristig und auf eine nachhaltige Weise Gedanken zur Mobilität der Zukunft machen. Zu behaupten – da sind wir uns eigentlich alle einig – dass der Verkehr in den Hauptverkehrsachsen nicht an seine Kapazitätsgrenze gelangt ist, muss man als realitätsfremd betrachten. Wir sind mit dem Grundsatz des Stadtrats einig, dass der ÖV weiter zu fördern ist und es noch mehr Potenzial für Veloschnellrouten gibt. Zusätzlich ist es uns wichtig (wie es auch der Stadtrat formuliert) als Ziel zu setzen, für alle Verkehrsteilnehmer das Strassennetz funktionsfähig zu machen und dass weitere Massnahmen in den Quartieren zum Wohnschutz getroffen werden können.

Die CVP/EDU-Fraktion verfolgt mit grossem Interesse das Projekt BICAR. Wir sind überzeugt, dass ein solches Transportmittel durchaus Bedürfnisse (sowohl für Auto- wie für Velofahrer) befriedigen kann. Wir würden es sehr begrüssen, wenn die Stadt da regelmässig Bericht erstatten würde.

Was wir in der Antwort des Stadtrats kritisch betrachten – und da teile ich auch die Einschätzung von Urs Hofer und Markus Nater: Es fehlt ein bisschen der Pioniergeist, wenn ich die Worte von Urs Hofer nutzen darf, oder das Visionäre oder das aktive Engagement und auch der Mut. Da betrachtet sich die Stadt nicht als Betreiber von einem Think Tank.

Wir sehen ein, dass die Forschungsarbeit nicht in der Verantwortung vom Departement Bau liegt, aber unserer Meinung nach muss das Departement Bau die Führung übernehmen, wenn es darum geht, langfristig, innovativ und nachhaltig die städtischen Verkehrsprobleme lösen zu wollen.

Lediglich projektbezogen eine Zusammenarbeit anzustreben, sehen wir nicht als zielführend. Da wird die Gefahr bestehen, dass das städtische Gesamtverkehrskonzept nicht von einem breiten Horizont her betrachtet wird und die definierten Ziele verfehlt werden.

Aus diesem Grund begrüssen wir es seitens CVP/EDU-Fraktion, wenn der Stadtrat mit einem Vorschlag kommt, wie ein Think Tank mit Vertretern von Stadt und ZHAW kostenneutral und zeitlich begrenzt etabliert werden kann.

Wir bedanken uns für die Interpellationsantwort.

Stadträtin Ch. Meier: Lieber Urs Hofer, nicht nur Deine Vorbereitung auf das heutige Votum ist ca. 2 Jahre alt, sondern auch die Antwort, die noch aus der Feder meines Vorgängers

stammt, ist so alt. Deshalb ist es jetzt auch noch lustig, wenn man die Voten und die damaligen Mehrheiten noch ein bisschen im Kopf hat. Das war gerade noch spannend zum Zuschauen und Zuhören.

Es ist durchaus so, dass wir eine sehr innovative Verkehrsplanung haben. Wir haben die Trends, die nationalen und die internationalen Trends, im Blick. Wir reagieren auf diese und wir steuern unsere Verkehrsplanung auch entsprechend. Was wir definitiv nicht können, weil wir die Kapazität nicht haben, ist, irgendwelche Technologien selber zu entwickeln. Da haben wir weder die Ressourcen noch ist das unsere Aufgabe.

Aber, wie das verschiedene Male gesagt wurde, wir sind selbstverständlich mit verschiedenen Stakeholdern im Austausch. Die ZHAW ist da einfach ein Beispiel.

Wir haben vorhin auch das Beispiel vom E-Sammelfahrzeug gehört. Mit dem E-Sammelfahrzeug haben wir jetzt die Möglichkeit, ein Smart City-Projekt umzusetzen. Wir haben uns dort beworben und haben auch den Zuschlag erhalten. Wir werden ein Monitoring aufziehen, um genau herauszufinden, was die Vorteile sind, was Nachteile sind, und das dort weiterentwickeln, damit wir wirklich zu einem Optimum kommen.

Wir sind sehr gerne sehr innovativ unterwegs in der Verkehrsplanung. Es ist uns ein grosses Anliegen, eine zukunftsgerichtete, effiziente Verkehrsabwicklung in Winterthur zu haben. Und ich freue mich ganz ausserordentlich darauf, wenn wir dann bei der Umsetzung bei Projekten, mit denen wir regelmässig hier hineinkommen, auch so viel Zuspruch bekommen wie heute Abend.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist die Antwort zur Interpellation betreffend Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen behandelt und abgeschrieben.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2017.120: Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Leitbild Naherholung Töss

Ratspräsident A. Geering: Beantwortung der Interpellation betreffend Leitbild Naherholung Töss. Das Wort hat Martin Zehnder.

M. Zehner (GLP): Bei dieser Interpellation habe ich nachgefragt, wie denn das Leitbild zum Naherholungsraum Töss vorankommt. Zur Interpellation habe ich folgendes: Wir sind froh, dass der Stadtrat das Leitbild als wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des Tössraums erachtet und auch gewillt ist, weitere Massnahmen umzusetzen. Bei den im Vordergrund stehenden sogenannten «Quick Wins», also die schnellen Ziele, die man hat, mit denen man schnell etwas erreichen will, befolgt der Stadtrat die Strategie von New Kids on the Block, nämlich step by step. Damit die Erfahrungen der realisierten Massnahmen auch wirklich dort einfließen können, gehen sie so einen Schritt nach dem anderen an.

Für uns wäre es noch interessant zu erfahren, wo man jetzt steht, welcher Schritt abgeschlossen ist und welches nächste Schritte sind. Es wäre interessant, wenn der Stadtrat allenfalls auf der Website, die es ja schon gibt zu diesem Naherholungsgebiet, seine Quick Wins oder seine step by step-Erfolge publizieren könnte.

Zur Frage 1: Dort hat es eine Tabelle, die abgebildet ist, mit den möglichen Quick Wins. Doch leider überwiegen dort Bemerkungen wie «gestrichen», «nicht weiterverfolgt» oder «noch keine Aktivität». Und da möchten wir den Stadtrat einladen, dass er uns doch allenfalls sagt, wo er jetzt dran ist. Und vielleicht wäre es ja möglich, die Liste zu ergänzen oder zu erneuern und dann auch Bemerkungen wie «erfüllt» oder «in Bearbeitungen» zu notieren. Die einzige Möglichkeit, die wir bis jetzt haben, habe ich gesehen im Rechnungsbuch A von der Rechnung 2018 auf p. 178. Dort hat es eine kleine Liste, wo steht, wie viel dass schon gemacht wurde – einfach in Form, wie viel Geld eingesetzt wurde. Aber wir sehen ja anhand davon

nicht, ob jetzt da neue Bänkli oder neue Rasenborten oder sonst etwas installiert worden ist. Wir sehen einfach nur, dass dort das Geld ausgegeben wurde. Wir denken, das ist nicht die ideale Form, um uns bekannt zu machen, wo man steht.

Die Frage 2 ist leider abschlägig, aber nachvollziehbar beantwortet worden. Es ist tatsächlich so, dass Kanton und Bund wenig Geld geben, um Naherholungsgebiete oder Naherholungszonen bei Gewässern zu bauen. Dort haben wir das Glück, dass z.B. die schweizerisch technische Fachhochschule ein bisschen hilft oder sich laut Angaben finanziell beteiligt.

Bei der nächsten Frage habe ich mit dem Wort «Schwimmbadcharakter» wahrscheinlich den Stadtrat ein bisschen erschreckt. Auf jeden Fall sieht er dort wohl eher Bademeister, Sonnenschirme, Kiosk und Duschanlagen und geht nicht gross auf die Frage ein, wie man mit Liegewiesen allenfalls das Baden oder – Schwimmen ist vielleicht ein zu grosser Begriff, aber baden kann man schon, es muss ja nicht 50 m sein hin und her – man lernt auch beim Baden schon Schwimmen. Auf jeden Fall ging der Stadtrat nicht gross auf die Beantwortung ein und erklärt, dass es sehr gefährlich sei, dort zu schwimmen und dass das jeder in Eigenverantwortung machen soll. Ich weiss, dass unterhalb des Gamser, dort hat es eine Überbauung, dort wurden Steine in die Töss gelegt, so dass es wirklich ein bisschen ein Becken gibt, es gibt ein bisschen ein Badecharakter. Schwimmen ist vielleicht ein bisschen übertrieben, aber Baden kann man. So etwas wäre doch an verschiedenen Orten in der Töss möglich – nur leider sieht man das jetzt nicht, ob da wirklich etwas geplant ist oder ob vielleicht sogar Anwohner da dagegen sind oder was da geht. Man sieht nichts. Der Stadtrat agiert unsichtbar für uns Gemeinderäte.

Bei der letzten Frage, die ich gestellt habe, listet der Stadtrat nachvollziehbar auf, dass der Reitplatz leider nicht mehr im Einflussbereich von dem, was wir da gerne fordern, liegt, sondern im Einflussbereich der Baustellen zum Brüttener Tunnel. D.h. wir werden dort die Tösslandschaft nicht innert Kürze umbauen können und so für die Winterthurer Bevölkerung nutzbar machen können. Dort gibt es jetzt dann eine grössere Baustelle.

Wir danken auf jeden Fall dem Stadtrat für die Antwort und hoffen, dass er bei den Quick Wins jetzt quick weitermacht und so die Stadtbevölkerung auch wirklich zu Winnern macht.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Festsetzung vom Leitbild Naherholung Töss ist im Juni 2013 mit grossen Erwartungen gestartet worden. Ich war dort an dieser Eröffnung dabei. Dort war sogar der kantonale Amtschef vom Amt für Wasser Energie Luft (AWEL) dabei.

In verschiedener Hinsicht ist die Realisierung dieser Massnahmen jetzt aber zurückbuchstabiert worden. Insgesamt hat man den Eindruck, dass der ganze Prozess jetzt eher harzig abläuft, selbst wenn man einbezieht, dass die Realisierungsphase angesichts der vielen Projekte, die anstehen, auch ziemlich anspruchsvoll ist.

Im Fokus stehen momentan die sogenannten «Quick Wins». Der Vorredner hat darauf schon hingewiesen und auch auf die Auflistung in der Antwort zu Frage 1. Ich kann tatsächlich sagen, dass es Schritt um Schritt, aber allerdings mit kleinen Schritten weitergeht. Es gibt aber auch schöne Resultate, z.B. den neugestalteten Zugang zur Töss im Gebiet Nägelsee, der von Stadtgrün realisiert worden ist. Und mit einer solchen Schritt um Schritt-Realisierung muss es jetzt auch weitergehen.

Ich habe übrigens die Beträge nachgeschlagen in den Budget- und Rechnungsbüchern. Im Budget 2019 waren 50'000 Fr. vorgesehen, gleich viel sind vorgesehen im Budget 2020. Bewilligt sind 300'000 Fr., das ist auch erwähnt in der Antwort auf Frage 2. Bis Ende 2018 wurden davon 183'000 Fr. ausgegeben. Insofern sind momentan also noch Gelder vorhanden, um solche weiteren Schritte in die Wege zu leiten und sich auch frühzeitig Gedanken zu machen für die weitere Finanzierung.

Ich möchte auch auf das Potenzial dieser Massnahmen hinweisen. Ich denke da tatsächlich an einen Zugang zum Schwimmen an den Fluss, wie es auch Martin Zehnder vorhin erwähnt hat. Ich sehe das auch nicht ganz so negativ. Und mittelfristig, denke ich, muss man sich auch die Umnutzung des Rieter-Areals in Erinnerung rufen. Auch dort gibt es sicher Anlass zu weiteren interessanten Überlegungen.

In der Interpellation wird auch der Bereich Reitplatz thematisiert, in der Frage 4. Zurzeit, das muss man sicher zugestehen, wird da nicht sehr viel zu erreichen sein, was auf Dauer Bestand hat, wenn das Portal zum Brüttener Tunnel dann realisiert wird. Allerdings denke ich, dass die Koordination wichtig ist. Es kann doch nicht sein, dass mit dem SBB-Projekt dann ein *Fait accompli* geschaffen wird, das jegliche langfristigen planerischen Überlegungen der Stadt zum Gebiet Reitplatz verhindert. Ich habe im letzten Jahr zusammen mit der ehemaligen Gemeinderatskollegin Liliane Banholzer in der schriftlichen Anfrage 2019.93 auf diesen Koordinationsbedarf hingewiesen. Der Stadtrat sieht das auch so und hat in der Antwort auf diese schriftliche Anfrage namentlich dann zugesichert, die Information an die Tössemer Gremien zu intensivieren. Bis zur Inbetriebnahme des Brüttener Tunnels vergehen aber sicher noch rund 15 Jahre, wenn man die Plandokumente anschaut. Das ist noch ein langer Zustand von einem Provisorium und deshalb muss man sich sicher auch Gedanken machen, was in dieser Übergangsphase passiert. Besonders prekär ist nach wie vor die Zufahrt für die Jugendlichen zum Reitplatz über die unbeleuchtete Waldstrasse. In diesem Zusammenhang wäre es auch interessant zu wissen, wie es mit diesem neuen Verkehrskonzept (das ist erwähnt in der Antwort zur Frage 4) weitergeht, mit diesem Verkehrskonzept, das Stadtgrün offenbar entwickelt.

F. Kramer (EVP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Er zeigt umfassend, wo die Umsetzung des Leitbilds steht. Allerdings ist die Antwort ja schon fast zwei Jahre alt. Möglicherweise und hoffentlich gibt es in der Zwischenzeit Neues zu berichten. Es ist gerade im Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040, die heute Abend auch schon Thema war, auch wieder Thema, wie wichtig im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung die Schaffung von Zugängen zum Wasser ist. Da gilt es unbedingt am Ball zu bleiben.

Umgesetzt worden ist unter anderem ein Zugang an der Töss und eine Neugestaltung vom Park bei der ehemaligen Kanal-Badi. Allerdings sind wir gerade in diesem Bereich mitten in Wohnbauten, so dass Nutzungskonflikte nicht ausbleiben. Gleichwohl sind die Verbesserung der Spazierwege und die Stufen am Flussufer ein Mehrwert für die Bevölkerung im anstossenden Quartier.

Wir sind mit dem Stadtrat einig, dass die Umsetzung Schritt für Schritt und die Konzentration auf Quick Wins die richtige Vorgehensweise ist, und nehmen die Antwort zustimmend zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grünen/AL nehmen die Antwort auch zustimmend zur Kenntnis und danken dafür. Wir finden auch, wie es schon ein paar Mal gesagt wurde, die Umsetzung ist halt schon ein bisschen holperig und eigentlich kann man schon sagen, noch klar ungenügend. Das Konzept, das man 2013 gemacht hat, war soweit gut. Es blieb aber leider an vielen Ecken und Enden stehen und blieb auf Papier. Es hat sich nicht wahnsinnig viel getan. Quick Wins sind selbstverständlich wichtig, aber da würde ich auch wirklich daran appellieren, wieder einmal die grösseren Linien wieder anzuschauen und die gröberen Blöcke wieder mal versuchen hervorzuholen und sich zu überlegen, wo dass man das eine oder andere umsetzen könnte.

Dass zu Zeiten der Sparallianz nicht viel gemacht wurde, als man die Sparpakete eines nach dem anderen durchpauken musste, ist nicht erstaunlich. Es sieht auch jetzt finanziell eher schlecht aus, wenn man nach vorne schaut. Viel Hoffnungen machen wir uns nicht, dass wir viel mehr davon umsetzen können. Aber trotzdem möchte ich das gerne nochmals zur Kenntnis geben, z.B. Revitalisierungsprojekte und auch die Biodiversitätsanliegen versuchen umzusetzen, das wäre auch gerade im Bereich der Klimathematik extrem wichtig. Und natürlich generell die Grünräume stärken und auch Erholungsräume schaffen für die Bewohnenden der Stadt. Das gibt Möglichkeiten, sich auch Lebensqualität zu holen und Lebensqualität im Alltag zu nutzen. So nah, gleich bei der Stadt.

Ein konkreter Punkt würde mich noch interessieren: Wie ist eigentlich der Stand Revitalisierung im Bereich der Eulachmündung, wo man auch von Abflachungen der Eulach gesprochen hat, die man umsetzen will? Das wäre etwas, das mich noch besonders interessieren würde.

B. Zäch (SP): Auch die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, die ein schlummerndes Projekt wieder ein bisschen aus der Versenkung holt. Das «Leitbild Naherholung Töss» ist bereits 2013 erstellt worden und dann unmittelbar in die Mühlen des städtischen Sanierungsprogramms geraten. Das fertige Papier ist nicht beerdigt, aber doch schubladisiert worden.

Immerhin hat man 2015 als Plan B eine Projektvorlage mit «Quick Wins» erstellt, um mindestens gewisse Teilziele an die Hand zu nehmen. Aber auch bei den privaten Eigentümern entlang der Töss ist ein bisschen Bewegung in Gang gekommen: Vor nicht allzu langer Zeit hat die Johann Jacob Rieter-Stiftung über die Töss Energie AG die Kleinkraftwerke auf dem Rieter-Areal übernommen und langfristig gesichert.

Es wäre eigentlich wieder an der Zeit (und da möchte ich Reto Diener bekräftigen), das Leitbild als Ganzes und in grossen Teilen wieder hervorzuholen. Der Stadtteil Töss steht in den nächsten Jahren bekanntlich vor massiven Umwälzungen. Stichworte sind: Brüttener Tunnel, Entwicklung Rieter-Areal, Ausbau Bahnhof Töss usw. Die Töss selbst ist eine wichtige Lebensader, die sich durch das Quartier zieht, und der Tössraum bildet einen äusserst wichtigen Erholungsraum. Das wird jetzt auch in der Raumplanung sehr bewusst, bei der man im Auftrag des Kantons gerade daran ist, Gewässerräume auszuscheiden und sich damit auch der Qualität der städtischen Flussfliessgewässer wieder ganz neu bewusst wird und entdeckt. Der Stadtrat listet auf, was von den erwähnten «Quick Wins» realisiert wurde, was in Planung ist und was zurückgestellt worden ist. Allerdings ist die Antwort, das wurde auch schon gesagt, doch schon fast zwei Jahre alt. Es wäre noch interessant, etwas aktuellere Informationen zu bekommen zu Sachen, die jetzt aktuell sind.

Wir danken dem Stadtrat für diese Antwort und hoffen, dass wir in der nächsten Zeit mehr und auch von etwas ein bisschen Grösserem zu hören.

P. Rütsche (SVP): Auch die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht über den Stand der Arbeiten, auch wenn das schon länger im Raum steht. Dass die Töss ein schönes Naherholungsgebiet ist, lässt sich nicht abstreiten. Dass man mit dem Leitbild Töss die Töss als Naherholungsraum aufwerten will, da spricht grundsätzlich fast nichts dagegen. Wir haben aber Bedenken v.a. bezüglich von Lärmbelästigungen für die Anwohner sowie auch bezüglich dem Umgang mit den Freizonen, sprich der Sorgfalt der einen oder anderen Benutzer.

Leider ist heute Littering bei der Töss immer noch ein grosses Thema und je mehr Zugänglichkeit gewährleistet wird, desto grösser wird auch dieses Problem. Wir würden uns wünschen, zuerst diese Probleme lösen zu können (ich weiss, das ist sehr schwierig), bevor man weitere Flächen freigibt.

Wir nehmen aber den Bericht auch zur Kenntnis.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats auch dankend entgegen. Da die Antwort ja schon vom Februar 2018 datiert ist, wäre es spannend zu wissen, was in der Zwischenzeit noch gelaufen ist. Auch wie die Zusammenarbeit mit dem AWEL sich weiterentwickelt hat. Wir befürworten das Vorgehen step by step, damit die Auswirkungen verfolgt und dementsprechend berücksichtigt werden können.

Wasser übt seit jeher eine besondere Wirkung auf die Menschen aus. Es ist beliebt und verlockt zum Spielen, zum Geniessen, zum Götscheln. In diesem Zusammenhang sind wir überrascht, dass die Option nicht oder zu wenig geprüft wurde, entlang der Töss mehr Möglichkeiten zum Baden zu schaffen. Vielleicht lässt sich sogar in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten die Idee von einem See oder einem Badeweiher entlang der Töss realisieren. Dort hat es nämlich ein bisschen mehr Wasser als im ruhig dahinplätschernden Mattenbach, wo es offenbar immer noch gewisse Kreise gibt, die von einem Badeweiher träumen.

Es ist unserer Ansicht nach auch wichtig und richtig, dass die Entwicklungen bei der SBB und beim ASTRA verfolgt werden müssen. Diese Pläne könnten grössere Auswirkungen auf den Naherholungsraum und das Quartier Töss haben, als wir uns das zurzeit bewusst sind. Wir gehen davon aus, dass uns der Stadtrat zeitnah über die jeweiligen Entwicklungen informiert.

Stadträtin Ch. Meier: Es ist selbstverständlich unumstritten, dass die Töss als Naherholungsgebiet einen sehr hohen Stellenwert hat und sie soll auch entsprechend Aufmerksamkeit erhalten. Das Konzept Leitbild Naherholungsgebiet Töss stammt, wie wir heute Abend schon mehrmals gehört haben, aus dem Jahr 2013. Sie wissen alle, dass in der Zwischenzeit Winterthur zwei Sparprogramme hatte und Verzögerungen in diesem Bereich haben sicher auch damit zu tun.

Trotzdem: Die Antwort ist wie wir auch mehrmals gehört haben zwei Jahre alt. Und deshalb ist selbstverständlich auch die Auflistung bei Frage 1 über den Stand der Quick Win-Massnahmen nicht aktuell. Ich sehe, dass die Medienpräsenz etwas abgenommen hat. Wenn ich jetzt da anfangen würde, gross aufzuzählen, wäre das Resultat daraus nicht ein mehrseitiger Zeitungsartikel. Und deshalb schlage ich vor, dass wir demnächst in der BBK wieder einen aktuellen Stand präsentieren. Wir sind tatsächlich etwas weiter. Und wir könnten sagen, welche Quick Win-Massnahmen in der Zwischenzeit realisiert worden sind und an welchen Planungen wir dran sind.

Wir haben vorhin auch gehört, es ist der Bereich Reitplatz, den wir im Auge haben. Dort sind wir noch nicht in dem Sinn an Planungen, aber wir haben heute auch gehört: Visionen müssen wir ja auch haben. Im Bereich vom Rieter-Areal haben wir auch durchaus Vorstellungen und möchten auf eine öffentliche Nutzung hinarbeiten können.

Wie gesagt: Mein Vorschlag wäre, dass wir in absehbarer Zeit in der BBK ein Update präsentieren. Darauf haben dann alle als Protokoll Zugriff.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist die Beantwortung der Interpellation Leitbild Naherholung Töss zur Kenntnis genommen und die Interpellation erledigt und abgeschrieben.

Es ist schon fast gespenstische Stille eingetreten. Ich bin nicht ganz sicher, wie ich das interpretieren soll: Ob Ihr noch weitermachen wollt?

Ich habe mich heute sogar gefragt, wieso in der letzten Stunde die Konzentration im Saal immer so abnimmt. Ich habe mich gefragt, ob es vielleicht deshalb ist, weil wir dann an alten Antworten sind oder weil die Medien gegangen sind? Falls es wegen den alten Antworten ist, dann sollte das abnehmen, deshalb werden wir am 30. März diese Zusatzsitzung haben. Ich möchte nochmals die Einladung aussprechen im Namen derjenige, die heute zum letzten Mal hier sind: Gleich anschliessend im Bloom.

Ich wünsche Euch einen guten Abend und eine gute Zeit bis zum nächsten Mal.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)